

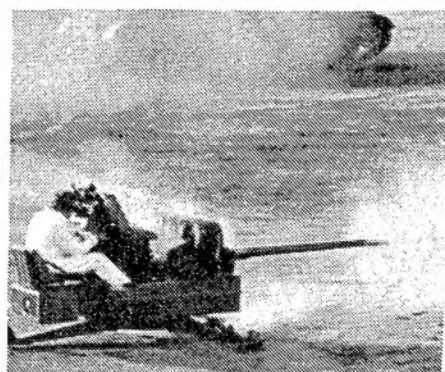
Politische Berichte



8. Februar 1986
Jg. 7 Nr. 3

G 7756 D

Preis:
2,50



Prozeß gegen Rheinmetall: "Unser stärkstes Stück" auch für den Rest der Welt
Seite 8



Großbritannien: Zeitungskapital im Großangriff auf Drucker der Fleet Street
Seite 12



"Geringfügige Beschäftigung": SPD für Erleichterung – "Individualisierung" von Tarifrecht frei nach Glotz?
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Staatsschutzgesetz: Polizei und Geheimdienste sollen gemeinsam und geheim tätig werden. 4

Neue Heimat: Die Reaktion entwickelt Wahlkampfhit 1987. 7

Zwangsarbeit: VVN fordert Entschädigung von Daimler-Benz. 7

Rheinmetall-Prozeß: "Unser stärkstes Stück" für den Rest der Welt 8
Versuche zur Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes 9

Wehrpflicht: W 18 und Z 24 – Die Koalition marschiert geschlossen. 10
Stellungnahmen der politischen Opposition 11

Auslandsberichterstattung

Großbritannien: Zeitungskapital im Großangriff auf Drucker der Fleet Street 12
Was 1979 nicht gelang, soll jetzt wahr werden. 13

Lesotho: Nach Militärputsch: "Sicherheitsabkommen" mit Südafrika 13

Brasilien: Die Privatisierungskampagne rollt weiter. 14

Schweden: Haushalt für Exporterfolge der Kapitalisten. 14

Dänemark: Referendum über EG-Strukturmaßnahmen am 27.2. 15

Frankreich: Regierung will Flexibilisierungsgesetz vor den Wahlen durchbringen 15

Internationale Meldungen. 14

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

Handel im Umbruch – eine Broschüre des DIHT. 18
Eine Geschichte der deutschen Rüstung 18
"Herz im Stress" – der Fabrik-Herzinfarkt 18
Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung 19

KPD-Parteitag: Beteiligung an der Bundestagswahl 1987 offen, Arbeit in der Volksfront bekräftigt. 19
Dokumente des Parteitags 20

Unterstützt den azanischen Befreiungskampf!

Veranstaltungen mit dem Vorsitzenden des Pan Africanist Congress (PAC)

Johnson P. Mlambo

Hamburg, 18.2. 19.00 Uhr, Philosophenturm der Universität, Hörsaal Phil A
Dortmund, 19.2. 19.00 Uhr, Aula der Städt. Bücherei Nord, Münsterstr. 138
München, 21.2. 19.30 Uhr, Haidhauser Bürgersaal, Rosenheimer Str. 123
Stuttgart, 22.2. 18.00 Uhr, Kursaal Bad Cannstatt, Kleiner Saal

Veranstaltungen mit dem Vertreter des PAC bei der UNO in New York

Gora Ibrahim

Münster, 17.2. Informationszentrum Solidarische Welt, Achtermannstr. 10–12
Rendsburg, 18.2. 20.00 Uhr, Christopherus Haus
Göttingen, 19.2. 19.00 Uhr, Universität, Zentrales Hörsaalgebäude, Raum 008
Schweinfurt, 21.2. 19.30 Uhr, Kulturhaus "Die Schreinerei"
Regensburg, 22.2. Zeit/Ort bei Redaktionsschluß nicht bekannt

Graz, 24.2.

Konstanz, 25.2.

Freiburg, 26.2.

Ulm, 27.2.

Frankfurt, 28.2.

20.00 Uhr, St. Johann (Nähe Münster)

20.00 Uhr, Fabrik, Habsburgerstr. 9

Zeit/Ort bei Redaktionsschluß nicht bekannt

19.30 Uhr, 3.-Welt-Haus, Friesengasse 13

Die Rundreise der PAC-Delegation wird inzwischen von mehr als 50 Organisationen unterstützt. Weitere Informationen sind über die Arbeitsgruppe zu erhalten, die von der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA zur Unterstützung der Rundreise gebildet wurde. Die Arbeitsgruppe ist zu erreichen über BWK, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1, Tel. 0221/517376, oder KPD, Wellingerhof Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel. 0231/433691. **Spendenkonto:** R. Lötzer, BfG, Nr. 21 54424600 (BLZ 37010111). **Spendenstand am 3.2.:** 3557,01 DM

Klage der MLPD gegen Deutsche Bank abgewiesen

Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärung der MLPD vom 24.1. 1986:

"Am 24. Januar hat das Amtsgericht Essen die Klage der MLPD gegen die Deutsche Bank abgewiesen.

Die MLPD verlangt, die am 25. September 1985 aus politischen Gründen erfolgte Kündigung ihrer Geschäftskonten bei der Deutschen Bank für unwirksam zu erklären.

In der Klageabweisung wird zugegeben:

1. Die ursprüngliche Begründung der Deutschen Bank für die Konto-Kündigung, die MLPD werbe für ihre Ziele mit dem Namen der Deutschen Bank, ist 'nur vorgeschoben und nicht ernst zu nehmen und in keiner Weise tragfähig.'

2. Aufgrund der durch die Anwälte der MLPD vorgelegten Beweise ist nicht zu leugnen, daß eine 'Boykottabsprache' auf Initiative der Beklagten hin bestehen soll, die ... andere Banken veranlaßt haben soll, einen Kontoeröffnungsantrag der Klägerin abzulehnen.'

Trotzdem weist das Amtsgericht Essen die Klage der MLPD ab!

Die Begründung: Die Deutsche Bank besäße keine Monopolstellung bei der Kontenvergabe, und der MLPD stehe es frei, ein Postgirokonto einzurichten.

Mit dem Urteil des Amtsgerichts Essen ist somit gerichtsnotorisch, daß die Deutsche Bank gegen ihr mißliebige politische Kräfte einen Konto-Boykott organisiert.

Das wird durch die Abweisung der Klage der MLPD gerichtlich abgesegnet.

Damit soll zugleich ein Präzedenzfall geschaffen werden, gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse auf antifaschistischer und demokratischer Grundlage vorzugehen.

Die MLPD kann sich damit nicht einverstanden erklären. Sie fordert alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf:

Protestiert mit uns gegen das Urteil, das offensichtlich weniger im 'Namen des Volkes', als im Namen der Deutschen Bank ergangen ist.

Gegen das Urteil des Amtsgerichtes Essen wird die MLPD Berufung einlegen.

Die MLPD stellt gerne auf Anfrage eine Dokumentation über das Urteil und weiteres Material zur Verfügung. Stefan Engel, Parteivorsitzender"

Kongreß "Frieden mit der NATO?"

Am 12. und 13. April soll in Köln ein Kongreß gegen die NATO stattfinden. Dem Koordinationskreis des Kongresses gehören an: die Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF); der BBU, die Comision Anti-OTAN Madrid; die Demokratischen Sozialisten; die Friedensliste; Göttinger AK gegen Atomenergie; GAL Hamburg; GIM; Initiative "Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO"; KB; KJD. Als Beobachter arbeitet die Bundes-AG Frieden der GRÜNEN mit. Der Koordinationskreis erklärt im vorläufigen Aufruf zum Kongreß u.a.:

"Seit 1949 wird die Aufrüstungs-, Militär- und Konfrontationspolitik des Westens vereinheitlicht und umgesetzt durch das Militärbündnis NATO. Doch wurde das Bündnis selbst in den über 30 Jahren der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft nie in den Mittelpunkt einer kritischen Diskussion gerückt. Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung waren le-

diglich Teilaspekte seiner Politik.

Obwohl die NATO für zahlreiche Aufrüstungsschritte verantwortlich gemacht werden kann, sehen viele in ihr immer noch ein notwendiges Verteidigungsbündnis. Deshalb ist es an der Zeit, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zum Thema in der Friedensbewegung zu machen.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten zum Diskussionskongreß 'Frieden mit der NATO?' ein.

Auf diesem Kongreß wollen wir die NATO zur Diskussion stellen anhand folgender Fragen zur 'Sicherheits'-Politik:

– Abrüstung oder Umrüstung der Bundeswehr?

– Alternative oder keine Verteidigung?

– Einseitige Abrüstung im Westen?

– Sicherheitspartnerschaft mit blockübergreifender Perspektive oder Blocküberwindung?

– Schneller oder schrittweiser Austritt aus der NATO?

– Ist Frieden mit oder in der NATO überhaupt möglich?

Diese wichtigen friedenspolitischen Fragen wollen wir diskutieren

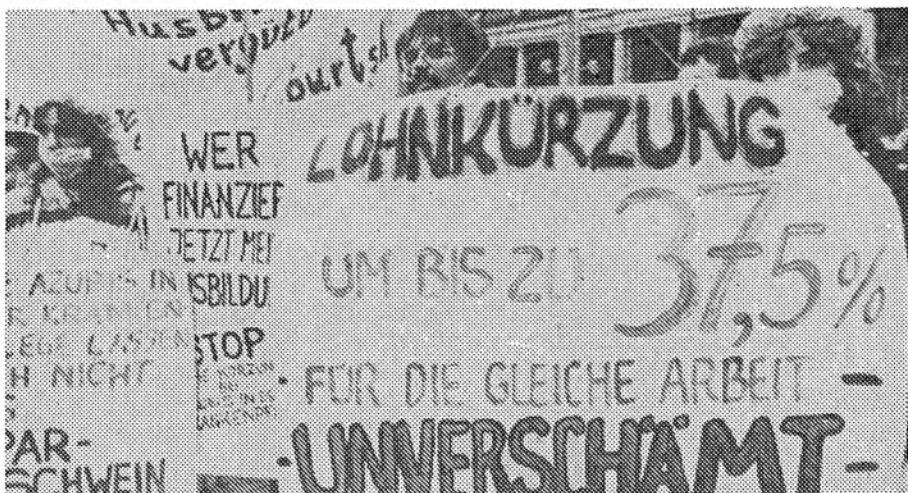
– mit denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten,

– denen, die nur im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen,

– und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen."

Während des Kongresses sollen Arbeitsgruppen über die Geschichte und Aufgaben der NATO, die Rolle der BRD und den Kampf dagegen stattfinden.

Informationen über den Kongreß sind erhältlich bei: "Kongreß 'Frieden mit der NATO?', Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 5000 Köln 1 – (uld)



Am Montag führte die ÖTV in über 40 Städten Warnstreiks für die Durchsetzung ihrer Tarifforderungen durch. Am Dienstag wurden die Warnstreikaktionen fortgesetzt und ausgeweitet. In Hannover nahm an der Warnstreikkundgebung auch ein großer Block der Feuerwehr teil, als wichtige Beamtenabteilung im Organisationsrahmen der ÖTV. Ebenso war der Krankenhausbereich – angesichts der angedrohten Kürzung der Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege – in die Streikaktionen einbezogen. – (kar)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

IG Druck: Ortsverein München beschließt 9 Prozent..... 22

Verwaltungsgericht: Arbeitstraining ist keine Zwangsarbeit... 22

Krankenhaus Barmbek: Verschoebene Schichtzeiten verhindert 23

Tutoren: Streik für Tarifvertrag in der zweiten Woche 23

WAA: Die CSU setzt auf den Polizeiknüppel, muß aber ihre Demagogie verstärken 24

Polizei-Einsatz: "Verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht". 25

Kieler Faschisten: Keine Kandidatur, aber weitere Hetze..... 25

Kommunalwahl: Kreis Pinneberg: CDU-Mehrheiten aufgrund besonderer Bevölkerungsstruktur. 26
Pinneberg: Kreis für Reiche..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Antifaschistisches Ruhrgebietstreffen: Aktionen gegen die FAP geplant..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bildende Kunst und Befreiung: Aspekte neuerer nigerianischer Kunst 30

Europa-Parlament: Europa "per se antifaschistisch"..... 31

"Geringfügige Beschäftigung": SPD für Erleichterung – "Individualisierung" nach Glotz?... 32

Spezialberichte

Lohnbewegung: Die Löhne könnten steigen, aber nicht ohne Kampf gegen die Kapitalisten!..... 34
Erste Lohnforderung für Metall beschlossen: 150 DM, mindestens 7%. 34
Steuerreformkonzept der SPD "sozial gerecht"? 35
SPD-Konzept zur Steuer..... 36
Noch eine 35-Stunden-Kampagne ohne Flexi-Kritik?..... 36
Lohnkämpfe seit 1950: Auch im Aufschwung geben die Kapitalisten nichts freiwillig! 37

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen

Polizei und Geheimdienste

Gesetzesinitiativen der Bundesregierung – Polizei und Geheimdienst sollen gemeinsam und geheim tätig werden können

Am Freitag, den 31. Januar, beriet der Bundestag in erster Lesung über ein Gesetzespaket zur Inneren Sicherheit, das erst am 29. Januar von der Bundesregierung beschlossen und in den Bundestag eingebracht wurde. Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung vier Gesetze ändern: das Gesetz über das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesdatenschutzgesetz, das Verwaltungsverfahrensgesetz und das Straßenverkehrsgesetz. Außerdem legte die Bundesregierung ein Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) vor, der bisher auf Grundlage einer Verwaltungsanordnung des Bundesverteidigungsministeriums existierte. In Vorbereitung befindet sich zudem das Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Bereits im Herbst letzten Jahres hatte sich die Konferenz der Länderinnenminister auf einen weiteren Bestandteil der Staatsschutzoffensive der Reaktion geeinigt: den Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz. (1)

– Im Musterentwurf für ein Polizeigesetz der Länder will die Innenministerkonferenz der Polizei künftig nicht allein die Aufgabe erteilen, "Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren", sondern der Polizei obliegt künftig auch die "vorbeugende Verbrechensbekämpfung". Solche besteht nach dem Musterentwurf vor allem in der Möglichkeit für die Polizeibehörden, überall dort, wo sie die Möglichkeit der Entstehung von Verbrechen vermuten, zu schnüffeln und das auch verdeckt. Le-

gal wäre dann, wenn die Polizei eine Streikversammlung bespitzelt, feststellt, wer dafür eintritt, daß Streikposten Streikbruch verhindern, diese Personen kontrolliert und beobachtet, um "vorbeugend" ein entsprechendes Polizeiaufgebot vor dem Betrieb aufzustellen, oder wenn andere Koalitionen und Organisationen rundum überwacht und durchsucht werden. Ist der Polizei einmal erlaubt, ohne Verdacht zu beobachten, ist der Schritt zur Schutzhaft nicht weit.

– Mit den Personalausweis- und Paßgesetzen wird der Polizei erlaubt und ermöglicht, künftig nicht nur Razzien in Stadtteilen und massenhafte Personenkontrollen durchzuführen,



"Vorbeugender" Polizeieinsatz gegen eine Demonstration

ren, sondern alle dabei erfaßten Personen und die Umstände, unter denen sie kontrolliert wurden, über einen längeren Zeitraum zu speichern. Mit Hilfe von computerlesbaren Personalausweisen und Pässen und der aufwendigen Computerausstattung der Polizeibehörden wird das Verfahren keinen ungeheuerlichen und kaum zu bewältigenden Akten- und Zeitaufwand benötigen, sondern praktisch durchführbar sein. Zweitens wird die Umtauschaktion zu einer Kontrolle der westdeutschen Staatsbürger führen, die älter sind als 16 Jahre – denn ein jeder ist verpflichtet, sich den Personalausweis zu beschaffen. Wenn auch nicht im Rahmen der Volkszählung, so doch im Rahmen der Umtausch- und Beschaffungsaktion findet damit eine Überprüfung des gesamten Melderegisters statt. Davon ausgenommen ist die Bevölkerung mit anderer Staatsangehörigkeit. Deren Kontrolle und Überwachung aber wird auf Grundlage der Ausländergesetze in dem am 31. Januar beratenen Artikelgesetz verschärft, das die Gesetze über den Verfassungsschutz, die Melde- und die Straßenverkehrsämter und das Bundesdatenschutzgesetz ändern soll.

– Mit diesem Gesetzespaket will die Regierungskoalition den Verfassungsschutzämtern der Länder erlauben, direkt untereinander zusammenzuarbeiten, statt, wie bisher, über das Bundesamt für Verfassungsschutz Informationen auszutauschen. Außerdem werden der Generalbundesanwalt, das Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz und Zoll verpflichtet,

SPD-Bündnissuche gegen § 116 AFG mißglückt

Der SPD-Vorstand bemüht sich, die Aktionen gegen die Regierung wegen der Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes im staatstragenden, parlamentarischen Rahmen zu halten. So verbreitete er vor kurzem, neue Bündnispartner auch aus dem Unionslager könnten gegen Kohl, Blüm und Bangemann gefunden werden: Im Falle von Nichtzahlung von Arbeitslosengeld an ausgesperrte oder vom Streik betroffene Arbeiter durch das Arbeitsamt müßten nämlich die Kommunen ersatzweise Sozialhilfezahlungen leisten – angesichts der Gemeindefinanzen müßten sich da eigentlich alle Kommunalebene gegen den Gesetzentwurf der Regierung stellen. Die Absage kam allerdings schnell: Die Vertreter aus mehreren Gemeinden, darunter auch aus dem von einem SPD-Oberbürgermeister regierten

München, erklärten, falls Sozialhilfezahlungen an ausgesperrte oder wegen Streiks ohne Lohnzahlung bleibende Arbeiter aufzubringen seien, würden sie als Darlehen gezahlt, die nach Ende des Arbeitskampfes wieder einzufordern wären – eine Belastung der Gemeindefinanzen sei so nicht zu befürchten. – (alk)

"Vermögensbildung": Stoltenbergs neuer Fischzug

Die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" soll durch ein "2. Vermögensbeteiligungsgesetz" gefördert werden. Geplant ist, daß künftig auch förderungswürdig ist, wenn es einem Kapitalisten gelingt, Lohnabhängige zur Anlage von Geld in solchen Firmen zu verleiten, die mittels "stiller Beteiligung" an anderen – oder dem eigenen – Unternehmen beteiligt sind. Bislang ist solche "Vermögensbildung" nur zugelassen, wenn die betreffenden Anlagefirmen an Börsen gehandelte

Unternehmensanteile besitzen, also zumeist Aktien. Die Ausdehnung der Förderung auf "stille Beteiligungen" sei mittelstandsfreundlich, sagt die Regierung. Tatsächlich ist sie bankenfreundlich. Die Banken können künftig, so sie so einen "Mittelständler" ruinieren, auch "angelegte" Lohngelder mitschleppen. Die Regierung strebt an, daß es den Kapitalisten gelingt, ca. 400000 Lohnabhängige zu solcher "Vermögensanlage" zu verleiten. – (rül)

Kein Ladenschluß in Großstädten

Die Regierungskoalition einigte sich am 2.1. darauf, den Ladenschluß in Bahnhöfen und Flughäfen bis 22 Uhr aufzuheben. Verkauft werden darf auch in einer "baulichen Anlage, die einen Personenbahnhof mit einem Verkehrsknotenpunkt des Nah- und Stadtverkehrs verbindet", vorerst in den 31 Städten mit über 200000 Ein-



1933: Gestapo und SA nehmen ihnen bekannte Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Oppositionelle in "Schutzhaft".

dem Verfassungsschutz alle Informationen weiterzuleiten, von denen diese Behörden annehmen, daß sie in den Rahmen des Beobachtungsauftrags des Verfassungsschutzes gehören. Alle anderen staatlichen Behörden und die Polizei sind zur Weiterleitung von Informationen verpflichtet, wenn sie sicherheitsgefährdende sowie geheimdienstliche Vorgänge vermuten oder wenn sie auf die Möglichkeit von Gewalt beim Kampf gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die auswärtigen Interessen der BRD stoßen. Der Verfassungsschutz wiederum soll sich an alle Behörden wenden können, ohne auch nur ein Verzeichnis über seine Anfragen anlegen zu müssen. Für seine Berichtspflicht – gemeint sind die jährlichen nichtöffentlichen Berichte an den Innenminister und der Verfassungsschutzbericht des Innenministers – hält der Gesetzentwurf

fest, daß in den Berichten auch "personenbezogene Daten" veröffentlicht werden dürfen, wenn die "Interessen der Allgemeinheit" überwiegen. Der Bundesinnenminister kann also künftig im Verfassungsschutzbericht Listen über Personen veröffentlichen, die nach seiner Einschätzung in besonderer Weise verfassungsfeindlich tätig waren.

– Mit dem MAD-Gesetz soll der Militärische Abschirmdienst die legale Befugnis erhalten, nicht nur die Mitglieder und Beschäftigte der Bundeswehr und deren Angehörige zu überprüfen, sondern alle Leute zu beobachten, zu belauschen, mit Foto- und Videokameras aufzunehmen, von denen er annimmt, daß sie gegen die Bundeswehr oder gegen militärische Interessen der BRD vorgehen. Dabei soll er mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten. Seine Befugnisse

gegenüber anderen Behörden sind nun ähnlich wie die des Verfassungsschutzes. Er soll seine Anfragen nicht mehr über das Verteidigungsministerium an die Behörden richten – er war damit immerhin der Kontrollmöglichkeit einer ans Parlament gebundenen Körperschaft unterworfen – sondern kann sie direkt durchführen.

– Mit der Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes werden die Melde- und Straßenverkehrsbehörden verpflichtet, Auskünfte an die Polizei zu erteilen und der Polizei direkte Datenanschlüsse an ihre Computerdateien zu ermöglichen. Das Straßenverkehrsgesetz verpflichtet das Kraftfahrzeugbundesamt, Dateien zur Verfügung zu stellen – die bereits "probestweise" bestehen – in denen erstens jedes Fahrzeug und der dazugehörige Kraftfahrzeughalter sowie jeder Führerscheininhaber mit Geburtsdatum und -Ort registriert ist. Automatisch abrufen dürfen: die Polizei, die Fahrerlaubnisbehörden und die Grenzschutzbehörden.

– In allen Gesetzen ist vorgesehen, daß Polizei und Geheimdienste Informationen an die Polizeien und Geheimdienste anderer Staaten weitergeben dürfen.

– In dem bislang als Vorentwurf bestehenden Gesetz zur Zusammenarbeit der Staatsschutz- und Polizeibehörden will die Bundesregierung alle Behörden zum gegenseitigen Datenaustausch und der Speicherung von Daten über verfolgte Personen ermächtigen.

Die Bundesregierung verschafft sich mit dieser Sammlung von Staatsschutzgesetzen einen Polizei- und Geheimdienstapparat, der Ähnlichkeiten mit der faschistischen Gestapo aufweist und vor allem für den Einsatz gegen die politische Opposition nüt-

zu sein. Sortiment und Verkaufsfläche sollen begrenzt sein. Vorsichtshalber sind jedoch weder Warenlisten noch maximale Ladengröße angegeben. Die Gewerkschaft HBV kündigte Tarifverträge an, die die Lage der Arbeitszeit festschreiben. – (anl)

Dokortitel aberkannt – von wegen antifaschistisch!

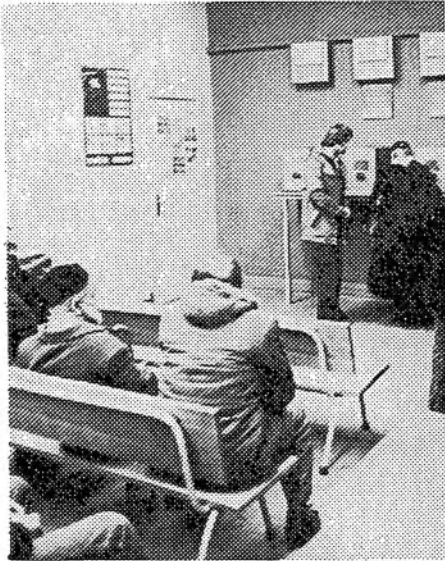
Am 30.1.86 hat die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Braunschweig eine 1983 vom Präsidenten der Universität Göttingen erlassene Verfügung zwecks Aberkennung eines (früher verliehenen) Dokortitels bestätigt. Enttitled wurde der Altnazi Dr. Wilhelm Stäglich wegen der Leugnung des NS-Massenmordes an Juden in seinem Buch "Der Auschwitz-Mythos – Legende oder Wirklichkeit" (AZ: 6 VgA 219/83). Das Verfahren hatte 1981 begonnen. Seinerzeit hatten fünf Frankfurter Verwaltungsrichter einen entsprechenden Antrag gestellt und

sich hierbei auf das 1939 erlassene (und jetzt vermutlich erstmals seit 1945 angewandte) nationalsozialistische "Gesetz über die Führung akademischer Grade" gestützt: Demzufolge kann ein Doktorgrad wegen "nachträglicher Unwürdigkeit" aberkannt werden. Das Braunschweiger Gericht kommt antifaschistisch daher. Tatsächlich ist zu erwarten, daß das nun aufpolierte NS-Gesetz schon bald gegen die 133 "Linksextremisten im Landeshochschuldienst" angewendet werden wird, die Zimmermann im Verfassungsschutzbericht 1984 ausgemacht hat. – (huh)

Mehr Bundesmittel für "Rumäniendeutsche"

Die Bundesregierung plant eine kräftige Aufstockung ihrer Mittel zur Förderung von "Rumäniendeutschen" in Rumänien. Die FDP-Abgeordnete Frau Dr. Hamm-Brücher, unter Helmut Schmidt Staatsministerin im Aus-

wärtigen Amt, hatte angefragt, welche konkreten Schritte die Bundesregierung ergreifen wolle, um die Schließung eines "Deutschen Theater in Hermannstadt (Rumänien)" zu verhindern, Gefahren für "deutsche Literatur" in Rumänien abzuwehren und um "deutsche Schulen" in Rumänien zu fördern. Die Antwort der Bundesregierung: Schon jetzt sende man Buch- oder Sachspenden an deutsche Schulen und an germanistische Lehrstühle, unterstütze deutschsprachige Zeitschriften, entsende deutsche Lektoren und deutsche Künstler. Zusätzlich prüfe man gerade im Auswärtigen Amt eine ganze Reihe von Maßnahmen, um diese Förderung auszuweiten. Bei den nächsten Regierungsgesprächen wolle man den neuen Katalog der rumänischen Seite vorlegen. Solche Förderung des "Deutschtums" zwecks Ausweitung deutschen Einflusses steht in direkter Tradition zur faschistischen Ostexpansion. – (rül)



Polizei und Verfassungsschutz sollen befugt sein, ihre "Erkenntnisse" über ausländische Arbeiter an die zuständigen westdeutschen Behörden (z.B. an das über die Aufenthaltsgenehmigung entscheidende Ausländeramt, Bild links) und an die Polizeien und Geheimdienste der Herkunftsstaaten weiterzumelden.

zen soll. Die bisher bestehende, auf den Alliierten Kontrollrat zurückgehende, strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten wäre damit – zumindest was den Bereich der Beobachtung und Fahndung angeht – weitgehend aufgehoben. Und die Polizei erhält in zunehmenden Maße geheime Beobachtungs- und Fahndungsbefugnisse. Unter Berufung auf die innere Sicherheit, auswärtige Interessen und die Einsatzbereitschaft von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei soll dem Gewaltapparat die Verfolgung der politischen Opposition möglich und das gemeinsame Vorgehen erlaubt sein, und zwar so, daß die entfesselte Exekutivgewalt für ihr Vorgehen keinen Verdacht mehr angeben muß, sondern nur erklären muß, daß sie Verbrechen vorbeugend bekämpfen will.

Über die Umsetzung des Polizeige-

setz-Musterentwurfs entscheiden die Landesparlamente und -regierungen. Zu befürchten ist, daß auch die SPD-regierten Länder den Entwurf übernehmen werden, denn der Musterentwurf ist unter Federführung der NRW-Landesregierung ausgearbeitet worden und die bis jetzt bekannten neuen Entwürfe der Landespolizeigesetze für Nordrhein-Westfalen und Hamburg befolgen den Musterentwurf. Im Bundestag hat die SPD angekündigt, sie werde gegen die Gesetze antreten. Aber die Grundlage für die Dateiensembungen ist die Tatsache, daß Melde- und Standesamtsregister existieren, jeder, ob Ausländer oder westdeutscher Staatsbürger, sich dort melden muß, Anfragen und Datenabgleich der Polizei mit Hilfe des neuen Personalausweises in großer Geschwindigkeit möglich sind. Dagegen ist die SPD bisher nicht aufgetreten.

Am 21. Februar sollen die Gesetze über den maschinenlesbaren Personalausweis und den maschinenlesbaren, sogenannten Europa-Paß, die bereits von der SPD/FDP-Regierung vorbereitet bzw. eingebracht wurden, verabschiedet werden – im wesentlichen mit Unterstützung der SPD. Die Grünen haben in der Bundestagsdebatte am 31. Januar angekündigt, daß sie auf zahlreichen Veranstaltungen und Versammlungen über die Gesetzespakete aufklären und dagegen protestieren wollen.

(1) Da uns bis Redaktionsschluß die Regierungsentwürfe nicht vorlagen, stützen wir uns auf die in der Zeitschrift "Bürgerrechte und Polizei" veröffentlichten Gesetzentwürfe. Quellenhinweis: Bürgerrechte und Polizei, Nr. 21 und 22/85; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30., 31.1 und 1.2. – (uld)

Westdeutsche Waffenexporte nach Südafrika/Namibia

Ihr billigendes Stillschweigen für westdeutsche Rüstungsexporte nach Südafrika und Namibia bringt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die fünfte Kleine Anfrage der Grünen über "Militärisch relevante Zusammenarbeit mit Südafrika" zum Ausdruck. Auf die erneute Nachfrage zum Export von Hubschraubern des Typs BO 105 durch MBB, die in Südafrika als Polizeihubschrauber eingesetzt werden, erklärt sie: "Der Bundesregierung ist bekannt, daß die Firma MBB zivile Hubschrauber des Typ BO 105 nach Südafrika geliefert hat. Diese Hubschrauber fallen nicht unter die Ausfuhrgenehmigung." Auf die Nachfrage der Grünen, ob die Bundesregierung die Angaben der SWAPO, der UNO-Vertreterin Namibias, überprüft hat, nach denen die namibische National Home Guard mit Gewehren der

BRD-Firma Heckler & Koch ausgerüstet ist, antwortet die Regierung: "Sie sieht weder Anlaß noch Möglichkeit, sich mit der Ausrüstung der sog. 'National Home Guard' in Namibia zu befassen." Gegen die Rüstungsniederlassung von Magirus-Deutz in Südafrika ermittelt die Bundesregierung aus ähnlichen "Gründen" nicht. (Bundestagsdrucksache 10/4701 – uld)

CSU provoziert WAA-Gegner

In den letzten Wochen wird brutaler von Seiten des Staates gegen die WAA-Gegner vorgegangen. In der Nähe des Bauplatzes wird zur Zeit alles was nach WAA-Gegner aussieht u.a. auch vom BGS niedergeknüppelt, auch die GSG 9 war präsent. Um Stärke zu demonstrieren fand die Tagung des CSU-Wirtschaftsbeirates als WAA-Werbeveranstaltung im Regensburger Kolpinghaus statt. Etwa 300 WAA-Gegner, darunter viele Schwandorfer

Bürger, versperrten eineinhalb Stunden die Eingänge des Kolpinghauses. Im Gegensatz zu früher bekamen auch provozierende CSUler und Polizisten Prügel. Die Polizei, die sich durch Unterschätzung des Widerstandes in der Minderheit befand, konnte den Vorplatz des Kolpinghauses erst durch Verstärkung aus Schwandorf räumen, wobei zwölf Personen verhaftet wurden. Nach Augenzeugenberichten wurden sie zum Teil im Kolpinghaus verprügelt. – (dax)

Antimperialistischer Kongreß durchgesetzt

"Es haben sich Strukturen entwickelt, deren Kampf und Prozess mit oder ohne Kongreß weitergehen wird. Wir brauchen den Kongreß, um die politische Diskussion unter uns zu vertiefen und uns die Türen zu den Erfahrungen der Revolutionäre in anderen europäischen Ländern zu öffnen ... andererseits sind wir konfrontiert mit der im-

Neue Heimat

Die Reaktion entwickelt Wahlkampfhit 1987

In den letzten 14 Tagen haben Regierung und Presse eine neue Runde in der Treibjagd auf Neue Heimat und DGB eingeleitet. Das entwickelte sich erst nach bekanntem Muster: Am 5. 11.85 hatten Neue Heimat und DGB bei den Gläubigerbanken die Stundung der Tilgung von ca. 1,2 Mrd. kurzfristiger Darlehen bis Anfang 1987 aus dem Kreis von ca. 2 Mrd. Bankschulden des gemeinnützigen Zweiges und ca. 15,4 Mrd. der privaten NH-Töchter Städtebau und International ausgehandelt. Gefügig hatten sie vorab eine Steigerung der laufenden Mietsozialwohnungskäufe auf 100000 bis Ende 1986 angekündigt. Die scheinbare Ruhepause nutzten sie, um im "Stern" und zahlreichen Gewerkschaftszeitungen zu verkünden, damit sei dann die Angelegenheit erledigt. Zum gleichen Zeitpunkt hatten aber Bauminister Schneider (CDU) und Lambsdorff (FDP) verlautbart, der DGB müsse andere gemeinwirtschaftliche Unternehmen verkaufen und ab 1987 weiteres Gewerkschaftsvermögen in Zins und Tilgung rückverwandeln, wenn er die Banken und sie ruhig halten wolle. Prompt enthüllte dann der "Spiegel" am 20.1.86 tatsächliche oder bloß konstruierte DGB-Pläne zum Verkauf der "Volksfürsorge". Sodann gifteten vor allem Schneider und Lambsdorff vorzugsweise in "Bild" wieder öffentlich los; die FDP beantragte ihre zweite "Aktuelle Stunde" der letzten zwölf Monate im Bundestag für den 24.1.: Wieder zum Thema Neue Heimat und DGB.

Die Debatte war allerdings aufschlußreicher für Stoßrichtung und

Ziele der Reaktion als die letzte vergangenen September.

Schneider und Lambsdorff heuchelten zunächst sozialdemagogisch Sorge um die eine Mio. Mieter in den noch 289462 preisbegrenzten und belegungsgebundenen Wohnungen der Neuen Heimat; Schneider forderte sodann ein langfristiges Sanierungskonzept des DGB, zu dem dieser "mindestens in dem Umfang hilft, wie er dies bei den nicht gemeinnützigen Töchtern gemacht hat ... mindestens 1,5 Mrd. DM". Lambsdorff: "Mit uns kann man dann nur über eine öffentliche Flankierung reden, wenn aus den Mietern Eigentümer werden. Den Mietern zu Wohneigentum zu verhelfen durch verbilligte Darlehen: ja! Die Neue Heimat sanieren: nein!". Die Neue Heimat soll also auch nach 1986 mit relativ großen Schüben an Wohnungsverkäufen die beabsichtigte Erhöhung der Wohneigentumsquote in der BRD speisen und über ihre unsichere Lage Mietern mit mittlerem Einkommen den Erwerb eines Billig-Eigenheims oder einer Gebrauchtwohnung geradezu nahelegen. Sie soll kaputtgehen, aber nicht gleich und auf einmal. Das würde den Immobilienmarkt beeinträchtigen und den Real- kreditmarkt zu sehr anheizen. Schneider hat sich deshalb durch CDU- und SPD-Landesregierungen zum Vermittler zwischen Ländern, Gemeinden, Banken und DGB aufrufen lassen. Das sichert kontinuierliche Einmischung und Steuerung. Der DGB soll zwischenzeitlich bluten. Zugleich können weiter scheinheilig die 10 Mrd. DM als verschwendet begehrt werden, die die Neue Heimat an öffentlichen Mitteln zum Baupreis- und belegungsgebundener Sozialwohnungen erhalten hat. Das diene der Erledigung restlicher Reformforderungen nach Eingriffen in den Wohnungs-

markt und könnte in der Debatte um staatlichen Aufkauf der Neuen Heimat als Stachel zur Auflösung des gesamten gemeinnützigen Wohnungsektors eingesetzt werden. Denn die Reaktion weiß seit der Vorlage eines von Stoltenberg/Schneider eingeholten Gutachtens, daß sie hierfür nur noch eine breitere öffentliche Meinung braucht und ansonsten einen schlichten Bundestagsbeschuß auf Aufhebung des Systems des Sozialen Wohnungsbaues. Über Monate soll sich dieser Prozeß mindestens hinziehen, bevor Stoltenberg, Schneider und Lambsdorff gegenüber größeren Teilen der Lohnabhängigen vielleicht eine weitere Eigentumbildungs-Spendierhose anziehen und für die unteren Lohngruppen und Rentner zu einem weiteren Wohngeldmanöver im Umschichtungs- und Aufspaltungsprozeß ansetzen. Ein Wahlkampfschlagert der Reaktion für 1987 und später wird angerührt.

Quellenhinweis: Spiegel, 20.1.86; div. Ausgaben Bild; Protokoll der 192. Sitzung des Bundestages, Drucksache 10/3537 - (ped)

Zwangsarbeit

VVN fordert Entschädigung von der Daimler-Benz-AG

Auf einer Pressekonferenz am 23.1. hat die VVN/BdA öffentlich die Forderung erhoben, daß fünf in der Region Stuttgart ansässige Firmen, u.a. Bosch und Daimler-Benz, Entschädigungen für die brutale Vernutzung Zehntausender von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen zahlen. Die beiden Konzerne weigerten sich bisher beharrlich, auch nur die Fakten anzuerkennen. Sie konnten sich dabei auf ei-

mer brutaleren Reaktion in ganz Westeuropa ...". So heißt es in einer Erklärung zu den Verbotsdrohungen gegen den Kongreß der Antiimperialistischen Gruppen. Die Versuche des BKA, Veranstalter und Teilnehmer des Frankfurter Kongresses "Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" vom 31.1. bis 4.2. als Unterstützer "terroristischer Vereinigungen" zu kriminalisieren und den Rektor der Fachhochschule zur Aufkündigung des Mietvertrages zu bringen, konnten den Kongress nicht verhindern. Auch der Frankfurter CDU-OB Wallmann konnte sein Versammlungsverbot nicht durchsetzen. Die Veranstalter stellten eine politische Öffentlichkeit her und sorgten dafür, daß Provokateure keinen Zugang hatten. Dies dürfte Einfluß auf die Entscheidungen der Verwaltungsrichter gehabt haben. Mit 700 Teilnehmern wurde der Kongress eröffnet. - (düb)



Westberlin. Am 29.01. besuchte Israels Ministerpräsident Peres Westberlin. Rund 700 Demonstranten brachten am Vortag ihre Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf zum Ausdruck. Sprechchöre wie "El Salvador - Libanon - Türkei, bei jeder Schweinerei ist die BRD dabei", "Zionismus ist Rassismus" prägten die Demonstration. Viele Palästinenser und Tamilen nahmen teil. Aufgerufen hatten Sympathisanten der PFLP, das Nelson-Mandela-Komitee, das Zentralamerikakomitee und der Ausländerbereich der AL. - (klh)

ne von der VVN 1959 angestregte Entschädigungsklage des KZ-Häftlings Bartel vor dem Stuttgarter Landgericht stützen, die in der letzten Revisionsinstanz vom Bundesgerichtshof abgeschmettert worden ist und mit 22000 DM durch die Kläger bezahlt werden mußte.

Parallel zur VVN hat der Daimler-Betriebsrat auf Initiative der PLAKAT-Betriebsräte die Geschäftsleitung aufgefordert, einen Bericht über die Zwangsarbeit vorzulegen.

Solcherart unter Druck geraten, ließ diese öffentlich verlauten, sie wolle eine umfassende Analyse darüber anfertigen lassen. Pressesprecher Bernd Gottschalk: "Wir wollen von uns aus alles tun, um die Dinge an die Öffentlichkeit zu bringen." Und die Stuttgarter Zeitung hofiert: "Daimler stellt sich seiner Vergangenheit im Dritten Reich – Unabhängige Forschungsgesellschaft untersucht Rolle des Konzerns zwischen 1933 und 1945".

Bei der genannten Forschungsstelle handelt es sich um die "Gesellschaft für Unternehmensgeschichte" (GUG), die 1977 vom BDI aus der Taufe gehoben worden ist und in deren Vorstand der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Breitschwerdt hockt. Der Chef des wissenschaftlichen Beirats der GUG, Prof. Pohl aus Bonn, kommt denn auch in seinem zum Daimler-Jubiläum vorgelegten Zwischenbericht zu dem Ergebnis: "Es ist heute nicht mehr genau festzustellen, wer freiwillig arbeitete und wer Zwangsarbeit leisten mußte, zumal die erforderlichen Akten heute vielfach für uns nicht mehr zugänglich sind."

Das ist gelogen! Obwohl die Firmenakten 33-45 mit einer 60-jährigen Sperrfrist durch den Daimler-Benz-Vorstand belegt worden sind, obwohl seit 83 fünf Historiker nicht zum Archiv vorgelassen worden sind, u.a. mit der offenen Begründung wie beim Freiburger Historiker Zollitsch, sein Vorhaben sei nicht bewirksam, und obwohl die GUG seit 83 allein über den Akten brüht, ist nachgewiesen:

1944 waren 40% der Belegschaft Zwangsarbeiter, u.a. im Werk Sindelfingen, über das der Bericht "Unser Werk in den Kriegsjahren 1939-44" festhält: "Die hohe Zahl der im Werk beschäftigten und in gesonderten Lagern untergebrachten Ost- und Westarbeiter zwangen uns, gesonderte Krankenreviere mit je 100 Betten in zwei Lagern zu errichten." Im alten Friedhof in Sindelfingen gibt es zwei Massengräber, in denen zu Tode gebrachte Zwangsarbeiter verscharrt worden sind. Im Werk Mannheim wurden 1060 Häftlinge aus dem KZ Sandhofen unter unmenschlichen Bedingungen vernutzt, z.T. wegen Fallens eines Meßinstruments erschossen oder wegen angeblichen Falschschleifens von Kurbelwellen öffentlich erhängt. – (zem)

Rheinmetall-Prozeß

"Unser stärkstes Stück" auch für den Rest der Welt

Seit dem 13. Januar stehen vier Manager des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall vor dem Düsseldorfer Landgericht. Sie sind angeklagt wegen "fortgesetzten Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenhandelswirtschaftsgesetz". Die vier zeichnen verantwortlich für die Lieferung von 1500 Maschinengewehren Typ MG3 nach Saudi-Arabien, von 100 Maschinenkanonen des Typs Rh 202 nach Argentinien und einer Munitionsabfüllanlage des Kalibers 155 nach Südafrika. Damit haben sie Waffen in sogenannte "Spannungsgebiete" geliefert, nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) von 1961 und verschiedenen Regierungsverordnungen unzulässig und mit Strafe von einem bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren bedroht. (§16, KWKG)

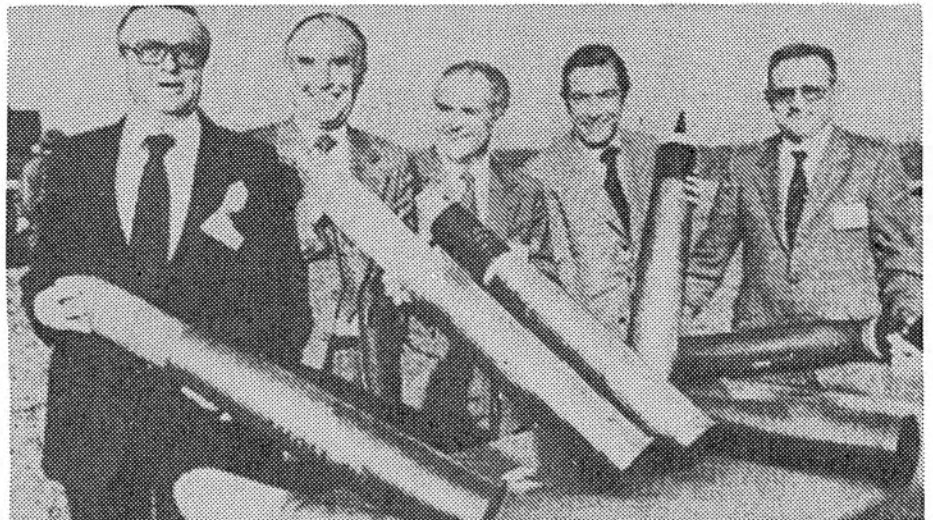
Die Rheinmetallmanager haben aber mit Genehmigung verkauft, erteilt von den zuständigen Stellen, allerdings für Paraguay (Munitionsab-

schmiede. Die Ermittlungsergebnisse und die Anklageschrift wurden dann schnell vom nordrhein-westfälischen Justizministerium zur "geheimen Verschlußsache" erklärt. Als der Prozeß endlich im Januar diesen Jahres begann, vergingen ganze zwei Verhandlungstage, bevor überhaupt die Anklageschrift verlesen wurde. Die Verteidiger scheinen darauf zu spekulieren, daß einige Anklagepunkte oder gar die ganze Anklage durch Verjährung gestandlos wird.

Von vielen Seiten wurden große Anstrengungen unternommen, um den Prozeß gegen Rheinmetall ganz zu verhindern. Sie reichten bis zu versuchten Gesetzesänderungen.

Im Februar 1984 versuchte die Kohl/Genscher Regierung, verpackt in eine Vorlage zur Entbürokratisierung des Waffengesetzes, den Vorstoß, das KWKG zu einem Kavaliersdelikt zu machen, von einem Verbrechen zu einer Ordnungswidrigkeit.

Rheinmetall rangiert vom Umsatz



Diese Aufkleber stammen von Rheinmetall. Überhaupt sind sie sehr rege in der Werbung. Der Pressesprecher von Rheinmetall ist Schatzmeister des "Bonner Kreises", einer "Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik".

füllanlage), für Italien (Maschinengewehre) und für Spanien (Kanonen). In diese Länder darf geliefert werden, sie gelten als friedlich und/oder NATO-Länder. Von hier aus wurden die Waffen dann weitergeleitet. Auf diese Genehmigungen setzt die Verteidigung der Waffenschieber. Sie hätten nicht gewußt, was die ausländischen Partner mit den Lieferungen machen würden.

Sieben Jahre hat es gedauert, bis endlich der Prozeß gegen Rheinmetall begonnen hat. Die ersten Ermittlungen wurden 1978 aufgenommen, 1983 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Düsseldorfer Waffen-

her auf Platz acht der westdeutschen Rüstungskonzerne, aber von der Erfahrung und Tradition auf dem Gebiet der Waffenversorgung für reichs- und bundesdeutsche Expansionsbestrebungen steht er mit an erster Stelle. So wird auch verständlich, daß der Rheinmetall-Prokurist Dieter Köhler von den Strafverteidigern Müller und Wahle vertreten wird, die auch Graf Lambsdorff und Hans Friedrichs verteidigen.

Die Nazierrschaft brachte Rheinmetall die erste große Blütezeit. Nachdem die Düsseldorfer Waffenschmiede die Berliner Borsig-Werke übernommen hatte, wurde sie 1938 in

Versuche zur Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetz

Jede imperialistische Bourgeoisie braucht eine Armee, ausgerüstet mit Waffen, um ihre expansionistischen Ziele durchsetzen zu können. Diese Waffen müssen hergestellt werden, eine Rüstungsindustrie ist vonnöten. Aus strategischen Interessen muß diese Rüstungsindustrie auch in Zeiten "friedlichen Handelns und Wandels" nicht nur vorhanden sein, sondern auch mit der größtmöglichen Kapazität. Da nun die eigene Armee häufig, aber nicht beständig mit neuen Waffensystemen ausgerüstet wird, die Rüstungskapitalisten aber Profite machen wollen und ihre Waffensysteme testen, werden Rüstungsgüter exportiert.

In der BRD ist der Waffenexport durch das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) geregelt. Anfänglich war die Produktion und damit auch der Export durch das Kontrollratsgesetz Nr. 43 vom 20.12. 1946 vollständig verboten. Mit der Gründung der BRD, mit der Gründung der Bundeswehr und dem Eintritt in die NATO änderte sich das.

Da es in Westdeutschland einen erheblichen Widerstand gegen die Remilitarisierung gab, wurde 1961 das KWKG beschlossen. Es verbietet nicht generell den Export, sondern nur dann, "wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden" und wenn Völkerrechtsverletzungen zu befürchten sind (§6). Das wurde dann in der Praxis auf "Spannungsgebiete" bezogen.

Im Mai 1982 machte die Regierung Schmidt/Genscher deutlich, daß Ex-

porte in NATO-Länder grundsätzlich erlaubt sind und in Nicht-NATO-Länder "wird nicht genehmigt, es sei denn, daß... im Einzelfall die vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen... Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen". Damit wurden die Bestimmungen nicht nur gelockert, sondern der Waffenexport zum offiziellen Instrument der Außenpolitik.

Im Februar 1984 versuchte dann die Kohl/Genscher Regierung ihr "lex Rheinmetall" durchzubringen, in der Hoffnung, Rheinmetall zu schonen und den anderen Rüstungskapitalisten Straffreiheit bei Verstößen gegen das KWKG zu garantieren. In der Begründung hieß es: "Die Verstöße gegen das KWKG liegen nämlich im wesentlichen darin, daß Unternehmen eine Genehmigung, mit deren Erteilung sie hätten rechnen können, nicht oder verspätet eingeholt haben."

Im Jahr 1985 wurde das KWKG erneut im Bundestag verhandelt. Die SPD-Fraktion hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, der im Kern das Verbot des Waffenexportes in die Länder der Dritten Welt enthielt. Der SPD-Abgeordnete Gansel meinte: "Wer sich zur Landesverteidigung und zum Verteidigungsauftrag der NATO bekennt, der muß sich auch zur Rüstungsproduktion bekennen... Aber wir wollen den Kriegswaffenexport auf die Länder der OECD gesetzlich beschränken. Nur zur Erleichterung der parlamentarischen Arbeit haben wir die Türkei nicht aus dieser Länderliste gestrichen".

Mitte Januar 1986 machte die CSU-Landesgruppe Bayern auf ihrer Klausurtagung im Wildbad-Kreuth den vor-



Eine Rheinmetall Zwillingsskanone im Einsatz bei der argentinischen Armee.

läufig letzten, dafür aber auch weitestgehenden Vorstoß für die Beseitigung von Schranken des Waffenexports. Sie beschloß: "Die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Rüstungsexport sind so zu handhaben, daß eine pragmatische und unseren legitimen verteidigungs-, außen- sowie wirtschaftspolitischen Erfordernissen entsprechende Rüstungsexportpolitik möglich ist". Mit diesem Vorschlag wird der Rüstungsexport vollständig an die Profiterfordernisse der Rüstungsindustrie gebunden und damit vollständig freigegeben.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/1748, 10/3342; Plenarprotokoll der 140. Sitzung des Bundestages am 23.5. 85; Bulletin Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 5. Mai 1982; Bayernkurier 18.1. 86.-rub

die Reichswerke "Hermann Göring" eingegliedert, zu 51 Prozent war Rheinmetall Reichsbesitz geworden. Paul Pleiger, Chef der "Göring-Werke", wurde Aufsichtsratsvorsitzender, Georg Thomas, Mitglied des Aufsichtsrats von Rheinmetall, Wehrwirtschaftsführer und Mitglied des 35 Mitglieder umfassenden Reichsverteidigungsrates. Dieser Reichsverteidigungsrat kam neun Wochen vor Kriegsbeginn zu dem Schluß, daß die einzuberufenden sieben Millionen Soldaten durch Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter zu ersetzen seien. Himmler machte die Zusage, daß die KZ's während des Krieges noch stärker belegt würden.

Davon profitierte Rheinmetall in erheblichem Maße. Häftlinge aus Außenlagern des KZ Buchenwald mußten für Rheinmetall schuften. Von der internationalen jüdischen Organisation "Conference on Jewish Material Claims" wurden allein mehr als 3000

jüdische Frauen ermittelt, die für Rheinmetall geschunden worden waren.

Ganze 2,5 Millionen DM oder 1700 DM pro ermitteltem überlebendem Rheinmetall-Sklaven zahlte Rheinmetall an den Fond als Wiedergutmachung. Ist die Summe schon beschämend gering, so ist die Art und Weise der Bezahlung widerwärtig. Rheinmetall hat nur unter der Bedingung gezahlt, daß ein 300 Millionen DM Handel mit dem Pentagon über die Bühne ging. Andere Häftlinge, wie z.B. polnische Insassen der Außenlager, erhielten keinen Pfennig.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus stand auch für Rheinmetall zunächst die Demontage an. Sie wurde von der Landesregierung verhindert mit dem Hinweis auf Umstellung auf "Friedensproduktion".

1950 wurde Rheinmetall dann reorganisiert und hatte bereits 1957 wieder die Hälfte seiner alten Produk-

tionszahlen erreicht. Inzwischen hatte die Familie Röchling den Betrieb mit 77% übernommen.

Die Röchlings, konkret die Grafen v. Saurma-Jeltsch und die Freiherren von Salmuth, halten heute noch die Mehrheit bei Rheinmetall. Diese aristokratischen Herrschaften sind auch die Nachfolger des Stumm-Konzerns, der seinen Schwerpunkt im Saarland hatte. Der Graf Saurma-Jeltsch sitzt auch noch im Aufsichtsrat von Arbed-Saarstahl. Im Deutschen Bundestag konnte man in den Reihen der FDP bis 1972 Knut von Kühlmann, Freiherr von Stumm-Rammholz und Chef der Stumm-Erben finden. Die Verbindungen zur FDP scheinen also Tradition zu haben.

Quellen: Widerstand gegen Flick und Florian, Röderberg Verlag, 1978; Waffenschmiede Deutschland, Stern-Buch Report; Lohn des Grauens, Campus Verlag; Handelsblatt 13./15.1.86; TAZ 13.1.86 - (rub)

Wehrpflichtdebatte im Bundestag

W 18 und Z 24 –

Die Koalition marschiert geschlossen

"Unser Bündnisbeitrag entscheidet ganz wesentlich über unsere Stellung und über unseren Einfluß im Bündnis. Dies wiederum bestimmt auch unseren Einfluß und unseren Handlungsspielraum nach Osten. Die Stärke der Bundeswehr im Frieden wie im Einsatzfall ist nicht zufällig gewählt: Sie entspricht ihrem Auftrag, und sie entspricht der Bedrohung." Mit diesen markigen Worten eröffnete Verteidigungsminister Wörner am 16.1. die Debatte im Bundestag über den Gesetzentwurf der Regierung zur Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate und zur Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate ab 1989. Die Bundesrepublik ist das einzige Land innerhalb der NATO, welches die Dauer der Wehrpflicht erhöhen will, während z.B. Belgien, die Niederlande und Dänemark nach Angaben des SPD-Abgeordneten Jungmann gerade die Wehrdienstzeit auf acht bzw. sechs Monate gesenkt haben. Die Absicht der BRD-Regierung entspricht der herausragenden Rolle der BRD in den Kriegsplänen der NATO als Frontstaat und Panzermacht und wird, sollte die Wehrdienstverlängerung nicht verhindert werden können, wirklich noch einmal die Macht der BRD in der NATO erhöhen.

Neben der Wehrdienstverlängerung enthält der Gesetzentwurf der Regierung noch eine Reihe flankierender Maßnahmen, um die Ausnahmen vom Wehrdienst zu reduzieren. Verheiratete sollen danach wieder eingezogen werden, ebenso sollen Ausnahmen für Zivil- und Katastrophenschutz in weit geringerem Umfang gewährt werden. Der persönlichen Flucht durch vorübergehende Übersiedlung nach Westberlin oder ins Ausland soll dadurch entgegengewirkt werden, daß die Altershöchstgrenze für die Einberufung auf 32 (bisher 28) Jahre erhöht wird. Schließlich sollen Männer, die ständig im Ausland leben, bei einem Aufenthalt von nur drei Monaten in der BRD unter den Stahlhelm gezwungen werden. Kranke werden sowieso schon zunehmend einberufen.

Während der Debatte im Bundestag sprachen sich die Oppositionsparteien SPD und GRÜNE gegen die geplante Wehr- und Zivildienstverlängerung aus, allerdings mit unterschiedlichen Begründungen.

Die SPD wirft der Regierung vor, mit ihrem Gesetz nur eine fällige Strukturreform hinauszuschieben, denn nach ihren Berechnungen müßte die Regierung 1995 den Wehrdienst erneut, diesmal auf 24 Monate, verlängern, um die Streitkräftestärke von knapp 500000 Soldaten halten zu

können. Das sage die Regierung aber nicht. Zusammengefaßt besteht die Position der SPD darin, das Minus an Wehrpflichtigen durch eine neue Armeestruktur aufzufangen, so daß kein Kampfwertverlust entsteht (z.B. Modell Bülow: mehr Reservisteneinsätze und Stärkung der Infanterie). Mit der Verringerung des Personals im stehenden Heer hätte die BRD darüber hinaus eine ausgezeichnete Stellung in Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über Rüstungskontrolle und Truppenreduzierung.

Die Kritik der GRÜNEN löst sich von der Auffassung, daß die Kampfkraft der Bundeswehr erhalten bleiben müsse, und kritisiert die Wehrpflicht grundsätzlich. "Die allgemeine Wehrpflicht ist in Deutschland ... untrennbar mit der Entstehung und Herausbildung des preußischen Militarismus



Der Offizier als schillernder Mittelpunkt der besseren Kreise – die Regierung fördert's wieder zur Motivationssteigerung ihrer Militärkader.

verbunden. Die Massenarmeen des 19. Jahrhunderts waren, anders als historische Vorbilder, auf die allgemeine und gleiche Disziplinierung aller jungen Männer angewiesen. Die Relikte dieser Vorstellungen – Massenarmee und allgemeine und gleiche Disziplinierung – finden sich jetzt auch im Gesetzentwurf der Bundesregierung wieder. Getreu der Devise der GRÜNEN, 'Militärische Verteidigung abbauen, soziale Verteidigung aufbauen' plädieren wir dafür, die Wehrpflicht abzubauen und den Grundwehrdienst drastisch zu verkürzen – ich persönlich bin der Meinung: auf höchstens zwölf Monate." Auch wenn es wenig begreifbar ist, daß man sich überhaupt für die Wehrpflicht mit einer bestimmten Dauer (höchstens zwölf Monate z.B.) einsetzt, so bietet diese Po-

sition für die Kräfte, die gegen die Wehrdienstverlängerung kämpfen, doch gute antimilitaristische Bezugspunkte. Darüber hinaus haben die GRÜNEN einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer verlangt und die Dauer des Zivildienstes an die des Wehrdienstes angeglichen haben will. Gegenwärtig beträgt der Zivildienst 20, der Wehrdienst 15 Monate.

Das Gesetzentwurfspaket der Regierung enthält auch eine wenig beachtete Änderung des Soldatengesetzes, wonach Soldaten nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr gestattet werden kann, die Uniform in der Öffentlichkeit zu tragen. Das Tragen der Uniform als Reservist muß genehmigt werden und wird relevant werden für ehemalige Unteroffiziere und Offiziere. Die Regierung stellt sich in der Begründung zur Gesetzesänderung vor, daß der fesche Leutnant der Reserve oder der Oberst a.D. die Uniform anziehen "bei festlichen Familienereignissen (z.B. Hochzeit, Taufe), bei Beerdigungen von Angehö-



rigen oder Kameraden und bei festlichen Veranstaltungen und öffentlichen Gedenkfeiern des Bundes, der Länder und der Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts". Neben dem persönlichen Interesse der Betroffenen bestünde ein "öffentliches Interesse", daß bei gesellschaftlichen Anlässen mehr Uniformen zu sehen sind. Der Änderungsantrag fördert eine Entwicklung, in der der deutsche Offizier wie ehemals zu den "Stützen der Gesellschaft" zählt und umgekehrt der Uniformträger in der besseren Gesellschaft standesgemäße Anerkennung für sein Wirken als Soldatenschinder und Gefechtsführer erfährt.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 16.1.86; Bundestagsdrucksache 10/4591 vom 18.12.85 – (jok)

Stellungnahmen der politischen Opposition zu W 18 und Z 24

Im Oktober des letzten Jahres beschloß die Bundesregierung, 1989 den Wehrdienst und den Zivildienst zu verlängern. Seither haben sich viele Organisationen gegen dieses Vorhaben gewandt. Einzelne Aktionen wie Info-Stände und Unterschriftensammlungen wurden durchgeführt. Eine Koordinierung der Bemühungen zur Verhinderung der Wehrdienst- und Zivildienstverlängerung gibt es bisher nicht. Im folgenden sind Stellungnahmen dazu aus Zeitungen und Veröffentlichungen verschiedener Organisationen dokumentiert.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Aus einer Presseerklärung des DGB vom 2.10.85:
Wie das für Jugendfragen zuständige Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, Ilse Brusis, ... erklärte, gäbe es keinen sachlichen Grund dafür, der es rechtfertige, daß junge Männer drei Monate länger in den Kasernen festgehalten werden sollen bzw. für ihre Gewissensentscheidung, den Wehrdienst mit der Waffe zu verweigern, durch eine 24monatige Zivildienstdauer regelrecht 'bestraft' werden. So verständlich es sei, daß man als Wehr- oder Zivildienstleistender einen Beitrag für die Gemeinschaft leiste, so unverständlich und falsch wäre es, diesen Beitrag in einer Form abzufordern, die die jungen Menschen im Übermaß belaste, verbittere und damit dem Ziele entfremde, für das sie ihren Beitrag leisten müssen: Der Vermeidung der Demokratie."

Hamburger Forum

Aus einer Erklärung des Hamburger Forum-Plenums vom 25.9.85:

"Die Verlängerung des Wehrdienstes ist ein wesentlicher Bestandteil des Bundeswehrlangzeitprogrammes, für das in den nächsten zwölf Jahren 300 Milliarden DM ausgegeben werden sollen. Als Ergänzung zum Erstschnappotential der USA (Interkontinental- und Mittelstreckenraketen sowie Weltraumwaffen) soll die konventionelle Schlagfertigkeit der Bundeswehr erhöht werden ...

- Keine Verlängerung des Wehrdienstes
- Keine Verlängerung des Zivildienstes und keine Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den Wehrpflichtigen!
- Statt Wehrdienstverlängerung fordern wir einen Truppenabbau von West und Ost in Europa!"

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)

Die DFG/VK führt eine Unterschriftensammlung durch mit folgenden Text:

"Ich unterstütze das Grundgesetz (Art. 12a):

Die Ableistung eines Ersatzdienstes darf nicht als Bestrafung angesehen werden. (Beschluß des Europa-Parlaments, 1983) ...

Ich fordere deshalb die Abgeordneten und Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, das Zivildienstgesetz dahingehend zu ändern, daß die Dauer des Zivildienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigt."

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Aus dem Presseinfo 41/85 vom 2.10.85:

"Die Ankündigung von Verteidigungsminister Wörner, bis zum Inkrafttreten des Gesetzes alle 'Wehrungerechtigkeiten' durch 'notwendige Maßnahmen' zu beseitigen, stellen ebenso wie die Wehr- und Zivildienstverlängerung einen ungeheuren Angriff auf die Rechte der Jugend dar. Die Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes ist Bestandteil der Bundeswehrlangzeitplanung, des größten Aufrüstungsprogramms der Bundeswehr. Neben der ge-

planten konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr ist das geplante Gesetz ein weiterer Schritt der Konfrontationspolitik der Rechtskoalition.

Wir fordern, die Tatsache geburtschwacher Jahrgänge zur Truppenreduzierung zu nutzen; dies ist angesichts der militärischen und politischen Situation möglich und erforderlich ...

Wir fordern die Bundesregierung auf

- Verzicht auf alle Gesetzesvorhaben zur Wehr- und Zivildienstverlängerung
 - Gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst
- Durch Stände und Sonderausgaben von "elan" führt die SDAJ Aktionen gegen das Regierungsvorhaben durch.

KJD und Rote Maulwürfe

Auszüge aus einem gemeinsamen Flugblatt von KJD und Roten Maulwürfen zum 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr:

"Zur Zeit zählt die Bundeswehr 495 000 Soldaten. Wieso muß diese Zahl eingehalten werden? Wieso wird die Bundeswehr nicht verkleinert? 'Wenn die Zahl der Wehrpflichtigen nicht ausreicht, eine Kaserne zu füllen, dann sollten sie die Kaserne schließen, statt die Wehrpflichtigen zusätzliche drei Monate darin festzuhalten', das hat, man lese und staune, Hamburgs Schulsenator Joibst Grolle (SPD) gesagt. In dieser Haltung kann man ihn nur unterstützen ...

Die Bonner Rechtsregierung hat mit ihrer Entscheidung einmal mehr bekundet, daß ihre Politik sich frontal gegen die Interessen der Jugendlichen richtet. Wenn wir nicht wollen, daß die Bundeswehr uns drei Monate mehr von unserem Leben klaut, dann müssen wir uns jetzt zur Wehr setzen! – Länger dient keiner! Macht die Bundeswehr kleiner!" (zitiert nach "Roter Morgen", 15.11.85)

Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)

Auszug aus einem Artikel in "Was Tun?" vom 9.1.86:

"Wir selbst stellten schon vor 10 Jahren im Militärpolitischen Programm der GIM die Forderung auf: 'Reduzierung der Wehrdienstzeit auf die Ausbildung!' Dies vor allem, um ein Gegengewicht gegen den bei jungen Betroffenen immer wieder aufkommenden Ruf nach einer Berufsarmee zu bilden. Gerade jetzt wollen auch Wörner und seine Generäle den Anteil der Längerdienenden und Berufssoldaten gehörig in die Höhe treiben, ihre schärfste und willigste Waffe im Einsatz gegen politische Streiks und innere Unruhen.

- Gegen jeden Schritt in Richtung Berufsarmee!
- Milizen statt Kasernen!
- Wehrdienstverlängerung – Nein!

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Aus einem Artikel in der "Roten Fahne" vom 28.9.85:

"Ziel der Wehrdienstverlängerung ist es, die Jugend für die Durchsetzung der imperialistischen Ziele besser 'auszubilden' und gefügiger zu machen. Seit über fünf Jahren liegen diese Pläne in der Schublade. Doch je mehr die damalige SPD-Regierung und jetzt der Bonner Rechtsblock versuchten, dies salonfähig zu machen, desto mehr wuchs der Protest dagegen an ...

Nicht die individuelle, auf pazifistischen Illusionen beruhende Verzweiflung kann den Militarismus wirksam bekämpfen, sondern der antimilitaristische Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Jugend.

- Keine Verlängerung der Wehr- und Zivildienstzeit!
- Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und Zeitsoldaten – seid einig gegen den Militarismus!
- Für Frieden und Völkerfreundschaft!"

Die MLPD bemüht sich, die Wehrdienstverlängerung durch Initiierung von Komitees gegen W 18 zu bekämpfen.

Großbritannien

Zeitungskapital im Großangriff auf Drucker der Fleet Street

Seit dem 25. Januar streiken die Drucker und Weiterverarbeiter der Londoner Zeitungsgruppe News International. Die 6000 Beschäftigten wehren sich gegen einen lange vorbereiteten, genau geplanten und bislang erfolgreichen Angriff der Zeitungskapitalisten, die den Druckergewerkschaften in der Londoner Fleet Street buchstäblich den Garaus machen wollen.

Zu Rupert Murdochs Zeitungskonzern gehören unter anderem die Times, die Sunday Times, die Bild-ähnliche Sun und die News of the World, eine der "Bild am Sonntag" nicht unähnliche Sonntagszeitung. Diese Blätter wurden bisher auf Rotationen in der Nähe des Londoner Zeitungsviertels Fleet Street gedruckt, die zu den jeweiligen Zeitungen gehörten. Vor zwei Jahren begann Murdoch den Bau eines modernen Druckzentrums im Londoner East End. Als "Festung von Wapping" ist dieses stacheldrahtumzäunte und schwer bewachte Gebäude inzwischen bekannt. Murdoch erklärte ursprünglich, er werde in Wapping seine geplante neue Londoner Abendzeitung London Post und einzelne Teile der sehr umfangreichen Sunday Times drucken lassen.

Als die Druckerei schließlich betriebsbereit war, stellte Murdoch den Gewerkschaften ein Ultimatum. Die National Graphical Association, in der Setzer und Drucker organisiert sind, und die Gewerkschaft der Weiterverarbeiter SOGAT sollten für fünf Jahre vertraglich zusichern, nicht mehr zu streiken, die Beschäftigtenzahlen sollten in den Stammdruckereien von 6000 auf 2000 verringert werden, und gleichzeitig wollte Murdoch neue Produktionstechniken (vor allem Direkt-eingabe durch Journalisten) durchsetzen.

NGA und SOGAT weigerten sich. Es handelte sich auch nicht um ein Angebot Murdochs, sondern um eine Provokation. Murdoch erklärte, er werde alle Zeitungen in Wapping drucken lassen, die Gewerkschaften riefen ihre Mitglieder zum Streik auf. Als Antwort entließ Murdoch die Beschäftigten fristlos.

Am 26.1. wurden erstmals die Sonntagszeitungen von News International in Wapping und mit Teilaufgaben in der ebenfalls neu errichteten Druckerei im schottischen Glasgow gedruckt. Es gelang Murdoch, 3 Millionen Ausgaben der News of the World produzieren zu lassen, üblich sind 5 Millionen. Vor allem die Weigerung der Drucker in der Vertragsdruckerei Express Newspapers in Manchester, sich als Streikbrecher gebrauchen zu lassen, sorgte

für den Auflagenverlust. 1,2 Millionen Exemplare der Sunday Times wurden gedruckt, 150000 weniger als sonst.

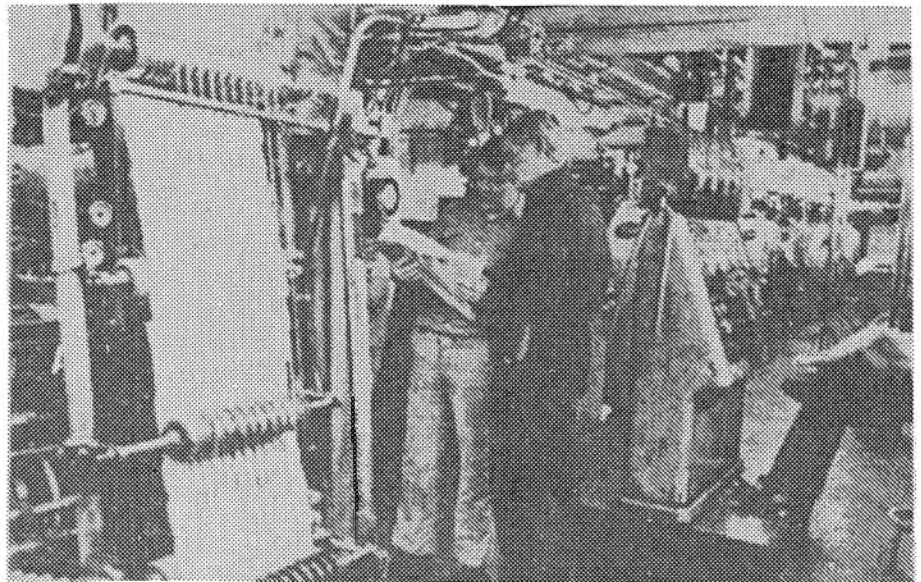
Die Maschinen in dem neuen Betrieb werden von Mitgliedern der Elektrikergewerkschaft EEPTU bedient. Die EEPTU hatte bereits im "Vorspiel" zu dem gegenwärtigen Streik, der Auseinandersetzung beim Anzeigenblatt Stockport Messenger in Manchester 1983 und 1984 eine üble Rolle gespielt. Damals schloß die EEPTU im Gegenzug für die Anerkennung als einzige Gewerkschaft durch den Kapitalisten ein sogenanntes "No-Strike-Agreement" ab, in dem sie sich auf Schlichtungsprozeduren verpflichtete. Für ihre 500 Mitglieder in der neuen Druckerei Wapping wird ein ähnliches Abkommen vorbereitet.

Die neue Druckerei bedeute Kostensenkung "bis 80%", erklärte Murdoch. Hauptmittel sind die niedrigeren Löhne der neuen Arbeiter, die gesteigerte Arbeitszeit und die Rationalisierung, vor allem in Form der Di-

standenen Filmen wurden in einem Spezialverfahren Druckplatten mit "erhabenen" Buchstaben hergestellt. Bei den neuen Anlagen handelt es sich um Offset-Maschinen einer neuen Generation, die entsprechend höher automatisiert sind. Da ist es leicht, solche Vergleiche zu ziehen. Die ersten Schwierigkeiten zeigten sich übrigens am 2.2., als wegen "Produktionsproblemen" 40% der Auflage der Sunday Times nicht gedruckt wurden.

Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat alle Mitgliedsgewerkschaften aufgefordert, die Streikenden zu unterstützen. Über einen eventuellen Ausschluß der EEPTU wird verhandelt.

Abgesehen von der allgemeinen Linie der EEPTU in Richtung Anerkennung als einzige Gewerkschaft im Gegenzug für "No-Strike" Verträge hat die Beziehung Drucker/Elektriker auch in der Fleet Street ihre bittere Geschichte, die zu der jetzigen Lage beiträgt. Statt die Belegschaften aus den verschiedenen Gewerkschaften zu einigen gegen die Kapitalisten, achteten gerade die Drucker und Setzer vor allem auf die Erhaltung der "Differentials", der Lohnunterschiede also. Gestreikt haben fast immer nur einzelne Gruppen, entweder die



Alte Rotation der Sunday Times: 1,4 Mio. Exemplare in vier Stunden

rekteingabe. Statt fünftausend brauche er nur noch 500, behauptet der Kapitalist, und läßt seinen Lieblingskolumnisten Bernard Levin in der Times haarsträubende Geschichten von angeblich faulen Druckern und mittelalterlichen Produktionsmethoden erzählen.

Der Bleisatz war in keiner der vier News International Zeitungen mehr in Gebrauch, alle arbeiteten seit Jahren mit Fotosatzanlagen, die jedoch meistens von Setzern bedient wurden. Aber zumindest die Times- und Sunday-Times-Rotationen waren traditionelle Zeitungsdruckmaschinen: von den nach Fotosatz und Montage ent-

Drucker oder die Elektriker oder die Packer, nur formal unterstützt von den anderen. Gleichzeitig konnten die Drucker mit einer gut entwickelten Organisation und dem praktischen Monopol auf die Arbeitsvermittlung in ihrem Gewerbe sehr hohe Löhne durchsetzen (6000 bis 8000 DM waren keine Seltenheit). Die Elektriker blieben bei etwas mehr als der Hälfte dieser Summen. Jetzt zahlt ihnen Murdoch 20% mehr als vorher, damit sie die Arbeit der Drucker erledigen.

Möglich ist der Angriff der Zeitungskapitalisten nur, weil es Thatchers Antistreikgesetze gibt. Effektive, d.h. zahlreiche Streikposten vor

dem Betrieb sind praktisch verboten. Murdoch ließ inzwischen die Transportarbeitergewerkschaft dazu verurteilen, die Solidaritätsaufforderung an die Zeitungsfahrer zurückzunehmen. Die Gewerkschaft SOGAT, die selbst im Streik gegen Murdoch steht, darf ihre Mitglieder bei Zeitungsgroßhändlern nicht zum Boykott von dessen Produkten auffordern, erklären die willfährigen Gerichte. Strafen bis zur vollständigen Beschlagnahme des Vermögens und der Verhaftung ihrer Führung drohen. Ähnlich wird gegen die Eisenbahner (die Murdochs Zeitungen nicht befördern) und die Drucker in Manchester vorgegangen.

Die Journalisten wurden direkt gekauft – sie erhalten 600 DM mehr im Monat plus eine kostenlose private Krankenversicherung. Als Alternative drohte Murdoch mit Entlassung, und entgegen der Weisung ihrer Gewerkschaft stimmten die meisten zu. Bis heute weigern sich einige wenige Times-Journalisten und die Hälfte der

150 Sunday-Times-Journalisten, den Umzug nach Wapping mitzumachen.

Über Sieg oder Niederlage in dieser Schlacht entscheidet vor allem die Transportfrage. Murdoch heuerte das private Speditionsunternehmen TNT an, anstelle der Eisenbahnen die Zeitungen zu verteilen. Die TNT-Fahrer sind fast alle organisiert, und unter ihnen und in ihrer Gewerkschaft wächst das Unbehagen über den Streikbruch. Außerdem verstärkt SOGAT die Aktionen im Großhandel. Generalsekretärin Brenda Dean sagte: "Unsere Mitglieder werden diese Zeitungen nicht bearbeiten. Das mag ein (verbotener, d. Red.) indirekter Boykott sein, aber wir werden unsere streikenden Mitglieder nicht im Stich lassen."

Der Ausgang der Schlacht ist also noch unsicher, aber der Verlust des Kriegs droht. Im Dezember schloß die Zeitungsgruppe Mirror Group (drei Blätter) einen Tarifvertrag, der die schrittweise Reduzierung der Belegschaft um 2100 Arbeiter und Ange-



Streikposten vor der Festung Wapping

stellte vorsieht. United Newspapers will 2500 der 6800 Beschäftigten entlassen. Wenn die Druckergewerkschaften in der Fleet Street geschlagen sind, wird das direkte weitreichende Folgen für alle Produktionsbereiche haben, in denen Facharbeiter vergleichsweise hohe Löhne durchgesetzt haben.

Quellenhinweis: Economist, Financial Times, Times, Sunday Times, versch. Ausgaben – (heft)

Was 1979 nicht gelang, soll jetzt wahr werden

Die britischen Zeitungskapitalisten wollen jetzt durchsetzen, was ihnen 1978/79 nicht gelang. Am 30.11.1978 stellte Lord Thomson, der damalige Besitzer der Times Newspapers Limited, das Erscheinen ihrer Zeitungen ein. Für elfeinhalb Monate wurden die Times, die Sonntagszeitung Sunday Times und die separat verkauften Supplements nicht produziert. Obwohl mit einer Auflage von 293000 viel kleiner als die Rivalen auf dem Markt der "Quality Dailies", der Qualitätszeitungen (der Daily Telegraph verkaufte immerhin 1,338 Millionen) war die Times-Schließung von größter Bedeutung. Times-Redakteur Howard faßte drei Tage vor der Schließung die Gefühle der Leser zusammen, als er schrieb: "Ich bezweifle, ob eine zivilisierte Existenz ohne die Times möglich ist."

Aber auch nationale Institutionen mit Hof-, Gerichts- und Gesellschaftsberichten werden von Arbeitern hergestellt, wie die Leserschaft schmerzlich feststellen mußte.

Die Times war Vorreiter. 1976 stellte eine Parlamentskommission fest, man könne mit Fotosatz-Investitionen von 20 Mio. Pfund innerhalb von vier Jahren in der Fleet Street eine jährliche Kostensenkung von 16 Mio. Pfund erreichen! Und während Zeitungen wie die Financial Times die Kraftprobe mit den Gewerkschaften scheuten, hatte der Thompson-Konzern mit seinen Nordsee-Ölinteressen und Finanzbeteiligungen genug Kraft, eine lange Auseinandersetzung durchzustehen. Das war jedenfalls das Kalkül.

Seit 1976 plante die Times die Ein-

führung des Fotosatzes. Damals setzte das Blatt im Bleisatz. Die Setzer arbeiteten im Akkord nach Zeichen. Im Schnitt gaben die Times-Setzer 3500 Zeichen pro Stunde ein, inklusive nachfolgender Korrekturen. Bei den geplanten Fotosatzmaschinen wollten die Times-Kapitalisten 10000 Zeichen erreichen. Von den Gewerkschaften verlangte das damalige Management: Keine Streiks, Schlichtung, Belegschaftskürzungen, Einführung des Fotosatzes. Die Gewerkschaften lehnten ab: Die Lohnsenkung hätte bei den Setzern mehr als fünfzig Prozent betragen!

Als Reaktion auf die Gewerkschaftsweigerung legte Lord Thompson die Zeitungen still. Nach sechs Monaten, im April 1979, versuchte Thompson eine Notausgabe bei der Druckerei Tercüman in Frankfurt, der Druckerei des "Hürriyet", produzieren zu lassen, um die Gewerkschaften in London unter Druck zu setzen. Westdeutsche Druckarbeiter und politische Gruppen riefen zu Kundgebungen vor der Druckerei auf und verhinderten den Streikbruch.

Nach einem Jahr erschien die Times wieder, die Gewerkschaften hatten einen klaren Erfolg erzielt. Fotosatz wurde eingeführt, aber die Lohnsenkungen konnten größtenteils abgewehrt werden. Direkteingabe durch Journalisten gab es (vorerst) nicht.

Ein Resultat der Times-Pleite: Andere Fleet-Street-Zeitungen stellten ihre Rationalisierungspläne vorerst zurück. Es bedurfte der Thatcherschen Gewerkschaftsgesetze, um die starken Druckerverbände in die heutige schlechte Lage zu zwingen.

Lesotho

Nach Militärputsch: "Sicherheitsabkommen" mit Südafrika

Zufrieden äußert sich die bürgerliche Presse über den Militärputsch vom 20.1.1986 in Lesotho, einem 30000 km² großen Staat inmitten der Republik Südafrika. Trotz aller Bemühungen, den Umsturz in Lesotho aus dem Konflikt miteinander rivalisierender Gruppen und als "verworren" hinzustellen, wurde zugegeben, daß der "Umsturz nicht völlig unerwartet kam". Seit Jahren versuchte Pretoria ohne Erfolg, Lesotho zu destabilisieren und zum gefügigen Werkzeug zu machen.

Die Tatsachen der letzten Wochen: Im Dezember 1985 überfiel Südafrika die Hauptstadt Lesothos, Maseru, mit der Begründung, daß vom Territorium Lesothos aus operierende ANC-Kräfte angeblich Überfälle auf Südafrika geplant hätten. Schon am 20.12.1985 hatte ein südafrikanisches Killerkommando zwei Häuser in Maseru überfallen und neun Menschen, darunter sechs ANC-Mitglieder, getötet.

Trotz erfolgreicher Petitionen in der UNO wegen der südafrikanischen Überfälle verhängte das Rassistenregime am 1.1.1986 eine Wirtschafts-

blockade gegen Lesotho, das wirtschaftlich völlig abhängig von Südafrika ist und deshalb zu den ärmsten Ländern der Erde zählt. Die Bevölkerung von Lesotho wurde von lebensnotwendigen Waren, insbesondere Lebensmitteln, abgeschnitten. Mitte Januar, kurz vor dem Putsch, erhielt der jetzige Juntachef Lekhanya in Pretoria Anweisungen zum Abschluß eines "Sicherheitsabkommens", das unter der ehemaligen Regierung Jonathan abgelehnt worden war. Nach der Schwächung Lesothos durch die Wirtschaftsblockade gelang nun der von Südafrika finanzierte Putsch; das "Sicherheitsabkommen" ist inzwischen unter Dach und Fach. Es folgt in den wichtigsten Punkten dem im Mai 1984 zwischen Mosambik und Südafrika abgeschlossenen Nkomati-Vertrag. Lesotho verpflichtet sich, sämtliche Einrichtungen und Ausbildungsstätten des ANC und des PAC aufzulösen und alle Aktivisten aus dem Land zu weisen. Entsprechende Namenslisten lieferte Südafrika gleich mit. Jedes Flugzeug, das in Lesotho landen oder starten will, muß ab sofort in der Republik Südafrika zwischenlanden.

Nur aufgrund harter Verhandlungen des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen gelang es, die Befreiungskämpfer und Flüchtlinge direkt nach Lusaka und Harare zu fliegen und somit der Verhaftung zu entziehen.

Der verantwortliche Außenminister des Rassenregimes hat auch für Botswana ein entsprechendes "Sicherheitsabkommen" angekündigt. Quellenhinweis: Januarausgaben von NZZ, FAZ, TAZ, AZAKO Nachrichten 1/86. — (and)

Brasilien

Die Privatisierungskampagne rollt weiter

Der Verkauf von fünf Millionen Aktien des größten Betriebs Brasiliens, der staatlichen Petrobras (Erdöl, Energie), versetzte die Finanzwelt in Verzücken. Ein Bankenkonsortium führte die Teilprivatisierung zu einem Gesamtpreis von fast 700 Mio. US\$ innerhalb kurzer Zeit durch. Neben hochverzinslichen Staatsanleihen werden immer mehr die Privatisierungsverkäufe die großen Renner. Das Finanzkapital zeigt sich erwartungsfroh. Der bereits angesprochene Energiekonzern Petrobras wies für 1984 einen Gewinn von fast einer halben Milliarde US\$ aus. Noch lukrativer ist das Geschäft mit dem größten Minenkonzern CVRD, der als größter Eisenexporteur der Welt Japan und die BRD zum Hauptabnehmer hat. Die Beschäftigtenzahl wurde von 27000 1979 auf 20000 reduziert. CVRD erzielte den größten Firmengewinn Brasiliens

überhaupt mit fast einer Mrd. US\$ (1979: 36 Mio. US\$).

Die Privatisierung läuft unter dem Deckmantel der Entlastung der Steuerzahler und der Finanzierung von sozialen Maßnahmen. Auftraggeber sind der IWF und die internationalen Banken, die sich weitere Anteile an der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiter und der natürlichen Rohstoffe des Landes sichern wollen. Zustatten kommt der Regierung dabei, daß der Filz, die Vetternwirtschaft und die Korruption in den von den Militärs und ihrem Anhang besetzten Verwaltungen der Staatsbetriebe verhaßt ist. Tatsächlich haben die Staatsbetriebe einen 70%igen Anteil an der Außenschuld Brasiliens und tragen zu fast 50% zu den Zins- und Tilgungszahlungen bei. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß den Staatsbetrieben die Rolle zufiel, das in- und ausländische Kapital mit billigen Rohstoffen, Energieträgern, Transportmitteln usw. zu versorgen. Zur Finanzierung der zahlreichen Großprojekte wurden überhöhte Kredite mit z.T. 20% Zinsen bei den internationalen Banken aufgenommen.

Der zivile Ministerpräsident Sarney hat bei seinem Regierungsantritt im März 1985 die Devise ausgegeben, die Privatindustrie solle "Motor" der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Die Ministerien machten sofort Aufstellungen über die in ihrem Bereich zu privatisierenden Betriebe. Der Planungsminister Gusmão bezeichnete sie als "überflüssig" für den Staat; seine Aufgabe sei es nicht, als Händler oder Produzent aufzutreten. Im Juni leitete die Regierung, wie es hieß, Sanierungsmaßnahmen zur Gesundung des Haushaltes ein. Die Ausgaben der staatlichen Betriebe wurden um fast 5 Mrd. US\$ gekürzt. Nach massiven Protesten der Gewerkschaften und Auseinandersetzungen in der Regierung trat der Finanzminister Dornelles zurück. Er hatte zuvor erklärt, bis auf Erziehung, Gesundheitswesen und Transport sollten alle Betriebe privatisiert werden. Im Dezember wurde die Sanierung der Staatsbetriebe als Schritt zu ihrer Privatisierung fortgesetzt. Es wurde beschlossen, Einstellungen bis zum 1.7.86 zu stoppen, im Verwaltungsbereich 10% zu kürzen und geplante Investitionen auf Eis zu legen. Das Privatisierungsprogramm im öffentlichen Dienst stößt auf erbitterten Widerstand der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und findet Unterstützung anderer Lohnabhängiger. Die Regierung erklärte jetzt, die Kontrolle über die privatisierten Staatsbetriebe nicht aufzugeben und einen Entlassungsschutz zu veranlassen.

Quellenhinweis: Nachrichten für Außenhandel, Blick durch die Wirtschaft, Börsenzeitung, NZZ, versch. Ausgaben; Financial Times v. 25. 07.85 — (sie)

Schweden

Landeshaushalt für Exporterfolge der Kapitalisten

Der schwedische Finanzminister Kjell-Olof Feldt legte im Januar das Budget für 1986 vor. Der Vorschlag sieht ein Defizit von 48,9 Mrd. sKr. vor. Die Regierung Palme betreibt ideologisch einen "dritten Weg" in der Wirtschaftspolitik. Wer von diesem Weg profitiert, wird deutlich, weil schon die bürgerliche Presse unkt, K.O. Feldt müsse wohl umdenken. Die schwedischen Kapitalisten haben ein Jahr riesiger Exportsteigerungen hinter sich. Im Durchschnitt war ein Zuwachs von 15% zu verzeichnen. Bei einer Wohnbevölkerung von knapp 8,5 Millionen erreichte man immerhin den



Finanzminister Feldt ist in Nöten.

13. Platz beim Weltexport, der ca. 2,3% davon beträgt. Die BRD müßte im Vergleich dazu statt 8,5% gute 11% haben. Diese Lage wollen die im SAF (Svenska abetsgivareföreningen) zusammengeschlossenen Kapitalisten abgesichert wissen. Das sogar, wo vorausgesetzt wird, daß eine Periode mit geringerem Zuwachs bevorsteht. Statt bisher 2,5% rechnet man mit 1,5% im Jahre 1986. Die SAF hatte dafür einen besonderen Wunsch, den sie zur Haushaltsdebatte vortrug. Der Geschäftsführer Olof Ljunggren kritisierte die Inflationsbekämpfung (die SAF hatte in ganzseitigen Anzeigen auf die Raten in der BRD verwiesen) und verlangte ein Dreijahreslohnabkommen, damit nicht mehr als drei Prozent Inflation da wären. Dann könnte die Exportquote gehalten werden.

Stig Malm von der LO (Gewerkschaftsbund der Arbeiter) dagegen vertrat die Ansicht, die Reallöhne müßten wieder steigen. Er warf Feldt vor, die Lohnkosten drücken zu wollen. Björn Rosengren vom Beamtenbund (TCO) vertrat, die Renten müßten zur Sanierung des Haushaltes sin-

ken. Er forderte genau wie die LO Lohnerhöhungen und war gegen das geforderte Dreijahresabkommen.

Die Kommunalverbände warfen der Regierung Unehrlichkeit vor. Das Budget vermindere die Kommunalzuschüsse. Der Bürgermeister von Malmö wies darauf hin, daß die Stadt allein 16 Mio. sKrk. im nächsten Jahr weniger bekomme.

Die Parteien nahmen zu dem Haushalt wie folgt Stellung: Die Moderata Samlingspartiet (konserv.) bezeichnete ihn als Kartenhaus. U. Adelsohn verlangte gar ein Nullabkommen, damit das Defizit gesenkt würde. Westerberg von der liberalen Volkspartei (FP) sagt, das Budget hätte den Atem eines Realismus, aber am meisten wäre für ihn eine Schwächung der Konkurrenzkraft beunruhigend. Karin Söder von der Zentrums- (CP) beklagte zu großen Optimismus. Sie war auch für langfristige niedrige Lohnabkommen. Außerdem müßten die zu hohen Renten gesenkt werden, sonst würde die Gesellschaft insgesamt verarmen. Lars Werner von der Linkspartei der Kommunisten (VPK) warf Feldt vor, einen ungerechten Plan vorgelegt zu haben. Die Regierung wäre daran beteiligt, die Löhne zu drücken, anstatt sich Geld von den "Börsenschrecks" zu holen.

Bei ersten Verhandlungen um das Dreijahresabkommen in Rosenbad am 13. Januar ging man ohne Ergebnis auseinander. Die LO, TCO (Gewerksch. der Angestellten) und SACO/SR (Beamte) nannten die Verhandlung ein Kaffeekränzchen und wiesen darauf hin, daß bei einer Inflation von 5,7% und gesunkenen Real-löhnen wesentlich höhere Löhne erforderlich seien. Die SAF war auch nicht begeistert, weil Feldt und Palme nicht weit genug gingen.

Quellenhinweis: Dagens Nyheter, Svenska Dagbladet versch. Ausg.; Veckans affärer, 42/85; Financial Times 11.01.86; Neue Zürcher Zeitung 12./13.01.86 – (uwb)

Dänemark

Referendum über EG-Strukturmaßnahmen am 27.2.

Am 28. Januar lehnte das dänische Parlament zum zweiten Mal die geplanten EG-Strukturmaßnahmen mit einer Mehrheit der Opposition, bestehend aus Sozialdemokraten, Radikalliberalen, Volks- und Linksozialisten mit 80 zu 75 Stimmen, ab. Jeweils ein Abgeordneter der Sozialdemokraten und der Radikalen stimmte mit den Regierungsparteien. Bereits am 21. Januar hatte die Regierung die erste Abstimmung verloren und war beauftragt worden, mit den EG-Außenministern über eine Änderung der EG-Strukturreform zu ver-

handeln, da diese "in ihrer Gesamtheit nicht befriedigend" sei. Zu viel mehr gemeinsamer Kritik war die Opposition nicht in der Lage. Die Sozialdemokraten kritisieren an der EG-Reform u.a., daß dem Straßburger Parlament zu viele Befugnisse auf Kosten des heimischen Folketings zugestanden werden soll.

Außerst zuversichtlich kündigte Ministerpräsident Schlüter sofort ein Referendum, das nur empfehlenden Charakter hat, an. Er setzt dabei auf die Spaltung der Sozialdemokraten und der Radikalliberalen in der Europa-Frage. Die EG-Außenminister weigerten sich erwartungsgemäß, in eine neue Verhandlungsphase über das EG-Paket zu treten. Wirtschaftspolitische Drohungen gegen Dänemark wurden unverblümt ausgesprochen. Schlüter konnte das Gespenst einer ruinierten dänischen Wirtschaft ohne EG-Mitgliedschaft ausmalen. Gleichzeitig brachte der dänische Außenminister eine EG-Erklärung mit nach Kopenhagen, danach soll den Mitgliedsstaaten das Recht zuerkannt werden, zur Erhaltung hoher Standards in den Bereichen des Umwelt-

schutzes und der Arbeitsbedingungen eigene nationale Maßnahmen zu ergreifen. Damit zielten die EG-Freunde in Richtung Sozialdemokraten, Radikalliberale und Gewerkschaften, die gerade die hohen dänischen Standards durch die EG-Strukturreform gefährdet sahen. Durch die terminliche Festsetzung der Volksbefragung bereits auf den 27. Februar übt die Regierung Schlüter weiteren Druck auf die EG-Opposition, die von den Volks- und Linksozialisten und der "Volksbewegung gegen die EG" geführt wird, aus. Der Vorsitzende der Sozialdemokraten Jörgensen hat nun auch schon angekündigt, daß er ein Votum für die EG akzeptieren werde. Oder anders ausgedrückt: Danach sei innerhalb der Partei Schluß mit EG-Opposition. Derweil führen die Wirtschaftsverbände Kampagnen für die EG durch. Mithilfe von Sonderspenden wird ein Werbefeldzug finanziert, der die "konkreten Konsequenzen" aufzeigen soll: Verluste in Milliardenhöhe und natürlich – an Arbeitsplätzen!

Quellenhinweis: NZZ, Kieler Nachrichten, FAZ, versch. Ausg. – (sie)

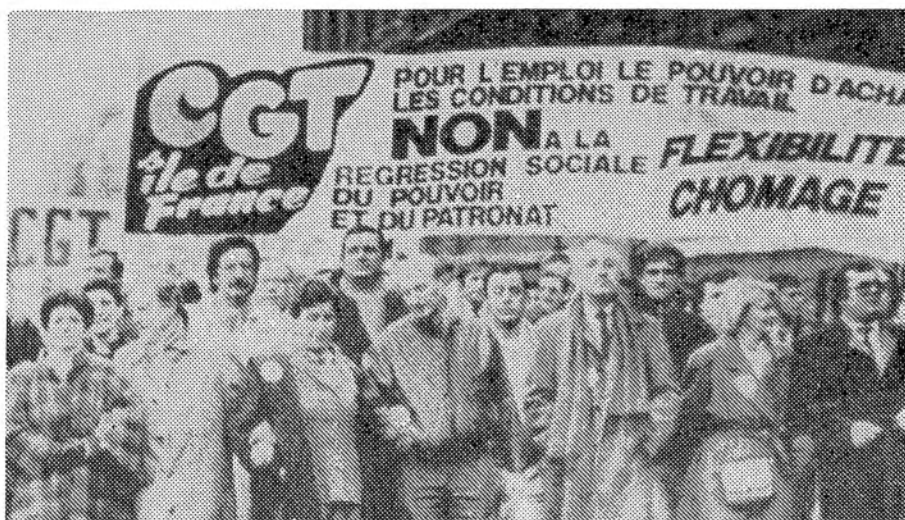
Frankreich

Regierung will Flexibilisierungsgesetz noch vor den Wahlen durchbringen

Am 16. März finden Wahlen zur französischen Nationalversammlung statt. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre mit dem Bruch der Linksunion, der fortschreitend geringeren Berücksichtigung von Arbeiterinteressen durch die Sozialisten sowie den Erfolgen chauvinistisch-reaktionärer Propaganda vor allem bei Teilen der Mittelklassen läßt ein Wahlergebnis vermuten, das die politische Position der Arbeiter-

und Gewerkschaftsbewegung erheblich schwächen wird. Im Zentrum der Debatte der bürgerlichen Öffentlichkeit stehen gegenwärtig die Möglichkeiten der Kooperation von Staatspräsident Mitterand mit einer neuen rechten Parlamentsmehrheit.

Obwohl diese Diskussion gerade auch von Mitterand gefördert worden ist, setzte er bei seinem ersten von zwei Wahlkampfauftritten einen gänzlich anderen Schwerpunkt: das



Nach Demonstrationen am 4. und 19.12. (Bild) hatte die CGT für den 30. Januar erneut zu einem "Aktions-, Streik- und Demonstrationstag" gegen das Flexibilisierungsvorhaben aufgerufen.



Nach der Ermordung von vier jugendlichen Demonstranten Ende November reißen die Demonstrationen und Aktionen gegen Hunger und Unterdrückung auf Haiti nicht ab. Slumbewohner stürmten öffentliche Gebäude, leerten Geschäfte und brannten Häuser und Kasernen nieder. In der letzten Woche demonstrierten Zehntausende in den größten Städten des Landes. Die Regierung Duvalier rief am 31.1. den Ausnahmezustand aus. Zuvor waren alle Schulen geschlossen worden. Der US-Regierungssprecher Speakes zeigte sich sehr besorgt und verbreitete bereits Informationen über einen Militärputsch. Der US-Senator Duremberger forderte die Entsendung "interamerikanischer Truppen". – (sie)

Bangladesh: Unterstützung der Jutearbeiter

Der Gewerkschaftsdachverband der Gewerkschaften von Bangladesh, SKOP, hat einen zweitägigen landesweiten Generalstreik angekündigt. Im Zentrum des Streiks soll die Unterstützung der seit Ende letzten Jahres für Lohnerhöhungen streikenden 150000 Jutearbeiter stehen. Der Gewerkschaftsdachverband stellt ferner die Forderungen auf nach dem Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung und nach dem sofortigen Rücktritt der Militärregierung General Erschads, die vor vier Jahren in Bangladesh die Macht übernahm. Die Regierung hatte immer wieder Polizei und Militär gegen Streiks und

Demonstrationen eingesetzt. Der Generalstreik wird von den Parteien der Opposition unterstützt. – (sie)

Libanon: Israelischer Angriff auf PLO-Lager

Am 29. Januar bombardierten israelische Kampfflugzeuge palästinensische Einrichtungen nahe dem Lager Ain el Helwue im Südlibanon. Die PLO hat ihre Kampfkaktionen gegen die israelische Armee und die Polizei ausgeweitet. In der besetzten Westbank wurden bei einem Angriff auf eine israelische Patrouille am gleichen Tag zwei ihrer Soldaten getötet und zwei verletzt. Am 30.01. erschoss ein zweiköpfiges PLO-Kommando einen israelischen Zivilpolizisten in der Altstadt von Jerusalem. – (sie)



den französischen Imperialisten forcierte Programm HERMES für die bemannte Weltraumfahrt, das bislang nur zögernd von den anderen Imperialisten in der EG unterstützt wurde, nun als EG-Gemeinschaftsprojekt für die kommerzielle und militärische Weltraumfahrt gefördert wird. CSU-Chef Strauß hat sich mehrfach dafür ausgesprochen. – (wom)

Plädoyer für die Richtigkeit und den Nutzen der "großen Reformen" der Linksregierung der Jahre 1981/82. Mindestloohnerhöhung, fünfte Urlaubswoche, Verrentung mit 60 Jahren, Arbeitszeitverkürzung und Demokratisierung des öffentlichen Sektors – diese Reformen seien "Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit und in die Geschichte eingegangen". Und: "Es wäre betäublich für Frankreich, wenn sich das Programm der Reichen gegen die Armen durchsetzte."

Die Berufung auf elementare Interessen der Lohnabhängigen, die Behauptung, weiterhin deren Sachwalter zu sein, erscheinen paradox zu einer Zeit, die auch bestimmt ist von massiven Protesten gegen die Entscheidung der Sozialisten, ihren Gesetzentwurf zur Arbeitszeitflexibilisierung noch vor den Wahlen zu verabschieden. Zu diesem Zweck wurden Senat und Nationalversamm-

lung zu Sondersitzungen einberufen. Der von uns in den Pol. Ber. 25/85 im einzelnen vorgestellte Gesetzentwurf sieht eine flexible Jahresarbeitszeit von 38 bzw. 37,5 Stunden pro Woche im Jahresmittel bei möglichen Wochenstunden von bis zu 44 sowie den Wegfall eines großen Teils der Mehrarbeitszuschläge vor.

Der Gesetzentwurf ist von dem sicherlich nicht im Geruche der Radikalität stehenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Force ouvriere (FO), Bergeron, als "Rückschritt hinter geltende Arbeitsgesetze und Angriff auf eine ganze Anzahl von sozialen Garantien" qualifiziert worden. Die schärfste Gegnerin der Vorlage, die Gewerkschaft CGT, sieht vor allem drei entscheidende Angriffspunkte auf Arbeiterinteressen: Erstens werde "die große Volksforderung nach Reduzierung der Wochenarbeitszeit jeglichen Inhalts beraubt", die Bestimmung der Wochenarbeits-

zeit werde zur leeren Hülse. Zweitens führe die Einführung der flexiblen Jahresarbeitszeit notwendig zu erheblichen Lohneinbußen, da anerkannte Überstunden mit Mehrarbeitszuschlägen faktisch entfielen. Dieses entfalte nach drei Jahren Kaufkraftsverlust zusätzliche Schärfe. Und letztlich würden "Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Familienleben massiv verändert, solle jede Idee kollektiven Handelns der Lohnabhängigen verschwinden". (Louis Viannet, CGT, in: Humanité vom 2.1.86).

Daß sich die sozialistische Regierung und auch Präsident Mitterrand Anfang Januar nach kurzem Schwanken trotz des Widerstandes entschlossen, das Gesetzgebungsverfahren durchzuziehen, gründet sich in der Hauptsache auf drei Momente. Schon heute existieren auf betrieblicher Ebene etliche Abkommen zur Arbeitszeitflexibilisierung, die

Kriegsvorbereitungen der USA gegen Libyen halten an

Mit der ständigen Verletzung der Hoheitsgebiete Libyens provozieren die USA einen Kriegsgrund. Weitere US-Spezialeinheiten wurden in Süditalien stationiert. Nach dem Ende der Manöver bleiben die US-Kriegsschiffe weiter vor der libyschen Küste stationiert. Anfang Februar will die US-Regierung die Lage mit dem Abschluß der Evakuierung von US-Bürgern aus Libyen zuspitzen. Die Arabische Liga hat die USA nochmals aufgefordert, ihre Kriegsdrohungen gegen Libyen einzustellen. – (sie)

Japan: Sozialistische Partei wird "Volkspartei"

Auf ihrem jüngsten Parteikongreß in der zweiten Januarhälfte hat die Sozialistische Partei Japans (JSP) ein neues Parteiprogramm beschlossen, das das alte, marxistisch orientierte Programm mit dem Titel "Der Weg zum Sozialismus in Japan" außer Kraft setzt. Das neue Programm bekennt sich zum "demokratischen Sozialismus", spricht sich für "Wirtschaftsdemokratie" aus, formuliert nur noch vage das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft und betont stattdessen die Orientierung der Partei auf die aktuellen Fragen. Parteichef Ishibashi erklärte nach der Beschlußfassung, die Revision des Parteiprogramms sei auch ein Ergebnis des Scheiterns bzw. der Schwierigkeiten des Sozialismus in Ländern wie z.B. der VR China. Die JSP hat im japanischen Unterhaus ein Fünftel der Parlamentssitze inne. Das neue Programm soll erklärtermaßen der JSP den Weg für Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien öffnen. Schon in den letzten Jahren hatte die JSP-Parteiführung unter Ishibashi

schrittweise linke Positionen, z.B. zur japanischen Wiederbewaffnung und zu den US-Stützpunkten, aufgegeben, während die Versuche, das Parteiprogramm zu revidieren, zunächst scheiterten. – (wom)

Portugal: Stichwahlen zwischen Freitas und Soares

Am 26.1.1986 fanden in Portugal Präsidentschaftswahlen statt. Der Kandidat der Rechten, der Christdemokrat Freitas do Amaral, erhielt 46,6% der Stimmen, Mario Soares, der Führer der Sozialistischen Partei, 25,5%. Außer Freitas und Soares kandidierten

der Linkssozialist Salgado Zena, der von den regierenden Sozialdemokraten, der Erneuerungspartei des amtierenden Präsidenten Eanes und von der Kommunistischen Partei unterstützt wurde, sowie die Linkskatholikin Maria Lourdes Pintasiglo. Zena erhielt 20,7% der Stimmen, Maria Lourdes Pintasiglo 7,5%. Die Wahlbeteiligung betrug 73%. Freitas hat für den Fall seines Sieges eine "durchgreifende" Rationalisierung angedroht. Die Kommunistische Partei Portugals hat erklärt, Mario Soares bei den Stichwahlen am 16.2. gegen Freitas zu unterstützen. – (chc)



Die belgischen Kapitalisten und die Regierung haben neue Angriffe auf die Lohnabhängigen begonnen. Anfang des Jahres verlangte die Betriebsführung der Niederlassung des US-Konzerns Caterpillar, für Neueingestellte künftig 10 bis 15% weniger Lohn zu zahlen. Außerdem sollten die Löhne stärker an den Betriebsgewinn und die "individuelle Produktivität" gekoppelt werden. Mit einem sofortigen Streik konnten die 4.000 Lohnabhängigen diesen Angriff der Kapitalisten zurückschlagen. Im Einzelhandel kämpfen die Gewerkschaften gegen die Absicht der Kapitalisten, Sonntagsarbeit zu erzwingen. (Bild: Kundgebung vor einem Supermarkt in Mechelen, Dezember). Um die Angriffe der Kapitalisten zu unterstützen, verlangt die Regierung vom Parlament nun erneute Sondervollmachten. Bis 1987 will sie damit die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung "sanieren". Bis 1989 sollen die Sondervollmachten reichen, mit denen die Regierung auf dem Arbeitsmarkt "Flexibilität" herstellen will. – (rül)

über die jetzt eingebrachte Vorlage hinausgehen. Zehn Prozent der 1985 zum Teil mit gewerkschaftlicher Zustimmung geschlossenen Betriebsvereinbarungen verstoßen gegen geltendes Arbeitsrecht, werden jedoch unter der Drohung von Arbeitslosigkeit bzw. Betriebs-schließung geduldet. Zudem verhindert vor allem die Haltung der CFDT jedes einheitliche Handeln. Unter dem Slogan "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Modernisierung der Unternehmen" zählt ihr Vorstand zu den heftigsten Befürwortern des Gesetzesentwurfes. Die ideologische Wirkung des Argumentes, über Flexibilisierung die Stellung der französischen Unternehmen im internationalen Konkurrenzkampf zu stärken, ist beträchtlich und kommt Mitterands Versuch, Arbeiterinteressen für eine Koalition der Modernisierung Frankreichs einzuspannen, entgegen. Es kann auch nicht übersehen werden,

daß sich die Regierung gegen eine rechte Opposition zu profilieren versucht, die den Gesetzentwurf als nicht weitgehend genug ablehnt. Die Rechte fordert die Möglichkeit einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit, ohne daß diese im Jahresdurchschnitt durch eine entsprechende Reduzierung ausgeglichen werden müsse. Der Unternehmerverband CNPF qualifiziert die vorgeschlagene Regelung folgerichtig als "Flexibilitätsersatz".

Das Gesetzgebungsverfahren befindet sich gegenwärtig in der Debatte im Senat. Die Rechte hat am 23.1. elf Änderungsanträge zum vorliegenden Entwurf beschlossen, die Senatoren der PCF suchen, wie schon zuvor in der Nationalversammlung, die Prozedur mit insgesamt 398 Änderungsanträgen in die Länge zu ziehen. Es kann gegenwärtig bezweifelt werden, daß das Gesetz – sollte es bis Mitte März beschlossen

werden – angesichts der zu erwartenden veränderten Parlamentsmehrheiten in dieser Form je materielle Wirkung entfalten wird. Die Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung in dieser wie in anderen wesentlichen Fragen, die Tatsache, daß es diesmal kein gemeinsames politisches Projekt gibt wie 1981, lassen jedoch weder erwarten, daß ein erneutes Gesetzgebungsverfahren mit einem besseren Ergebnis enden wird, noch, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelingen kann, bei den Wahlen ihr politisches Gewicht für die Verwirklichung von Arbeiterinteressen wirksam einzubringen. Insofern ist die Spekulation Mitterands und der PS auf einen erheblichen Anteil von Arbeiterstimmen angesichts der drohenden Rückkehr der Rechten an die Macht nicht unbegründet. (Quellenhinweis: L'Humanité, Le Monde, Liberation, Januar 1986). – (pel)

*

Veröffentlichungen

*

Handel im Umbruch – eine Broschüre des DIHT

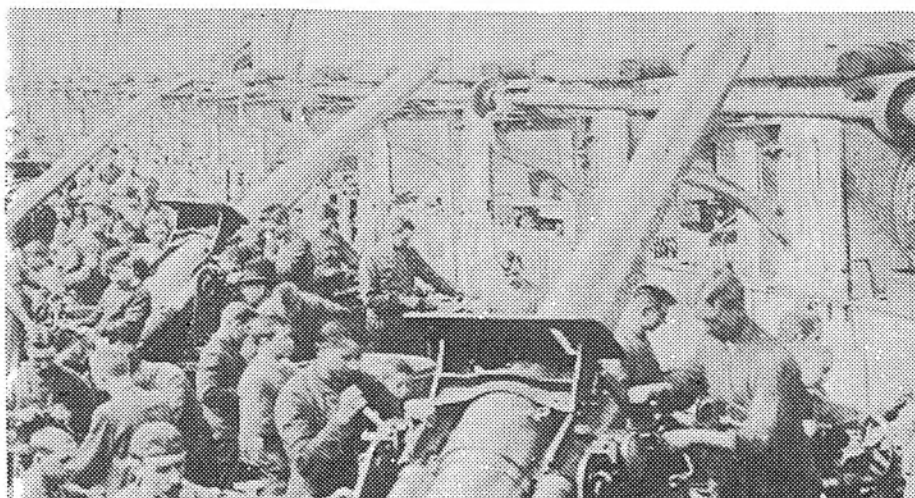
Der Konzentrationsprozeß hat in den letzten Jahren besonders im Lebensmittelhandel sehr stark zugenommen. 1972 erreichten im Einzelhandel 0,1 % der Unternehmen 28,5 % des Gesamtumsatzes, 1982 bereits 35 %. Die fünf größten Unternehmen des Lebensmittelhandels erreichten 1984 mit 53 Mrd. DM Umsatz einen Anteil von 38 % am gesamten Umsatz des Lebensmittelhandels. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der Dachverband des Handels, bemerkt, daß man diesen Prozeß nicht mehr als "Strukturwandlungsprozeß- und Ausleseprozeß" begreifen kann, sondern daß "Handlungsbedarf" bestehe: Er muß die ständig stärker werdenden Klagen der mittelständischen und kleineren Handelskapitalisten über die aggressive Preispolitik der Großbetriebe, v.a. in der Nahrungsmittelbranche, behandeln.

"Dirigistische Eingriffe in den Wettbewerb" werden ausdrücklich abgelehnt, "da dieser entscheidend zum Wohlstand" beitrage. Auf der anderen Seite soll aber der Oligopolbildung entgegengewirkt werden. Der DIHT schlägt vor, die bestehenden gesetzlichen Wettbewerbsbeschränkungen, wie z.B. das Kartellgesetz, tatsächlich auch anzuwenden. Er beklagt – und wendet sich hierbei besonders an die staatliche Monopolkommission – daß innerhalb von fünf Jahren (seit dem Inkrafttreten des § 37a GWB) noch keine kartellbehördliche Untersuchungsverfügung vorliege, trotz anhaltender Debatte über Verkauf unter Einstandspreis. – (rst)

Eine Geschichte der deutschen Rüstung

Wer die Tradition der westdeutschen Rüstungsindustrie kennenlernen möchte, wird in dem "Stern"-Buch "Waffenschmiede in Deutschland" viele Informationen finden. Aktueller Aufhänger für das Erscheinen des Buches 1984 war offensichtlich, daß kurz zuvor Anklage gegen Geschäftsleiter der Rüstungsfirma Rheinmetall wegen verbotenen Waffenexportes u.a. nach Südafrika erhoben worden war. Die Schilderung der Rüstungstradition beginnt zur Zeit der Anfänge des deutschen Imperialismus im letzten Jahrhundert und berichtet, wie die deutsche Rüstungsindustrie in gewaltigem Ausmaße aufgebaut wurde. Trotz der kritischen Absichten des Buches bleiben die Verfasser aber bei der gutbürgerlichen Behauptung, den Aufbau der Rüstungsindustrie als Tat einiger energischer Industrieller darzustellen und als treibende Kraft für eine militärische Expansion des deutschen Reiches die Rüstungsindustrie

hinzustellen. Die Verfasser lösen damit die Geschichte der Rüstungsindustrie aus der Entwicklung des deutschen Finanzkapitals heraus. Nicht



Das Buch enthält sehr viele Abbildungen. Foto: Geschützbau im Essener Krupp-Werk 1904

dargelegt wird, daß das Streben des Finanzkapitals nach Unterwerfung fremder Arbeitskräfte, von Rohstoffen und Märkten die bestimmende Kraft für die Expansion und gerade auch der militärischen Aggression des deutschen Reiches war. So stellt sich den Verfassern diese Tradition des westdeutschen Imperialismus nur als Tradition der Rüstungsindustrie dar. Dadurch bleiben für den Leser auch die heutigen bestimmenden Kräfte des westdeutschen Imperialismus aus dem Blick. Systematisch bestärkt wird damit die falsche Auffassung, daß das Finanzkapital an weiterem Streben nach Expansion gehindert werden könne durch Verbreitung der Forderung – von "vielen Jüngeren", wie die Verfasser schreiben – "die Rüstung abschaffen, ehe sie uns abschafft".

Da für die Verfasser objektive geschichtliche Zusammenhänge nicht erkennbar sind, haben sie eine Zusammenstellung von Geschichten handelnder Persönlichkeiten geschrieben, eine davon ist die "Rüstung" als handelndes Subjekt. Was die Lektüre erschwert ist, daß im Bericht dauernd zwischen verschiedenen Zeitabschnitten hin und her gesprungen wird und daß zusammengehörende Sachthemen auf verschiedene Abschnitte des Buches verteilt sind.

Verdienstvoll ist, daß die Verfasser das Verbrechen der deutschen Nazi-Rüstungskapitalisten an jüdischen und anderen Zwangsarbeitern – "Vernichtung durch Arbeit" nannten die Nazis es – genau belegen. Sie schreiben: "Die meisten Firmen, die auch heute wieder das betreiben, was Kritiker das 'Geschäft mit dem Tod' nennen, führen eine ungebrochene Tradition weiter. Viele dieser Firmen haben wäh-

rend des Zweiten Weltkrieges KZ-Inassen zwangsarbeiten lassen." (W. Perdelwitz, H. Fischer, Waffenschmiede Deutschland. Das Bombengeschäft, Stern-Buch, Verlag Gruner und Jahr, Hamburg 1984, 20,80 DM – gba)

"Herz im Stress" – der Fabrik-Herzinfarkt

"An einem Freitag im Oktober bricht Alfred Fleisser zusammen. Herzinfarkt. Fleisser hat nie geraucht, stets mäßig gegessen und getrunken, eifrig Sport getrieben. Auch der Arzt fand wenige Wochen vor der Attacke keine Warnzeichen: Blutdruck, Fettspiegel, Stoffwechsel – medizinisch war alles normal." – Der Wissenschaftsjournalist Jürgen-Peter Stössel greift diesen Fall in seinem Roman auf und geht der "sozialen Genese" des Herzinfarkts in der Fabrik nach. Die Romanfiguren: Meister, Vorarbeiter, angelernte Arbeiter.

Er beschreibt engagiert die zwingende Verkettung der Ereignisse, die dann unausweichlich zum Herzinfarkt führen: Termindruck, Vorgesetzte, Stückzahlen, fehlende Materialzufuhr, Lärm, Gestank, Schicht, Überstunden..., die durch die maßlose Intensivierung der Arbeit fehlende Kommunikation unter den Kollegen, "jeder steht mit seinen Problemen allein da". –

Die Grundlage des Romans: ein auf fünfjähriger Forschungsarbeit basierender Bericht des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), Schwerpunkt Arbeitspolitik, der kürzlich im Campus-Verlag (Frankfurt/New York) unter dem Titel: "Herz-Kreislauf-Krankheiten und industrielle Arbeitsplätze" erschienen ist. Dazu das WZB: "Die wissenschaftliche Diskussion über die Entstehungsgeschichte des Herzinfarkts als der mit Abstand wichtigsten krankheitsbedingten Todesursache wird immer noch von der Medizin beherrscht. In deren Sichtweise ist der Infarkt vor allem eine Folge individuellen Fehlverhaltens

(z.B. Rauchen, Bewegungsmangel, Fehlernährung) und/oder ein Resultat 'risikoträchtiger Körperzustände' (vor allem Bluthochdruck u.ä.). Psychosoziale Bedingungen und insbesondere auch sozialstrukturelle Wirkungszusammenhänge aus der Arbeitswelt werden dabei entweder systematisch ausgeblendet oder erst nach einer Umdefinition des Problems auf der Ebene individuellen Verhaltens anerkannt."

Dies Buch ist auch gerichtet an Betriebsräte, Vertrauensleute, mit dem Ziel, die Arbeitsverhältnisse verändern zu helfen, die mitunter zum zu frühen Tod führen.

(Jürgen-Peter Stössel: Herz im Stress. Ein wissenschaftlicher Tatsachenroman. Knaur-Verlag, München. Neuerscheinung, 288 S., DM 9,80. — heg)

Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung

Der "Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft" ist eine dokumentenreiche, geraffte Zusammenstellung mit vielen guten Bildern und Plakaten über die Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Das Buch berichtet im Zeitabschnitt 1848 bis 1918 über die Bildung der Konsumgenossenschaften, den Arbeiterwohnungsbau und die Gründung von Miet- und Wohnungsbaugenossenschaften sowie die Gründung der "Volksfürsorge AG"; im Zeitabschnitt 1918 bis 1933 über die große Bedeutung der Kosumvereine nach dem ersten Weltkrieg und der Entwicklung der Bauproduktivgenossenschaften zur Bauhütte, einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, das die Belegschaftsselbstverwaltung aufhob hin zur neuen Wohnungspolitik mit gewerkschaftseigenem Wohnungsverband. Erste Arbeiterbanken, eine gewerkschaftseigene Fahrradfabrik werden errichtet. Eine Arbeiterbildungs- und Freizeitbewegung (Büchergilde, Naturfreunde) bilden sich. Im Zeitabschnitt 1933 bis 1945 berichten die Autoren über die Zerschlagung von Gewerkschaften und den gemeinnützigen Wirtschaftsunternehmen und deren Eingliederung in die Deutsche Arbeitsfront. Die Autoren befürworten die Selbsthilfe der Arbeiterbewegung bis 1933 und stellen ihre vielfältigen Formen dar. Über die Entwicklung nach 1945 berichten sie nicht mehr. In einem "Ausblick" heißt es: "Das stürmische Wirtschaftswachstum der fünfziger Jahre hob Wirtschaft und Gesellschaft des westdeutschen Staates auf eine neue Stufe materieller Zivilisation, das Zeitalter des Massenkonsums. Im Zusammenhang mit diesen Prozessen schritt die Auflösung überkommener Solidarstrukturen in der Arbeitnehmerschaft rasch weiter voran." (Novy/Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Verlag Dietz Nachf. 1985, 30 DM — jöd)

KPD-Parteitag

Beteiligung an der Bundestagswahl offen, Arbeit in der Volksfront bekräftigt

Am 1./2.2. führte die KPD ihren 6. Parteitag durch. Der Parteitag fand drei Monate nach dem außerordentlichen Parteitag statt, auf dem die Delegierten das Programm und die alten Grundsätze der KPD aufgehoben hatten und eine "Resolution zum Selbstverständnis der Partei" (siehe Politische Berichte 23/85) beschlossen hatten. Knapp 90 Delegierte berieten über den Tätigkeitsbericht des ZK, über vom ZK vorgelegte Thesen sowie über zahlreiche Anträge. Gäste waren: Gruppe Arbeiterpolitik, BWK, GIM, Gruppe IV. Internationale, KG (NHT), RGO, SAG, Volksfront.

Die Delegierten billigten die vom ZK vorgelegten Thesen (siehe nächste Seite) im wesentlichen. Sie entlasteten das alte ZK und wählten ein neues ZK. Sie billigten den Finanzbericht und beschlossen einen Finanzplan für 1986. Dieser Finanzplan sieht starke Einschränkungen u.a. bei der Zahl der freigestellten Funktionäre vor. Nachdem im letzten Jahr ein Teil der KPD-Mitglieder sich als KPD von der KPD (Roter Morgen) getrennt hatten und weitere Mitglieder die KPD verlassen hatten, hat die KPD (Roter Morgen) nur noch knapp halb so viele Mitglieder wie vor zwei Jahren.

Die Zeitung der KPD "Roter Morgen" erscheint künftig 14-tägig statt bisher wöchentlich. Das ZK hatte den Delegierten zwei Vorschläge vorgelegt: Umstellung des Roten Morgen auf zweiwöchentlich oder Einstellung und Herausgabe eines Monatsmagazin sowie eines monatlich erscheinenden Flugblatts. Die Delegierten entschieden sich mit großer Mehrheit für das weitere Erscheinen des Roten Morgen.

Die Delegierten beschlossen einstimmig, Arbeitsgruppen einzurichten, um die theoretische Arbeit sowie den Erfahrungsaustausch zu verbessern. Ein Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Kritik des Konservatismus und einer zur Geschichte der KPD und der Komintern 1919 bis 1949 wurden angenommen. Über andere Arbeitsgruppen soll das neue ZK Vorschläge machen. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag, der die Landesbezirksleitungen beauftragt, sich um die Reorganisation der Grundeinheiten zu kümmern.

Bei der Debatte der Gewerkschaftsthesen lehnten die Delegierten Anträge auf Auflösung der RGO mit großer Mehrheit ab. Die Anstrengungen zum Aufbau einer "Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter" sollen intensiviert werden, neben der GIM sollen auch andere Organisationen angesprochen werden.

Bei der Beratung über die antifaschistische Arbeit betonten zahlreiche Delegierte die Notwendigkeit, diese zu verbessern. Die Delegierten verwarfen ausdrücklich eine Passage in den vom ZK vorgelegten Thesen, die die Ergebnisse des letzten Volksfront-Kongresses kritisch bewertete, und beschlossen einen Ergänzungsantrag, der die Mitglieder der KPD zur verstärkten Mitarbeit in der Volksfront aufruft. Nachdem die Delegierten auf dem a.o. Parteitag im letzten Oktober einer Resolution über das "Selbstverständnis" der KPD zugestimmt hatten, in der keinerlei Festlegungen zum Kampf gegen die Reaktion enthalten waren, betonten sie nun die Notwendigkeit einer antifaschistischen Arbeit, wenn auch ohne Kritik und Korrektur der im Oktober gefaßten Beschlüsse.

Die Debatte über die Beteiligung an der Bundestagswahl verlief kontrovers. Sie wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß das ZK den Delegierten keinen Plan vorgelegt hatte, wie die KPD in die Bundestagswahlen eingreifen soll, welchen Beitrag sie leisten kann, welche Probleme sie sieht. Das Politbüro der GIM hatte die Delegierten aufgefordert, ein Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu unterstützen. Das Leitende Gremium des KB hatte die Delegierten in einem Schreiben aufgefordert, ein solches Wahlbündnis abzulehnen. Die Delegierten stimmten schließlich mit einer Stimme Mehrheit einem Antrag zu, der "eine Kandidatur der Partei, auch im Rahmen eines 'revolutionären Bündnisses'" ablehnt. Sie entschieden danach aber, daß noch einmal eine Urabstimmung über die Wahlbeteiligung stattfinden soll. Faktisch ist damit die Entscheidung des Parteitags offen. Das ZK kann die Verhandlungen über ein Wahlbündnis fortführen, aber ohne Mandat der Delegierten, in welcher Richtung es wirken soll.

Abschließend billigten die Delegierten einen Antrag des ZK, in dem dieses seine zeitlichen Vorstellungen für die angestrebte Vereinigung mit der GIM darlegte. Danach soll u.a. im Sommer ein neuerlicher Sonderparteitag der KPD stattfinden. Das wäre der dritte Parteitag der KPD in acht Monaten. Dort sollen die Delegierten über die Vorstellungen der KPD für das Programm und Statut und das Selbstverständnis einer solchen angestrebten gemeinsamen Organisation entscheiden.

Quellenhinweis: Anträge und Berichte zum Parteitag sind zu beziehen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30 — (rül)

Dokumente des 6. Parteitags der KPD

ZK-Thesen: Allgemein- politische Orientierung

Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung

Der Angriff auf das Streikrecht im Zusammenhang mit dem § 116 Arbeitsförderungsgesetz hat erneut deutlich gemacht, daß die gegenwärtige Koalitionsregierung aus Unionsparteien und FDP systematisch auf die Schwächung der Gewerkschaften abzielt...

Im Verhältnis Regierung/Gewerkschaften offenbart sich der mit der Wende eingeleitete Wechsel in der bürgerlichen Regierungspolitik am deutlichsten. Offensichtlich wurde er gleichermaßen in der Frage des Sozialabbaus, der Ausländerverdrängung, der Rüstungs- und sogenannten Sicherheitspolitik und in der Politik gegen die Frauen u.a.

... Gegenüber unserer seinerzeitigen Einschätzung der Wende erscheinen zwei Umstände heute auffällig:

1. Das politische Lager des Konservatismus ist weniger homogen als es vor dem Regierungswechsel in der Opposition erschien. Es gibt nicht nur Identität zwischen den kapitalistischen Anforderungen an die Regierungspolitik und hergebrachten konservativen Bestrebungen, sondern auch gravierende Widersprüche... Seit einiger Zeit gibt es in den Unionsparteien eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung, die eine gewisse Umwertung traditioneller konservativer Werte vornimmt, um eine gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Leitlinie zu entwickeln, die es einerseits ermöglicht, die aktuellen Anforderungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und den entsprechend formulierten Forderungen ausschlaggebender Kapitalkreise zu genügen und andererseits eine stabile Mehrheit in Frontstellung gegen die Gewerkschaften, die Linkskräfte, die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die neuen sozialen Bewegungen zu formieren.

Das Ergebnis dieser Debatte im konservativen Lager wird nach vermutlich noch heftigen Auseinandersetzungen zu einer Verstärkung der aggressiven Bestrebungen gegen die Arbeiterklasse führen.

2. Das Widerstandspotential in der Gesellschaft gegen die Wende ist stärker, als es das Ergebnis der letzten Bundestagswahl hatte vermuten lassen...

Für die Mobilisierung der Arbeiter- klasse

Im Kampf gegen das Kapital und seine derzeitige Bonner Regierung müssen die KPD und – nach unserer Auffassung – die revolutionären Sozialisten überhaupt für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen der Reaktion eintreten. Sie müssen aber auch in zwei grundlegenden Fragen sich scharf mit der Sozialdemokratie als der dominierenden politischen Kraft in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen, weil sie sozialdemokratische Orientierung die wirklich breite Entfaltung dieses Kampfes behindert.

1. Der Kampf darum, ob die Arbeiterklasse das gesellschaftliche Kräfteverhältnis eher zu ihren Gunsten beeinflussen kann... entscheidet sich nicht im Wahlkampf... Ausschlaggebend wird sein, ob die Arbeiterbewegung durch den Kampf für die Verteidigung des Streikrechts und durch den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum die gesellschaftliche Diskussion bestimmenden Faktor wird, ob sie schwankende Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft das Vertrauen in die Alternative zur Politik der Reaktion vermittelt...

Für die Einheit der revolutionären Sozialisten

... Eine nüchterne Bilanzierung der bisherigen Bestre-

bungen zur Einheit der revolutionären Sozialisten ergibt, daß mit der Herausgabe der gemeinsamen Beilage und der Verstärkung der Diskussion zwischen den Organisationen zwar gewisse Fortschritte verbucht worden sind, daß andererseits aber auch politische Widersprüche zugenommen haben... Konkret steht für 1986 die Frage der Vereinigung von GIM und KPD...

Gewerkschaftspolitik

Im Verlauf des nächsten Jahres sind... wichtige Anforderungen gestellt... Dazu zählt an erster Stelle die zu Beginn des Jahres sich fortsetzende Auseinandersetzung um die Verhinderung einer Änderung des § 116 AFG... Ähnliches gilt für die vorgesehenen Änderungen am Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht...

In der Tarifrunde 86/87 wird es vor allem um die folgenden Fragen gehen:

– Durchsetzung einer tatsächlichen Lohn- und Gehaltserhöhung, unter besonderer Berücksichtigung der unteren Lohngruppen.

– Kündigung der Manteltarife zur Arbeitszeit im Bereich der IGM und Fortsetzung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche...

Eine weitere Auseinandersetzung wird die Frage der Veränderung Arbeitszeitordnung aus den 30er Jahren sein, deren Entwurf – der gravierende Verschlechterungen enthält – schon in erster Lesung beraten wurde...

Die bisherige Arbeit der RGO, auch ihre "offene" Arbeit in den letzten Jahren, hat nicht dazu geführt, daß es wesentliche Fortschritte beim Zusammenschluß klassenkämpferischer Kräfte bundesweit gegeben hat... Während bis zum Sommer/Herbst 85 auch bei den Gesprächen über die Bildung einer "Arbeitsgemeinschaft klassenkämpferischer Gewerkschafter" keine entscheidenden Fortschritte zu verzeichnen waren, scheint es uns heute so, als seien auch kurzfristig hier gewisse Erfolge in der Verstärkung der organisierten Zusammenarbeit klassenkämpferischer Kräfte möglich...

Zum demokratisch- antifaschistischen Kampf

... Mit der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche wurde die Phase direkter Angriffe auf Arbeiterschutzzrechte und zur Unterhöhung der Gewerkschaftsfreiheit und -stärke eingeläutet... Diese Angriffe... sind ein zentrales Glied in der Kette der reaktionären Formierung in diesem Lande heute und ihre Abwehr wichtiger und unerläßlicher Bestandteil des antifaschistisch-demokratischen Kampfes...

Ausländerpolitik: ... In diesem Kampf um die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürger ist Widerstand auf folgenden Feldern angesagt: Kommunales Wahlrecht, Niederlassungsrecht, ran-Kampagne, Asylrecht...

Verbot faschistischer Organisationen: Hier haben sich durch die Initiativen in NRW, die die SPD aufgegriffen und in den Landtag eingebracht hat, die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf um das Verbot der FAP... verbessert...

Volksfront: Die Volksfront ist heute vom Charakter her im wesentlichen ein revolutionär-sozialistischer Zusammenschluß für den antifaschistisch-demokratischen Kampf. Wir meinen, daß die Partei auch unter diesen geänderten Bedingungen die Volksfront unterstützen soll bzw. Parteigenossinnen und -genossen in der Volksfront arbeiten sollen... Eine Auseinandersetzung über theoretische und praktisch-politische Fragen antifaschistisch-demokratischer Politik heute und ein Bemühen um gemeinsame Aktivitäten unter revolutionären Sozialisten halten wir für unbedingt notwendig. Allerdings kann diese Aufgabe nicht geleistet werden, wenn sie auf den Schultern einiger, weniger Genossen liegt...

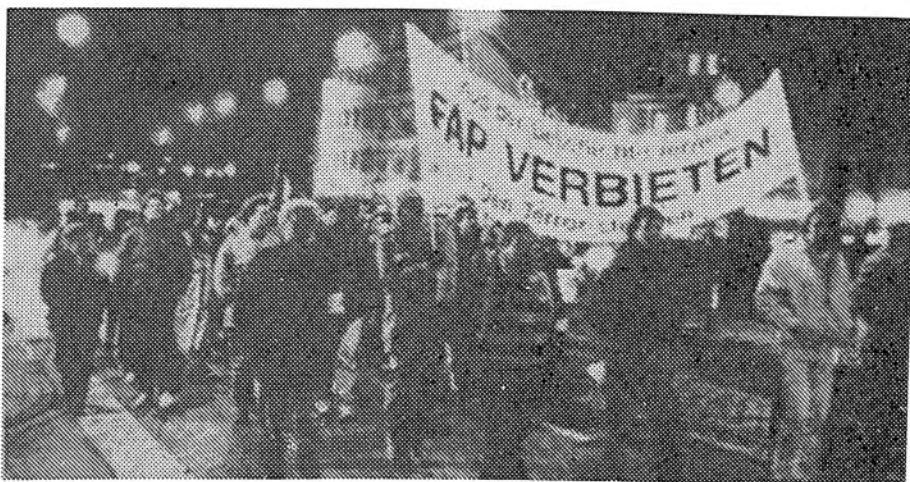
Anti-Strauß-Komitee demonstriert gegen Kohl & Strauß

München. Am 1.2.86 demonstrierten in München weit mehr als tausend Menschen unter der Losung "Leistet Widerstand gegen Kohl & Strauß! — Für unser Widerstandsrecht!". Anlaß für diese Aktion war in der Hauptsache das Verbot zweier Demonstrationen am 19. und 30. Oktober 1985 gegen den sogenannten "Haidhauser Polizeiiüberfall", durch den CSU-Kreisverwaltungsreferenten Gauweiler.

Die Aktion selber hatte jedoch eine umfassendere Stoßrichtung. Ein Mobilisierungsplakat zeigt Minister Zimmermann und Gauweiler in der Uniform eines "Schwarzen Sheriffs" mit der Aufschrift: Was Zimmermann in Bonn und Gauweiler in München wollen... ja zu Kriegshetze, Sozialabbau, Lohnraub, Mietwucher, AKW... Erneut wurde die Forderung erhoben "Gauweiler muß weg" — eine Forderung, die schon bei den Kommunalwahlen 1984 vom Anti-Strauß-Komitee gestellt worden war. Dieser CSU-Mann hat — wie die SZ berichtet — "vorsichtshalber starke Kräfte in Uniform und Zivil aufgeboten". Die Demonstration konnte jedoch trotz dieser Provokation für ihre Forderungen eintreten. — (dil)

Teststrecke: "Terror" in Boxberg

Boxberg. Wegen des Widerstands gegen den Beginn der Rodungsarbeiten für die Daimler-Benz-Teststrecke hat der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Weiser dem BUNDSCHUH in einer Landtagsdebatte "Terrorisierung" vorgeworfen. Die Polizeidirektion Tauberbischofsheim hat nach eigenen Angaben inzwischen 219 Ordnungswidrigkeiten nach dem Landeswaldgesetz registriert. Unter anderem wird wegen folgenden Vorgängen durch den Polizeiapparat ermittelt: "Widerrechtliches Ingangsetzen des Glockengeläuts" in der Pfarrkirche Schwabhausen in der Nacht vor dem Rodungsbeginn ("gemeinschaftliche Sachbeschädigung"), auf einem Zufahrtsweg sind Waldarbeitern drei Motorsägen abhanden gekommen ("Verdacht des Straßenraubs"), ein Unterkunftswagen wurde während des Vespers abgeschlossen ("Freiheitsberaubung"), ein Absperrseil der Polizei wurde entwendet, ein anderes zerschnitten ("Diebstahl" und "Sachbeschädigung"), einem Beamten der SEK-Polizeitruppe wurde angeblich in den Arm gebissen ("vorsätzliche Körperverletzung"). Als wirksame Behinderung der Rodungsarbeiten (angesetzt für drei Monate) hat sich die Vernagelung von Bäumen herausgestellt. Die Gemeinderäte der Alternativen Liste in Boxberg haben aus Protest gegen die Haltung der Ratsmehrheit ihre Mitarbeit im Gemeinderat vorläufig eingestellt. — (mah)



Duisburg. Am 30.1. 1986 fand in Duisburg eine Demonstration von 1200 Menschen für ein Verbot der FAP statt. Anlaß war der Überfall von ca. 30 FAP-Nazis am 17.1.86 auf Antifaschisten. Aufgerufen hatte die Vertrauenskörperlleitung der Mannesmannröhren-Werke Huckingen und ein Aktionsbündnis, an dem u.a. VVN/BdA, Gewerkschaften und Autonome beteiligt waren. — (syb)

§ 116: Demonstration bei Späths Neujahrsempfang

Mannheim. Ca. 400 Gewerkschafter nutzten den Neujahrsempfang von Ministerpräsident Späth am 31.1. in Mannheim, um mit einer Demonstration vor dem "Rosengarten", in dessen Sälen der Empfang stattfand, ihren Unmut über das Votum Baden-Württembergs im Bundesrat wenige Stunden zuvor zu demonstrieren. Späth stellte sich der Aufforderung des DGB-Kreisvorsitzenden Nagel, vor den Demonstranten Rechenschaft über seine Position abzulegen. Er betonte dabei, der neue § 116 AFG werde keine große Bedeutung erlangen, weil die Gewerkschaften ohnehin regional unterschiedliche Forderungen aufstellten. Er erwähnte als Beispiel die "Zehn-Minuten-Pause von Franz Steinkühler", die es nur hier gebe. DGB-Kreisvorsitzender Nagel erwiderte auf die Ausführungen Späths, diese hätten "in keinem Punkt überzeugt". Es sei notwendig, am 5.2., dem Tag der ersten Lesung im Bundestag, um 14 Uhr zu einer großen Kundgebung zusammenzukommen. — (tht)

500 Unterschriften für Südafrika-Boycott

Dachau. An vier Samstagen hat die "Aktion Südafrika-Boycott" 500 Unterschriften gesammelt. Mit der Unterschriftenaktion werden Stadtrat und Kreistag Dachau aufgefordert, die Grundsätze der Geschäftspolitik der Stadt- und Kreissparkasse zu ändern, so daß keinerlei Unterstützung für Geschäfte mit dem südafrikanischen Siedlerregime mehr gegeben und der Verkauf des Krüger-Rand eingestellt wird. Die "Gewährsträger" der Sparkasse im Sparkassenverband (Landrat, OB und weitere Kreis- und Stadträte) werden aufgefordert, auf eine entsprechende Änderung der Geschäftspolitik der Bayerischen Lan-

desbank Girozentrale, zu 50% im Besitz des Sparkassenverbandes und einer der Großkreditgeber Südafrikas, hinzuwirken. Auf einer Diskussionsveranstaltung am 20.2. sollen die Unterschriften Stadt- und Kreisräten vorgelegt werden. Bisher haben SPD und Grüne ihre Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt. — (pek)

Änderung des Ladenschlusses zur Hannover-Messe

Hannover. Der Beschluß des Verwaltungsausschusses der Stadt, während der zwei großen Hannover-Messen die Ladenöffnungszeiten zu verlängern, ist qua Spruch des Oberstadtdirektors (SPD) rechtskräftig. Im Verwaltungsausschuß haben CDU und FDP die Mehrheit. Die Fraktionen von SPD und GABL/DKP hatten geltend gemacht, daß trotz Antrags erneute Anhörungen im Wirtschaftsausschuß nicht mehr stattgefunden hätten. — Die HBV will jetzt versuchen, über einen Bürgerantrag die Entscheidung wieder rückgängig zu machen. In einer Stellungnahme wurde erklärt, daß die von CDU und FDP getroffene Entscheidung nur möglich war durch die Mithilfe des Wirtschaftsflügels der hannoverschen SPD. Die SPD habe alle "Manipulationen" zugelassen, um CDU und FDP in ihren Veränderungsabsichten zu unterstützen. Einer der Betreiber der verlängerten Öffnungszeiten der CDU betonte in einem Schreiben an die DAG, die Entscheidung, ob ein Laden geöffnet werde oder nicht, liege bei den Geschäftsleitungen und den Betriebsräten. Bei den großen Kaufhäusern Karstadt, Kaufhof und Horten sind bereits Betriebsvereinbarungen über die Jahresarbeitszeit getroffen worden, die Geschäfte werden nicht öffnen. Nach einer Zeitungsumfrage haben auch die anderen Geschäfte Probleme, die Zustimmung der Betriebsräte zu bekommen. — (kai)

Tarifauseinandersetzung Druckindustrie

Mitgliederversammlung des Ortsvereins München beschließt 9 Prozent

München. Mit großer Mehrheit beschloß die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier München Mitte Januar, eine Forderung von 9 Prozent an die Tarifkommission weiterzuleiten. Alternativ war über einen Antrag auf 8 Prozent abgestimmt worden.

Der Ortsvorstand München hatte sich weit ausführlicher als in den vergangenen Jahren der Vorbereitung des Lohnkampfes gewidmet. 1984 war die Lohnforderung im Streik um Arbeitszeitverkürzung und neue Lohnstruktur zurückgetreten, 1985 fand keine Tarifauseinandersetzung statt, da für dieses Jahr bereits 1984 eine 2%ige Erhöhung mitvereinbart worden war.

Mitte Dezember letzten Jahres fand eine Konferenz der betrieblichen Funktionäre statt. Dieser lag umfangreiches Material zur Lohnentwicklung

stiegen die Gehälter, so daß das Lohn- und Gehaltsgefüge von den Kapitalisten im letzten Jahr weiter gespreizt wurde.

Die Konferenz diskutierte die Frage, wie der Fortentwicklung dieser Tendenzen wirksam entgegengetreten werden kann. Eine Festgeld- oder Mindestforderung für die gewerblichen Arbeiter der Druckindustrie ist nicht möglich, da 1984 der Lohngruppenschlüssel bis zum Jahre 1991 (!) fixiert wurde. Es bleibt die Möglichkeit einer relativ hohen Prozentforderung, um zumindest die Absicht der Kapitalisten zu durchkreuzen, bei niedrigen Tarifabschlüssen ihren Spielraum zur weiteren Differenzierung der Übertarife zu erweitern. Eine hohe Prozentforderung sei auch deshalb erforderlich, so betonte ein

Lohnforderungen vorgetragen werden. Sie verlangen zumindest nach der Umfrage kaum. Jeweils über 90% der Befragten verneinten die Behauptung, daß Lohnerhöhungen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit hätten oder den "Unternehmern die Lust am Unternehmen" verleiden würden. 13% waren allerdings der Meinung, die "Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft" würde beeinträchtigt.

Schließlich wurde gefragt, welches Ergebnis "mindestens herauskommen müßte", damit "wir in der Tarifrunde nicht draufzahlen müssen". Hier waren die Angaben weit gespreizt. Zwischen drei und acht Prozent wurden genannt. Dies mag zum einen damit zusammenhängen, daß eine nettolohnbezogene Betrachtung der Tarifiergebnisse im Ortsverein nur langsam greift, da früher nahezu ausschließlich die Bruttolohnsteigerungen bewertet wurden, wie dies auch nach wie vor im Zentralorgan der IG Druck und Papier der Fall ist. Andererseits muß man aber auch davon ausgehen, daß es in den Betrieben nicht gelungen ist, eine fundierte Auseinandersetzung um das gemeinsame Ziel in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung in Gang zu bringen. Im Durchschnitt ergab die Befragung, daß 5,8% "herauskommen" müßten. Daran orientierte sich die Mitgliederversammlung bei ihrer Beschlußfassung über die Forderung. — (chs)

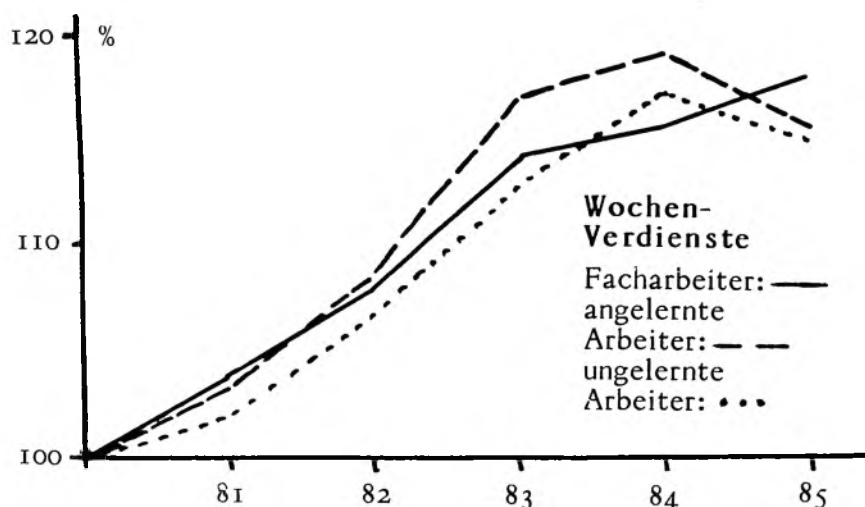


Schaubild aus den Tarifmaterialien des Ortsvorstandes München: Wochenverdienste Druckindustrie Bayern (1980 = 100)

in der Druckindustrie vor. Drei Tatsachen sind daraus besonders hervorzuheben:

1. Der Nettolohn, kaufkraftbereinigt, liegt für den Facharbeitertarif etwa 100 DM unter dem Niveau von 1980, das entspricht etwa 5 Prozent.

2. Trotz neuer Lohnstruktur stiegen die Effektiv-Wochenverdienste der Druckerbeiter in Bayern seit 1982 stärker als die Tariflöhne, tariflich wurde also nicht ausgeschöpft, was die Kapitalisten zu zahlen bereit waren.

3. Was vielfach hinsichtlich der Auswirkungen der neuen Lohnstruktur befürchtet wurde, ist tatsächlich eingetreten: Die Effektivverdienste der ungelerten und angelernten Arbeiter sind von 1984 auf 1985 gesunken, während sie bei den Facharbeitern leicht angestiegen sind. Noch etwas stärker

Mitglied der Tarifkommission, um die gegenwärtig noch günstige Konjunktur in der Druckindustrie auszunutzen.

Ende Dezember/Anfang Januar führte der Ortsvorstand dann eine Mitgliederbefragung in den Betrieben durch. Der Fragebogen befaßte sich zunächst mit der Entwicklung der persönlichen Situation seit 1980: 57% gaben an, daß es dem "Betrieb besser gehe", 69% können sich vom regelmäßigem Nettoeinkommen weniger kaufen, bei 68% stieg die verlangte Arbeitsleistung an. Lediglich 6% gaben an, mehr kaufkräftiges Nettoeinkommen zu haben, 1% der Befragten meinte, die Arbeitsleistung habe sich verringert.

Der zweite Fragenkomplex war Argumenten gewidmet, die von Regierung und Kapitalistenverbänden gegen

Verwaltungsgerichtsurteil

Angeordnetes Arbeitstraining ist keine Zwangsarbeit

Lüneburg. Das Verwaltungsgericht wies die Klage eines Sozialhilfeempfängers gegen die Stadt Lüneburg ab. Christian K. war die Sozialhilfe um zehn Prozent gekürzt worden, weil er nicht bereit war, an einem sog. Arbeitstraining teilzunehmen. Daraufhin verklagte er die Stadt wegen Verstoßes gegen Art. 12 Grundgesetz, nach dem Zwangsarbeit verboten ist.

Vor vier Jahren sollte Christian K. das erste Mal BSHG-Pflichtarbeit leisten, Arbeit bei der Stadtreinigung, halbtags, für eine Mark die Stunde. Dieser Aufforderung des Sozialamts folgte er nicht. Die zweite Aufforderung vor einem Jahr, nun ein "Arbeitstraining" zu absolvieren, lehnte der Sozialhilfeempfänger ab. Obwohl er ein Arbeitsunfähigkeitsattest vorlegte, kürzte ihm die Stadt Lüneburg die Sozialhilfe. Gesetzliche Grundlage dafür ist der §25 BSHG: "Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt."

Interessant ist, mit welcher Argumentation in diesem Prozeß die Stadt Lüneburg vom Vorwurf der Anwen-

dung von Zwangsarbeit freigesprochen wurde. In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit, so die Verwaltungskammer, müsse es dem Sozialstaat gestattet sein, "ein Arbeitstraining für Langzeitarbeitslose zu organisieren, um einer Arbeitsentwöhnung vorzubeugen und die Arbeitslosen auf die Erwerbstätigkeit vorzubereiten". Das Sozialamt dürfe die Betroffenen durch Kürzung der Sozialhilfe anhalten, am Arbeitstraining teilzunehmen. Denn das wesentliche Ziel der Tätigkeit sei "nicht die Arbeit als solche, sondern die Bereitschaft zur Selbsthilfe". Der Hilfesuchende müsse sich von der Sozialhilfe unabhängig machen.

Laut Gerichtsurteil geht es nicht um Arbeit (Stadtreinigung!), sondern um eine erzieherische Maßnahme, also kann von Zwangsarbeit nicht die Rede sein, und auch der Entzug von eh schon elend wenig Lebens-Mitteln gilt nicht als Zwangsmittel, sondern als pädagogische Motivationsförderung – ein Freibrief für die Durchsetzung von Zwangsarbeit unter dem Namen "Therapie". 56 "Arbeitstrainingsstellen" für Sozialhilfeempfänger gibt es bereits, Hilfsarbeiten auf dem Friedhof, Papiersammeln beim Stadtreinigungsamt u.ä., dazu noch 33 befristete Arbeitsverträge.

Christian K. will das Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht anfechten. Quellenhinweis: Landeszeitung, 12.12.85 – (ulb)

Krankenhaus Barmbek

Verschobene Schichtzeiten verhindert

Hamburg. Nach fast einjähriger Auseinandersetzung ist es dem Personalrat des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek (AKB) gelungen, Arbeitsintensivierung und Stellenkürzung durch veränderte Schichtzeiten im Krankenpflegebereich zu verhindern.

Am 15.2.1985 beantragte die Pflegedienstleitung (PDL) Zustimmung zu folgenden Arbeitszeiten: Frühdienst 6 bis 14.30 Uhr, Spätdienst 13.30 bis 22 Uhr, Nachtdienst 21.45 bis 6.15 Uhr. Die Verkürzung des Nachtdienstes von 10,5 auf 8,5 Stunden sollte auf Kosten der Überlappungszeiten gehen, die insbesondere mittags von zwei auf eine Stunde geschrumpft wären.

Der Personalrat lehnte den Antrag ab. In der Diskussion wurde die Liste der Argumente gegen die neuen Arbeitszeiten immer länger. Zu Anfang standen unmittelbare Probleme im Vordergrund. Wer holt die Kinder ab, deren Mutter bis 22 Uhr arbeitet, wo doch die Kinderstube um 20.30 Uhr schließt? Würde der immer noch nicht abgeschaffte "geteilte Dienst" in Zukunft von 6 bis 22 Uhr dauern? Wer

könnte noch vollbeschäftigte Dauernachtwache sein, bei nur zwei freien Tagen in der Woche? Durch eine Fragebogenaktion auf den Stationen, in der nach Besetzung der Schichten, Überstunden und Pflegequalität gefragt wurde, entfachte der Personalrat eine qualifizierte Diskussion um die Arbeitsorganisation und die Belastung des Personals durch Nacht- und Schichtarbeit.

Zur Frage der Pflegequalität hatte sich die PDL schriftlich geäußert, "angemessen" nach den Kriterien des gängigen Katalogs für Pflegequalität aus der Schweiz sollte sie sein. Laut Fragebogen schätzte die Mehrheit der Kollegen ihre Pflegequalität unter diesem Standard, nämlich als "sicher" oder "gefährlich", ein. In der aufgrund der Nichteinigung stattgefundenen Schlichtungsverhandlung trugen die Vertreter des Personalrats ihre Argumente vor, v.a.: die sich verstärkende Tendenz zur "gefährlichen" Pflege durch die Verkürzung der Mittagszeit, in der z.B. sieben Kollegen von Früh- und Spätschicht zusammen eine Produktivität von 14 Arbeitsstunden entfalten. Für Nachtarbeiter seien entscheidend ausreichend lange Pausen zwischen den Arbeitsperioden und die Schwere der zu leistenden Arbeit, nicht in erster Linie die Länge der einzelnen Schicht. Bei der derzeitigen Belastung durch Überstunden müßten neue Stellen her, nicht eine Verschärfung der Personalsituation durch Rationalisierung.

Die Arbeitgebervertreter leugneten nicht. Sie führten die drohende Wirtschaftlichkeitsprüfung ins Feld, die sie zwänge, den Prüfern, die lange Überlappungszeiten nicht akzeptieren würden, zuvorzukommen. Die Schlichtungsverhandlung scheiterte, und ein unparteiischer Einiger, Präsident des Verwaltungsgerichts, wurde bestellt. In der zweiten Einigungsverhandlung am 10.01.1986 unterstützte er schließlich die Position des Personalrates mit der Begründung, daß die beantragten Arbeitszeiten die Versorgung der Patienten gefährden würden. – (brg)

Tutoren

Streik für Tarifvertrag in der zweiten Woche

Westberlin. An den Universitäten aller Bundesländer arbeiten studentische Beschäftigte in Lehre und Forschung. Als sog. Studentische Hilfskräfte unterstützen sie die Arbeit der Professoren, in dem sie z.B. Literaturlisten erstellen und Bücher beschaffen. Als Tutoren leiten sie Gruppen, in denen die Studenten den Stoff intensiver üben oder erarbeiten sollen, als dies in den Seminaren möglich ist. Die Arbeitsverträge der Tutoren

sind auf vier Semester begrenzt, können auf sechs Semester verlängert werden. Die meisten studentischen Beschäftigten haben Verträge über 40 Arbeitsstunden pro Monat. Die Westberliner Universitäten bezahlten bisher für Tutoren rund 17 DM pro Stunde, für Hilfskräfte 15 DM. An den Fachhochschulen war die Bezahlung geringer, doch auch hier müssen die studentischen Beschäftigten überdurchschnittlich gute Studenten höherer Semester sein. Diese Vergütung ist dem Senator für Kunst und Wissenschaft zu hoch. Der zwischen dem Verband der Arbeitgeber des öffentli-



Für Streik stimmten 98,6%.

chen Dienstes und der ÖTV abgeschlossene Tarifvertrag wurde von Arbeitgeberseite gekündigt. Seit Anfang des Jahres herrscht tarifloser Zustand. Bei Neueinstellungen wird zwischen Institut und Tutor ausgehandelt, wieviele Stunden die Beschäftigung dauern soll. Dem Senator schweben z.B. auch Verträge über 10 Stunden pro Monat mit einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten vor. Selbstverständlich sollen neben dem Umfang der Teilzeitarbeit auch der Urlaubsanspruch und vor allem das Einkommen gekürzt werden. Mit dem Argument, man müsse sich westdeutschen Universitäten anpassen, schlägt Senator Kewenig 10,50 DM/Stunde vor. Alle Verhandlungen einschließlich der Schlichtung sind gescheitert. Mit über 98% haben die Tutoren (bei einer Wahlbeteiligung von 95%) bei der Urabstimmung für Streik gestimmt. Dieser Streik geht bereits in die zweite Woche. Gegen die Kündigung des Tutoren-Tarifvertrags und gleichzeitig gegen das Hochschulgesetz, mit dessen Änderung Kewenig Rechte der Studenten angreift, haben 15000 Studenten und Hochschulbeschäftigte demonstriert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter haben für die erste Februarwoche Solidaritätsstreiks angekündigt. Ein weiteres Gespräch zwischen Kewenig und ÖTV verlief ergebnislos. – (mal)

Atomare Wiederaufarbeitungsanlage

Die CSU setzt auf den Polizeiknüppel, muß aber ihre Demagogie verstärken

Regensburg. Am 7. Januar ließ das Bayerische Innenministerium mit mehreren Tausend Polizisten, Bundesgrenzschutz sowie Sondereinsatztruppen (GSG 9) das Baugelände für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe WAA bei Wackersdorf in der Oberpfalz von etwa 1700 Demonstranten räumen, um die Fortsetzung der Rodung für den Baubeginn gewaltmäÙig durchzusetzen. Seit dem Rodungsbeginn am 11. Dezember letzten Jahres wurden die Arbeiten ständig behindert und der Bauplatz vorübergehend besetzt. Weit über hunderttausend Menschen haben sich in Bayern an Protesten gegen die WAA beteiligt, seit vor einem Jahr die Standortentscheidung fiel. Angegan-

Ohne die mehr konservativ motivierten Kräfte des Widerstandes wird die Front zu schwach sein. Ihre Widersprüche zur Staatsregierung müssen verschärft werden. . ."

Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die Art und Weise, wie die CSU mit den Interessen der in der Oberpfalz lebenden Bevölkerung verfährt, ihr weitere Gegner verschaffen wird. Versuche, die eher konservativen Widerstandskräfte gegen "importierte Demonstranten" aufzubringen, verliefen meist erfolglos. Trotzdem ist es ein gefährliches Zeichen von Stärke, wenn sich die Staatsregierung in Anbetracht heftiger, auch in der Presse vorgetragener Kritik von SPD, den Grünen, den Naturschutzverbänden



Konservative Motive sind für den Widerstand in der Oberpfalz prägend.

gen mit den Massenverhaftungen im Münchner Stadtteil Haidhausen am 12. Oktober 1985 und weiteren ca. 1500 "vorläufigen Festnahmen" im Rahmen der Auseinandersetzungen, insbesondere in der Oberpfalz, schafft die CSU Verhältnisse, bei denen jeder, der gegen das Projekt demonstriert, mit seiner Verhaftung rechnen muß. Die Staatsregierung verlangt unbedingten Gehorsam staatlicher Funktionsträger, wie das seit Monaten betriebene Kesseltreiben gegen den Schwandorfer Landrat Schuierer (SPD) zeigt.

Spätestens seit der Räumung des Baugeländes stellt sich die Frage, wie der Kampf weitergeführt werden kann. Wir hatten in den Politischen Berichten (19/85) resümiert, daß "die Kräfte des linken Spektrums zu gering sind, um für die Staatsregierung ein wirkliches Hindernis darzustellen.

und Teilen der Kirche an "Polizeistaatsmethoden" hinstellen und erklären kann, daß "die Staatsbehörden verpflichtet sind, das Gewaltmonopol des Staates in rechtsstaatlichen Formen durchzusetzen und den rechtsstaatlich unanfechtbaren Beschlüssen Geltung zu verschaffen. . ."

Andererseits sehen sich die Betreiber der WAA gegenwärtig genötigt, überall "Informationsveranstaltungen mit geladenen Gästen" – oft unter erheblichen Protesten – durchzuführen. Es hat den Anschein, daß sie nach der Räumung des Baugeländes nunmehr eine Propagandaoffensive für das "nationale Projekt WAA" unternehmen wollen, mit der die z.T. begrenzte und hilflose Kritik der Opposition überrollt werden soll. Der Regensburger Präsident der IHK forderte z.B. jüngst "den zügigen Bau der WAA" und kritisierte auf dem Jahresempfang, daß

"immer mehr in den Hintergrund trete, mit welchem Ziel das 'Investitionsvorhaben Wiederaufarbeitungsanlage' realisiert werde: Die WAA dient der vom Gesetzgeber verlangten Entsorgung von Kernkraftwerken." Die Opposition wird insofern umso mehr vor der schwierigen Aufgabe stehen, das imperialistische Energieprogramm insgesamt kritisieren zu müssen.

Es ist nicht leicht, sich ein Bild davon zu machen, welchen Weg die den Widerstand tragenden Bürgerinitiativen in dieser Lage gehen werden. Die Regensburger BIWAK sucht die Verbindung zum DGB, zu den Ostermarschierern und zur Kirche und setzt – auf Initiative der Grünen – auf "neue Formen des Widerstandes". Ein eher hilfloses Konzept. Nicht wenigen wird es in dieser Lage plausibel erscheinen, wenn die SPD und der Bund Naturschutz die Landtags- und besonders die Bundestagswahlen als letztes Mittel ausgeben. Die Sozialdemokraten im Landtag haben die "Übergriffe der Polizei" im Sicherheitsausschuß auf die Tagesordnung gesetzt. Die CSU weiß, was sie zu erwarten hat und höhnt: "Vielleicht erfahren wir aus den nächsten Etatberatungen . . ., ob die Opposition bessere Lösungen finanzieren will, auch was das angebliche 'martialische Aussehen der Polizei' angeht". Der Fragenkatalog des von der SPD initiierten parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde durch den Verfassungsgerichtshof auf sieben zulässige Fragen zusammengestrichen. Sie beziehen sich allesamt darauf, inwieweit die Staatsregierung bei der WAA-Planung "einheimische Arbeitsplätze berücksichtigte". Da sich die CSU insofern wenig vorzuwerfen hat, haben auch die örtlichen Gewerkschaften weiterhin erhebliche Probleme, die atomare Wiederaufarbeitung zu kritisieren.

Die kommunistische und anarchistische Linke reagiert auf die Situation im wesentlichen zweifach:

Die DKP und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD betonen richtig, daß der Widerstand gegen die WAA nur in einer auf umfassenderen sozialen Interessensgegensatz beruhenden Front gegen die Politik der CSU erfolgreich fortgeführt werden kann. Beide wenden sich aber in erster Linie an bestimmte Teile der SPD. Die Autonomen, das Regensburger Anti-NATO-Komitee und auch die Marxistische Gruppe beschränken sich auf die Kritik der imperialistischen Zwecke der WAA, propagieren prinzipielle Gegnerschaft zum Rechtsstaat und warnen zugleich vor allem davor, auf die Wahlkampfperspektive von SPD, aber auch den Grünen zu setzen. Beide Momente sind unbedingt erforderlich, wenn die Durchsetzung der WAA die Bourgeoisie kosten soll. – (ola)

Polizei-Einsatz

"Verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht"

Frankfurt. Stellt Hessens Innenminister Winterstein nach Erhalt des Gutachtens des "unabhängigen" Staatssekretärs Dr. Erkel, ehemals in der Schleyer-Kommission, fest. Gegen die Stimmen der Grünen verabschiedete die SPD zusammen mit CDU und FDP im Landtag eine Resolution, in der sie mit eben diesen Worten den Einsatz der Polizei am 28. September 1985 beurteilt, als bei Protesten gegen eine NPD-Veranstaltung Günter Sare von der Polizei getötet wurde. Die Grünen fordern den Rücktritt von Winterstein und eine parlamentarische Untersuchungskommission mit richterlichen Befugnissen.

Ca. drei Monate hatte Erkel für den im Auftrag des Innenministers erstellten Bericht gebraucht. Die näheren Umstände von G. Sares Tod werden nach einer 16-seitigen minutiösen Rekonstruktion der Geschehnisse mit dem lapidaren Satz: "Es kommt zu dem tödlichen Vorfall" umschrieben. Die Frage, wie es dazu kommt, sei Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, und diese sind bis heute nicht abgeschlossen. Die Frage, die Erkel zu beantworten hatte: Wurde die Polizeistrategie nach dem Grundsatz der "Verhältnismäßigkeit der Mittel" aufgebaut und durchgeführt? Das wird bejaht, trotzdem: "Durch den Wasserstrahl (eines Wasserwerfers) kann ein Mensch in einer Entfernung bis zu 30 m umgeworfen werden; bei noch kürzeren Entfernungen und entsprechend starkem Druck besteht die Gefahr von Verletzungen." (Erkel-Bericht, S. 43) Und weiter: "Die Anwendung des Wasserstoßes auf einen einzelnen Störer, der sich nicht mehr in einer größeren Ansammlung befindet, erscheint jedoch deshalb nicht zweifelsfrei, weil in einem solchen Fall das Ziel der Räumung praktisch erreicht ist ... Die Annahme, der Störer könne den Wasserwerfer angreifen und beschädigen oder sonst in seiner Funktionstüchtigkeit beeinträchtigen, erscheint nicht realitätsfremd ... Gemessen an den Folgen, die eine Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit des Wasserwerfers ... in dieser Situation hätte haben können, kann es in diesem Fall nicht beanstandet werden ..." (S. 55) Würde er den Tod von Günter Sare nicht ausklammern, müßte er hier den Verlust eines Menschenlebens in Relation zur Funktionsbeeinträchtigung eines Wasserwerfers stellen.

Winterstein zieht u.a. folgende Konsequenzen aus dem Bericht: Bei Veranstaltungen mit "entgegengesetzter politischer Tendenz" zur gleichen Zeit soll "eine zeitliche Verschiebung oder räumliche Trennung"



Trauerkundgebung am 2. Oktober

die öffentliche Sicherheit und Ordnung sicherstellen, Erlaß des Hess. Minister des Inneren. Wasserwerfer sollen weiterhin zum Einsatz kommen, da bei Gewalttätigkeiten von Seiten der Störer sonst "Schlagstöcke", "Reizstoff-Sprüngeräte" oder "gar Waffen" eingesetzt werden müßten. Er will im Laufe des Jahres "ein öffentliches Forum" durchführen, das die Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Thema hat. Eingeladen werden: ein BVG-Richter, einsatzerfahrene Beamte, Rechtsanwälte, Fachleute der hessischen Polizeischule, Gewerkschafter, Innen- und Rechtspolitiker und "interessierte Bürger". Der Einladungs sollte man folgen. — (udi)

Kieler Faschisten

Keine Kandidatur, aber weitere Hetze

Kiel. Mitte Januar überraschte die "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (Wahlergebnis 1982 immerhin 3,2 %) die Kieler Antifaschisten mit der Erklärung, nicht zu den Kommunalwahlen im März antreten zu wollen. In ganz Schleswig-Holstein sind nur in zwei Orten faschistische Kandidaturen — ein Ex-Republikaner in Glückstadt, NPD in Uetersen — bekanntgeworden.

Offensichtlich bemühen sich die Faschisten, ihre Kräfte im Hinblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen 1987 zu konzentrieren. Um ihren Einfluß auszudehnen, halten sie vereinzelte, zersplitterte Kandidaturen zu den Kommunalwahlen offensichtlich nicht für sinnvoll. Deshalb haben sie darauf verzichtet.

Entsprechend heißt es in der Pressemitteilung der KLA, daß sie ihre Kraft künftig auf den Aufbau einer landesweiten Rassistenorganisation konzentrieren wolle. Die "Dokumentation" im Anhang der Pressemitteilung deutet auch an, daß der Widerstand der

Antifaschisten die KLA zu diesem Verzicht zumindest mit bewogen hat.

Nachdem die KLA ihre Kandidatur abgeblasen hatte, fanden die Veranstaltungen der beiden antifaschistischen Zusammenschlüsse, der Initiativen Inländer — Ausländer und der antifaschistischen Aktionseinheit, statt. An der — auch von der antifaschistischen Aktionseinheit angekündigten — Veranstaltung der Initiativen Inländer — Ausländer (DKP, VVN, Grüne, Teile der SPD und Volksfront) beteiligten sich etwa 300.

Die antifaschistische Aktionseinheit (Arbeitskreis Asche-Prozeß, Revolutionäre Sozialisten und Volksfront) rief auf zu einer Demonstration am 30. Januar. Unterstützt wurde diese auch vom Jugendwerk Kiel der Arbeiterwohlfahrt und den Falken.

Unangenehm war, daß sich — wie schon im letzten Jahr — weder die DKP-nahen Kräfte noch die Grünen zu einer Unterstützung auffinden konnten, obwohl die programmatischen Forderungen zwischen dem Bündnis Ausländer — Inländer und der Antifaschistischen Aktionseinheit unstrittig sind.

Am Abend des 30. Januar eröffnete die VVN in Kiel-Gaarden eine Ausstellung "Neonazis in der Bundesrepublik", das Jugendwerk der AWO veranstaltete einen Diavortrag "Kiel während der Nazi-Zeit".

Daß die Zusammenarbeit aller Antifaschisten notwendig ist, zeigte eine Plakatklebeaktion der faschistischen FAP in den letzten Januartagen: Obwohl von SDAJ-Mitgliedern als auch von Autonomen waren noch in der Nacht Hetzplakate bemerkt und natürlich sofort entfernt worden. Die SDAJ-Genossen gerieten dabei allerdings in handgreifliche Auseinandersetzungen mit faschistischen Schlägern. Leider wurde darauf die antifaschistische Telefonkette nicht in Gang gesetzt, so daß die Nazis ungestraft davonkamen. — (hap)



An der Demonstration am 30. Januar beteiligten sich knapp 300 Leute, etwa 100 mehr als letztes Jahr.

Kommunalwahl

Kreis Pinneberg: CDU-Mehrheiten aufgrund besonderer Bevölkerungsstruktur

Elmshorn. Im Hamburger Randgebiet ist der Anteil der Erwerbspersonen höher als in den anderen Landkreisen Schleswig-Holsteins. Im Kreis Pinneberg sogar höher als in der kreisfreien Stadt Kiel. Üblicherweise sind solche Regionen aufgrund der sozialen Zusammensetzung mit sozialdemokratischer Mehrheit in den Gebietskörperschaften vertreten. Im Kreis Pinneberg stimmt das nicht. Hier kann die CDU trotz der hohen Erwerbsquote die meisten Gemeindeparlamente mehrheitlich vertreten. Im Kreis verfügt die CDU über 25 der 49 Abgeordneten seit der Kommunalwahl 1982. Sie errang auch in verschiedenen Städten und Gemeinden des Kreises die Mehrheit, so daß es 1985 bei verschiedenen Wahlen der Bürgermeister zum Austausch von sozialdemokratischen mit christdemokratischen kam. In Elmshorn wurde es auch versucht. Dort fand aber die F.D.P. den SPD-Bürgermeister ausreichend rechts. Er konnte bleiben. Genauso wurde der SPD-Landrat durch den Kanzleisekretär Gerhard Stoltenbergs abgelöst. Diese Verhältnisse haben ihre Ursache in der Struktur der Wohnbevölkerung im Kreis. Er hat trotz hoher Erwerbsquote eine besondere, von der Struktur anderer Kreise abweichende, Eigentumsstruktur (siehe Kasten).

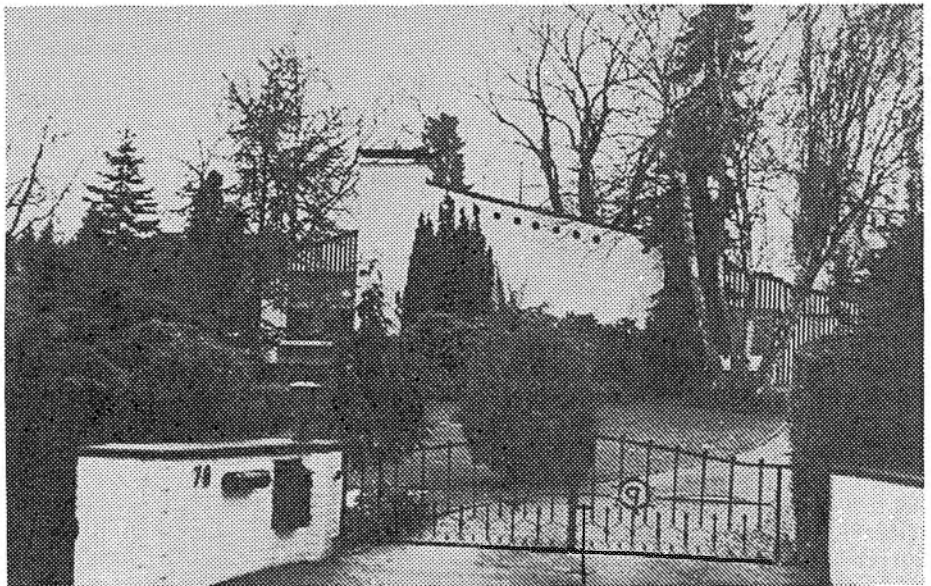
Für diese sonderbare Eigentumsstruktur, bei hoher Erwerbsquote, hat einerseits die räumliche Nähe Hamburgs gesorgt. Statistische Daten von 1970 geben an, daß tagtäglich 34 000 Personen aus dem Kreis nach Hamburg zum Erwerb pendeln. Hier siedeln vornehmlich Personen aus den Mittelklassen und darüber. Die Struktur des Kreises verbindet die "Weltstadt" Hamburg mit den Annehmlichkeiten des ländlichen, geruhsamen Lebens. Die öffentlichen Einrichtungen des Kreises sind im Vergleich zu anderen Kreisen derart entwickelt, daß er Besserverdienern genügend bietet. Eine "Idiotie des Landlebens" ist weitgehend ausgeschlossen. Aber es ist erholbarer als in Hamburg.

Diese Entwicklung hat zur Folge, daß Baulandpreise im Kreis zwischen 120,- DM und 200,- DM/qm liegen, wenn sie in erschlossenen Orten des Kreises sind. In anderen Landkreisen liegen sie um 100,- DM/qm. Genauso verhält es sich mit den Mietpreisen. In den größeren Orten werden durchaus "Hamburger Tarife" gefordert.

Diese Lage bedingt andererseits, daß Personen mit einfachen oder gar durchschnittlichen Einkünften keinerlei "Standortvorteile" im Kreis entdecken und ihn verlassen. So zogen

19 000 aus dem Kreis, während 18 000 hinzuzogen. Der DGB schreibt in seinem 'Geschäftsbericht 1981 - 1984': "Auch bei stagnierender Bevölkerung finden z.T. große Umschichtungen in der Bevölkerungsstruktur statt. Im Kreis Pinneberg finden pro Jahr 26 000 bis 30 000 Umzüge statt. Jährlich wird etwa 6% der Bevölkerung ausgetauscht. Bei hamburgnahen Städten, wie Pinneberg, liegt dieser Wert noch wesentlich höher. Rechnereisch wird in einzelnen Städten die Bevölkerung alle 10 Jahre einmal aus-

geschaffene System der 'Zentralen Orte' wirkt einer Verödung des ländlichen Raumes entgegen und schafft in zumutbarer Entfernung die Einrichtungen, die für die Versorgung des Einzugsbereiches notwendig sind. Voraussetzung für gleichwertige Wohn- und Arbeitsbedingungen ist ein bedarfsgerechtes Verkehrssystem. Individualverkehr und öffentlicher Personenverkehr sind gleichberechtigte Verkehrsträger. Die CDU tritt dafür ein, daß sich der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs am Bedarf ori-



Das Zuhause der Klientel der CDU im Kreis Pinneberg. Sie sind Leistungsträger.

getauscht. Das hat natürlich Auswirkungen auf Bereiche wie Wohnungsbau und altersspezifische Gemeinbedarfs-einrichtungen. Die Bevölkerung im Kreis Pinneberg ist besonders mobil".

Einfache Leute ziehen weg, und Besserverdiener kommen hinzu. So ist es kein Einzelfall, wenn in einem Wohngebiet von Elmshorn ca. 200 Wohnungen einer Gesellschaft leerstehen, während in Regionen Baugebiete vorhanden sind, die mit entsprechenden Einfamilienhäusern bepflanzt werden. Darauf richtet sich die kommunalpolitische Tätigkeit der CDU im Kreis, die seit 1974 stärkste Fraktion im Kreis ist.

So schreibt die Kreis-CDU in ihrem Wahlprogramm für die Kommunalwahl am 2. März unter dem Motto "Gemeinsam - Sparsam - Gerech und Frei": "Die aus Kostengründen notwendige Konzentration von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen muß den Wohnwert im ländlichen Raum erhalten und verbessern. Deshalb engagiert sich die CDU für die Dorferneuerung. Das von der CDU ge-

entiert und eine ausreichende Erschließung der Fläche sichert."

Diese Verbesserung des "Wohnwertes" im ländlichen Raum macht einen großen Teil der Finanzaufwendungen des Kreises aus. Eine große Rolle spielt der Freizeitbereich, der Sport. So weist die CDU in ihrer Bilanz auf die 180 Vereine im Kreis hin. Die repräsentieren fast 80 000 Mitglieder. Die Vereine erhalten im Jahr allein ca. 650 000 DM. Die Gemeinden erhielten von 1982 bis 85 3,3 Mio. DM Zuschüsse, die Vereine dazu 3,2 Mio. DM. Aus "konjunkturellen Gründen" sorgte die CDU dafür, daß der Bau von Sportanlagen nicht mehr wie bisher mit 20% gefördert wird, sondern mit 30%. Dazu war eine Mio. DM zusätzlich erforderlich. Die Leitungen der Vereine werden in aller Regel von der CDU gestellt. Das sind gehörige Erbhöfe für sie.

Die Bedingungen im Kreis sind im wesentlichen geeignet, die Klientel der CDU oder F.D.P. zu hofieren. Bei den Sporteinrichtungen sind auch nicht unbedingt der Breitensport ge-

meint. Elitensport steht da im Vordergrund. Tenniscracks wie Michael Westphal aus Pinneberg-Waldenau oder die Elmshorner Reit- und Fahr-schule sind da im Blickwinkel. In der Haseldorfer Marsch ist jetzt auch noch für den Elitebreitensport eine Golfanlage (nicht Minigolf) geplant. Vielleicht kommt dann auch eines Tages ein Langer aus Wedel.

Die Frage des Zugangs zu Einrichtungen in zumutbarer Entfernung hat die CDU bei ihrem Wahlvolk reichlich im Griff. Die ärztliche Versorgung ist überdurchschnittlich, auch mit Fachärzten. Da können andere Landkreise nie mithalten. Die Ausdünnung der Krankenhausversorgung führte zu Gemeinschaftspraxen von Fachärzten, die Privatpatienten bevorzugen. Mit einem 250er Mercedes macht es dann auch nicht so viel aus, dorthin zu fahren, während die Schließung des Krankenhauses Barmstedt und das Nahverkehrsnetz im Nordkreis für einfache Leute schon eine erhebliche Belastung sind.

Der Schulbereich ist auch wesentlich besser entwickelt, als andere

Landkreise es bieten können. Hier kommt auch die komprimierte Fläche des Kreises dem entgegen (im Kreis Pinneberg leben 393 Einwohner auf dem qkm, im Nachbarkreis Steinburg aber nur 121 Einwohner/qkm). Aber trotzdem ist es wieder deutlich auf Klientel der CDU und F.D.P. ausgerichtet. Im Kreis Pinneberg besuchen 3% der Wohnbevölkerung im Jahre 1984 ein Gymnasium. Die zusätzliche Gesamtschule ist da nicht berücksichtigt. Im Kreis Steinburg liegt die Quote zur gleichen Zeit bei 2,5%, und es gibt keine Gesamtschule. In der Gemeinde Quickborn neben Hamburg ist jetzt gar ein weiteres Gymnasium geplant. Genauso ist die Fortbildung im Kreis Pinneberg besser als anderswo. Allein fünf Volkshochschulen im Kreis bieten ein Programm, welches im Kreis Steinburg bestenfalls in der Kreisstadt Itzehoe zu finden ist. Dazu kommt eine Berufsbildungsstätte in Elmshorn, die auch für den Nachbarkreis Steinburg zuständig ist.

Die Kindergartenversorgung ist auch besser als anderswo. Aber sie ist

so aufgebaut, daß sie im wesentlichen nicht für einfache Leute, sondern eher für berufstätige Mittelklassen nutzbar und zahlbar sind. Eine Fabrikarbeiterin kann ihr Kind nicht in einen um 7.30 Uhr öffnenden Kindergarten geben. Die Liste von "Standortvorteilen" läßt sich bei näherer Untersuchung der restlichen Bereiche des Alltags noch fortsetzen. Die Vorteile können gewährt werden, weil in anderen Bereichen erheblich gespart wird. So ist das Sparen ja auch Motto des CDU-Programms. In den Bereichen ist "Hilfe zur Selbsthilfe" angesagt.

Die davon betroffenen Gebiete haben auch in den letzten Jahren Verluste bei der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Das gilt für den Nordbereich des Kreises oberhalb Barmstedt und Städten wie Elmshorn und Pinneberg. Quickborn hatte aber Zuwächse.

Quellen: Geschäftsbericht DGB Kreis Pinneberg, 1985; CDU Wahlprogramm 1986, Handbücher Schleswig-Holstein 1974-1984; Haushaltssatzungen des Kreises Pinneberg 1978 bis 1985. — (uwb)

Pinneberg: Kreis für Reiche

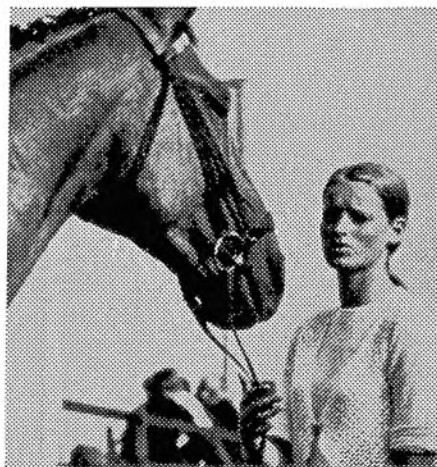
Der Kreis Pinneberg weist in seiner Entwicklung im Vergleich mit anderen Kreisen des Landes Schleswig-Holstein erhebliche Besonderheiten auf: Beim Vergleich der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1974 und desgleichen 1977 sind deutliche Unterschiede in der Einkommensstruktur der Erwerbspersonen zu erkennen.

In den statistischen Übersichten für die Kreise für "Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen in den Kreisen nach Bruttolohngruppen" von 1974 und 1977 ist folgender Umstand sichtbar:

Die Belegung der Lohnklassen 50 000 bis 75 000 DM/jährlich und 75 000 DM und mehr ist wesentlich höher als in anderen Kreisen in Schleswig-Holstein. Liegt die Belegung im Landesdurchschnitt 1974 bei der erstgenannten Gruppe (50-75 000) bei 4,52%, so liegt sie im Kreis Pinneberg bei 6,85%. In Landkreisen liegt sie bei 2,99% (Ostholstein) oder 2,70% (Steinburg). In der Lohnklasse 75 000 DM und mehr sieht es folgendermaßen aus: Im Kreis Pinneberg 1,44%, der Landesdurchschnitt liegt bei 0,84%. In den Landkreisen Ostholstein sind es 0,48% und in Steinburg 0,30%. Die nächste Statistik aus dem Jahre 1977 weist bei den gleichen Daten folgende Entwicklungen auf: In der ersten Klasse (50 000-75 000 DM) hat Pinneberg eine Belegung mit 17,22%. Der Landesdurchschnitt lag bei 9,86%. Im Kreis Steinburg waren zu

der Zeit 7,15% in der Klasse. Der Kreis Ostholstein hatte hier 7,15%.

Die zweite berücksichtigte Klasse (75 000 und mehr) zeigt ein ähnliches Bild in der Entwicklung: Kreis Pinneberg 3,51%, Landesdurchschnitt Schleswig-Holstein 1,12%, Kreis Steinburg 1,03%, Kreis Ostholstein 1,27%. Ein großer Teil der Verschiebung der Klassenbelegung ist der Inflation in diesem Zeitraum geschuldet. So hat sich der Indexwert von 1974 bis 1977 von 77,9 auf 89,3 entwickelt (1980 = 100). Aber deutlich ist der Unterschied vom Kreis Pinneberg zum Landesdurchschnitt. Die erste Klasse nimmt in Pinneberg um 151% zu, im Landesdurchschnitt um 118%. Die zweite Klasse erfährt in Pinneberg einen Zuwachs von 143% und im Land von 33%. Das drückt eine gehörige Abweichung von den durchschnittlichen Verhältnissen



Breitensport der CDU

aus, die nicht mit der Inflation erklärt werden können.

Im weiteren wurde die Statistik "Das Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen und seine Besteuerung in Schleswig-Holstein im Jahre 1974" und die aus dem Jahre 1977 untersucht. Für den Kreis Pinneberg ergab sich in der Tabelle "Gesamtbeitrag der Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen" folgendes denkwürdige Bild: Die Zahl der Steuerpflichtigen nahm von 45 215 auf 42 841 ab. Das waren ca. 5% weniger. Das entspricht zwar der Entwicklung wie im Kreis Steinburg, aber ist wesentlich geringer als in der kreisfreien Stadt Kiel (minus 15,4%). In der Betrachtung der Lohnklassen von "unter 1 500" bis "25 000-50 000" kann man eine wesentliche Abnahme der Belegung der Klassen feststellen. In der Regel von 20 bis 25% pro Klasse. Die Steuerquote der Klassen verhält sich dabei analog zur tatsächlichen Abnahme. Ab 50 000 bis 100 000 ergibt sich ein Zuwachs um 62,95%. Die Steuerquote steigt dazu leicht (67%). Die Klasse über 100 000 DM steigt um fast 77%, während die Steuerquote im Vergleich dazu fällt (51,6%). Für diese "Leistungsträger" zahlt sich dann die Tätigkeit der CDU-Fraktion aus. Melden sich aus den unteren Lohnklassen Personen bei kommunalen Angelegenheiten zu Wort, behauptet man, sie würden nichts dazu beitragen.

Quellenhinweise: Lohnsteuerstatistik Schleswig-Holstein 1974 und 1977

Schulstreik der Krankenpflegeschüler

Heidelberg. Am 30. Januar 1986 streikten die Auszubildenden an den Krankenpflegeschulen gegen die Kürzung des Ausbildungsentgeltes und das Lohnangebot von Innenminister Zimmermann. Über 100 Azubis beteiligten sich an den Kundgebungen. (Die kirchlichen Schulen wurden nicht bestreikt.) Der Schulstreik dauerte den ganzen Tag. Die Dienstaufsicht reagierte an beiden Universitätsschulen nicht. An der Orthopädie klagten gleichzeitig 6 Schülerinnen vor dem Arbeitsgericht gegen die Lohnkürzung von 216,33 DM, die seit dem 1.9.85 gilt. — (irs)

Breite Basis für 150 DM, mind. 7%

Stuttgart. Am 31. Januar hat die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg beschlossen, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 150 DM, mindestens jedoch 7% für die rund 960000 Metaller zu fordern. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags soll über 12 Monate gehen. Damit wurde die vom Vorstand der IG Metall vorgegebene Bandbreite von sechs bis 7,5% voll ausgeschöpft. In den Ortsverwaltungen und in den Vertrauensleutkörper-

Duisburg. Deutliche Mitgliederzunahme bei der Gewerkschaft Textil-Bekleidung: 1985 traten 14000 Jugendliche ein. Auf dem 11. Jugendtag der Gewerkschaft am 25./26.1. 1986 (Bild) wurde insbesondere das neue Beschäftigungsförderungsgesetz kritisiert: Mehr Unternehmer schließen jetzt Teilzeitverträge ab und splitteln Stammbesellschaften in verschiedene Gruppen auf. Befristete Arbeitsverträge nutzen sie massiv zur Lohnsenkung und Beseitigung von Rechten der Beschäftigten. — (gba)

pern hatten die vorherigen Beratungen eine breite Unterstützung für eine derartige Forderungsstruktur und -höhe ergeben. Der Vertrauensleutkörper bei Bosch in Feuerbach hatte zum Beispiel am 23.1. folgende Entscheidung bei 120 Anwesenden angenommen (Auszug): "Wir begrüßen die Forderung von monatlich 150 DM für alle deshalb, weil in unserem Betrieb eine große Anzahl von Kolleginnen und Kollegen in den unteren Lohngruppen beschäftigt ist." Die 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen kamen von Vertrauensleuten, die für eine höhere Forderung eintraten, mit der Struktur der Forderung aber einverstanden waren. — (ros)



PR fordert: statt ABM mehr Stellen

Bad Harzburg. Gegen die Absicht der Stadt, sieben Arbeitskräfte in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in der Natur- und Landschaftspflege arbeiten zu lassen, hat der Personalrat Einspruch erhoben. Er fordert statt der zeitlich befristeten ABM-Verträge Dauerarbeitsplätze im Stellenplan, was gerade im Bereich von Natur- und Landschaftspflege möglich und nötig sei: Seit 1981 habe sich das Aufgabengebiet der Bauhof-Mannschaft um 53 Grünanlagen, 39 Straßen und Gehwege erweitert. Der Verwaltungsausschuß wies den Einspruch vorerst zurück. — (mio)

IG Bau fordert 5,8% mehr Lohn

Frankfurt. Die Tarifkommission der IG Bau-Steine-Erden beschloß am 28.1.86 den Lohnstarif für das Bauhauptgewerbe fristgerecht zum 31. März zu kündigen. Eine Lohnforderung von 5,8% wurde aufgestellt. Die Höhe der Forderung wird mit der Summe aus 2% Inflationsrate und 3,5% Produktivitätssteigerung begründet. Der Vorsitzende Konrad Carl erklärte vor der Presse, man richte sich auf einen Arbeitskampf ein. Einige Landesverbände des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes hatten beim letzten Tarifkampf den Schlichtungsspruch von 2,4% abgelehnt. In Schleswig-Holstein beschloß der Landesverband, dem Zentralverband die Ermächtigung zum Abschluß von Tarifverträgen zu entziehen,

sollte es 1986 zu Lohnerhöhungen kommen. Es soll dann regional verhandelt werden mit der Forderung der Kapitalisten nach Lohnsenkung. Um solche Tarifspaltungen abzuwenden, wird Streik erforderlich sein. — (kaq)

Graubremse verliert vorm Arbeitsgericht

Heidelberg. Die Echlin-Kapitalisten (früher Graubremse) und ihr Personalchef Voßberg haben nun auch den Berufungsprozeß gegen sieben Arbeiter vor dem Landesarbeitsgericht wegen "Abmahnungen aufgrund wilden Streiks" verloren. Von über 50 Prozesen haben sie ganze zwei gewonnen. In der "metall" und im Vertrauenskörper-Info haben Belegschaft, Vertrauenskörper und Betriebsrat jetzt Voßbergs Entlassung wegen "betriebsfriedenstörendem Verhalten" gefordert. Gegen Fertigungsleiter Keller wurde Strafanzeige wegen Behinderung des Betriebsrates erstattet. — (aro)

Strafbefehle gegen Streikposten

Hamburg. Sieben Kollegen des Springer Verlages und der Bezirkssekretär der IG Druck haben vom Amtsgericht Ahrensburg Strafbefehle von 800 bzw. 3000 DM erhalten wegen angeblicher Nötigung. Sie sollen am 29.6.1984 als Streikposten vor Springer-Ahrensburg an der Verhinderung der Zeitungsauslieferung beteiligt gewesen sein. Betriebsrat und Gewerkschaft fordern Einhaltung des Maßregelungsverbots. Rechtsmittel werden eingelegt. — (ulj)



Am 30. Januar ließ die Pinochet-Militärregierung die Büros der Kupferminenarbeiter-Gewerkschaft (CTC) in Santiago schließen. Der CTC wurde ferner ein Rede- und Versammlungsverbot auferlegt. Damit versucht die Militärregierung, die herausragende Rolle der 19000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft bei der Organisation von landesweiten Protestaktionen sowie Streiks zu unterbinden. Am gleichen Tag führte die Polizei einen brutalen Angriff auf eine Demonstration der Ärzte, die erstmals landesweit mit einer Beteiligung von 90% gegen Ausgabenkürzungen im Gesundheitswesen streikten. — (sie)

4. Antifaschistisches Ruhrgebietstreffen

Landesweite Aktionen gegen die FAP geplant

Dortmund. Deutlich besser besucht als das letzte Treffen im August 1985 war das vierte Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen und Organisationen am 25.1. 1986 in Dortmund. Annähernd 100 Mitglieder und Vertreter von VVN/BdA, DKP, den GRÜNEN, DFG/VK, Volksfront, KPD, BWK, KB, MLPD, autonomen Gruppen und örtlichen Bündnissen nahmen teil, darunter viele, die auch bei den ersten Treffen waren. Aus insgesamt 15 Städten wurde am Vormittag über die Entwicklung der faschistischen Kräfte und der Antifaschisten berichtet. Dabei wurde erneut deutlich, wie dringend eine feste Nachrichtenverbindung wäre, die einen aktuellen und soliden Informationsaustausch ermöglichen würde.

Am Nachmittag, nach kurzer Unterbrechung durch eine polizeilich angeordnete Räumung wegen "Bombenalarm", wurden vor allem Aktionen gegen die FAP erörtert. Die Vereinigung Demokratischer Juristen e.V. (VDJ) hatte "Thesen zur verfassungsrechtlichen und -politischen Begründung des FAP-Verbot" verteilt, in denen sie sich für

Auflösung/Verbot auf Grundlage des Art. 139 Grundgesetz ausspricht. Ebenfalls schriftlich lagen der von der VVN/BdA initiierte "Aufruf für ein Verbot der FAP" und ein Diskussionsbeitrag einiger Volksfront-Mitglieder aus Essen und Köln vor (siehe unten).

Nach ausführlicher Diskussion wurde der Aufruf als "Bindeglied" einer Kampagne für Auflösung/Verbot von den meisten Teilnehmern gebilligt. Er war bereits von über 300 "Erstunterzeichnern" unterschrieben worden, darunter sowohl Gewerkschaftsfunktionäre als auch Funktionsträger von SPD und GRÜNEN. In der Diskussion hatten Vertreter der VVN/BdA versichert, daß sie gegen örtliche Zusätze oder Erklärungen zum Aufruf nichts einzuwenden hätten und ohnehin örtliche Planungen nötig seien.

Einmütig beschlossen wurde eine landesweite Demonstration gegen die FAP und für Auflösung/Verbot faschistischer Organisationen im Mai oder Anfang Juni. Zur Vorbereitung wird sich am 14.2. ein Arbeitsausschuß konstituieren, der auch einen Demonstrationsaufruf verfassen soll.

In der Abschlusserklärung wird darauf hingewiesen, daß die Politik der Bundesregierung ein "Klima" schafft, in dem "die faschistischen Organisationen ermuntert werden, ihre Umtriebe zu verstärken." Das nächste Ruhrgebietstreffen ist am 5.4. – (wof)

Aus: Thesen der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) e.V.

"... Die FAP und vergleichbare neonazistische Parteien sind ... aufzulösen (und nicht lediglich über den Antrag nach Artikel 21 des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht zu verbieten): Dies ist nicht nur politisch opportun, es ist auch verfassungsrechtlich geboten.

In Artikel 139 des Grundgesetzes heißt es: 'Die zur Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt:'. ...

Alle neonazistischen Organisationen als Nachfolge-, Neben- oder Tarnorganisationen der NSDAP – und somit auch die FAP – sind nach diesen Vorschriften bereits verboten. Für das Verbot sind nach § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes sowohl der Bundes- als auch die Landesinnenminister zuständig. Eine überregionale Organisation kann auch partiell für den Bereich eines Landes aufgelöst werden (vergleiche Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, Band 37, Seite 344 (353 ff.))."

Aus: "Aufruf zum Verbot der FAP. Aus der Geschichte lernen. FAP verbieten. Den Terror stoppen."

"Vor 40 Jahren wurde der deutsche Faschismus geschlagen. 55 Millionen Menschen in Europa überlebten Krieg und Terror nicht. Die Völker der Anti-Hitler-Koalition und die deutschen Antifaschisten stimmten darüber überein, daß der Faschismus mit allen Wurzeln vernichtet werden müsse. Das geschah jedoch in der Bundesrepublik nicht ...

Es gibt ein ausgedehntes Geflecht neofaschistischer Parteien und Organisationen, Zeitschriften und Verlage. Eine dieser Organisationen ist die 'Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei' (FAP). Ihr Programm ist die Wiederbelebung des Faschismus und die tagtägliche Praxis ist der Terror ... Ausländische Kolleginnen und Kollegen werden niedergeschlagen, Gewerkschafter werden angegriffen, gegen Demokraten wird gehetzt ... Die FAP ist die 'Sturm-Abteilung' der heutigen Nazis ... Die FAP steht nach eigenen Aussagen in der Nachfolge der NSDAP.

Nach Artikel 139 des Grundgesetzes sind die von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften 'zur Befreiung

des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus' nach wie vor gültig. Faschistische Organisationen, Parteien und NS-Propaganda sind demzufolge illegal ...

Wir begrüßen den Beschluß des Rates der Stadt Dortmund, der das Verbot der FAP forderte und unterstützen den Bielefelder Ratsbeschluß, der darüber hinaus der FAP ab sofort die Nutzung sämtlicher städtischer Räume und Plätze verboten hat.

Wir unterstützen auch den Beschluß des Landtages von Nordrhein-Westfalen ...

Wir fordern die Unterbindung jeglicher Nazi-propaganda und jeder Naziaktivität! Wir fordern das sofortige Verbot der terroristischen FAP!"

Aus: Diskussionsbeitrag von einigen Volksfront-Mitgliedern aus Essen und Köln

"... Wir begrüßen es, daß sich der Aufruf auf die geschichtlichen Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus bezieht und feststellt, daß faschistische Organisationen nach den Beschlüssen der Alliierten und des Alliierten Kontrollrates in der BRD illegal sind, wie es auch Art. 139 Grundgesetz (GG) bestätigt. Die Hervorhebung 'Den Terror stoppen' wird uns aber falsche Freunde zutreiben, der Aufruf hat größere Mängel in der Kritik der Inhalte der Politik der FAP ...

Läßt schon die Einengung auf die Kritik der FAP als terroristisch eine Flanke offen gegenüber der bürgerlichen Totalitarismus-Theorie 'Links gleich Rechts', so wird dies fortgeführt, wenn der Aufruf die Beschlüsse und Forderungen der Stadträte von Bielefeld und Dortmund und des Landtags 'begrüßt' bzw. 'unterstützt', die sich für ein Verbot der FAP nach Art. 21 GG ('Verfassungswidrigkeit') aussprechen. Dies untergräbt die – von den bürgerlichen Kräften bestrittene – Position, daß die Alliierten-Beschlüsse gültig sind und Art. 139 nicht 'obsolet' (veraltet) ist ... Eine Kritik faschistischer Programmatik und Politik kann auf Grundlage des Art. 21 GG praktisch nicht entwickelt werden ...

Wir hätten es zwar besser gefunden, wenn der von der VVN/BdA initiierte Aufruf vor einer Veröffentlichung zwischen den verschiedenen politischen Kräften ... hätte abgestimmt werden können ... Andererseits ist es klar, daß eine Abstimmung über ein gemeinsames Vorgehen im wesentlichen örtlich stattfinden muß, wo es auch in vielen Punkten möglich sein wird ..."

Bildende Kunst und Befreiung

Aspekte neuerer
nigerianischer Kunst

Lagos. "Im Dunkeln, wenn die Leuchtreklamen an den Hochhausfassaden aufleuchten, sieht man, wieviel bundesdeutsches Kapital hier ansässig ist. Manch eine nigerianische Tochterfirma hat ihre westdeutsche Konzernmutter inzwischen in den Schatten gestellt. Continho und Caro zum Beispiel, das Hamburger Unternehmen für Industrieanlagen, macht in Nigeria jährlich über drei Milliarden Umsatz, zehnmal mehr als daheim. Auch die Straßenbauer Strabag of Nigeria und Berger of Nigeria haben ihre bundesdeutschen Ausgangskonzerne längst überrundet und de-

monstrieren ihre Konzernmacht am nächtlichen Himmel von Lagos. Daneben hängt, heller als zu Hause, manches vertraute Firmensymbol in den Sternen: der Mercedesstern natürlich, VW of Nigeria, Siemens, Bosch, Lurgi, Otto Wolff, Höchst, Bayer, der Flugzeugbauer Dornier, die Deutsche, die Dresdner und die Commerzbank und nicht zu übersehen, Goethe. Das Goetheinstitut von Lagos, standesgemäß auf Victoria Island stationiert, ist das teuerste der Welt. Aber auch der deutsche Fußballverband unterhält ein Büro in Lagos und bildet als Entwicklungshilfe nigerianische Trainer und Spieler aus. Gleich daneben hat die Fuldaer Bischofskonferenz ihren Stützpunkt: auch die Herren Prälaten haben ihre Hand im Spiel, wenn es darum geht, in fremden Ländern segensreich zu wirken."

(Aus: Peter Schütt, Das Kreuz des Südens, eine Reise ins neue Afrika, Weltkreisverlag, 1985)



Bei diesen Abbildungen handelt es sich um die von **Ghariokwu Lemmi** gestalteten Plattenhüllen zu **Fela Anikulapo Kuti's** Musik. Fela ist Musiker und Politiker, der wichtige Funktionen in der Organisation "Young African Pioneers" einnimmt und dem "Movement of the people" angehört. Beide Vereinigungen sind panafrikanisch und sozialistisch ausgerichtet und stetiger Verfolgung durch die nigerianischen Behörden ausgesetzt. – Auf den Westberliner Jazztagen 1978 wurde er ausgebuht, als er über politische Fragen sprach und betonte, daß seine Musik nicht nur der Unterhaltung, sondern vermittelt über sie der Revolution diene.

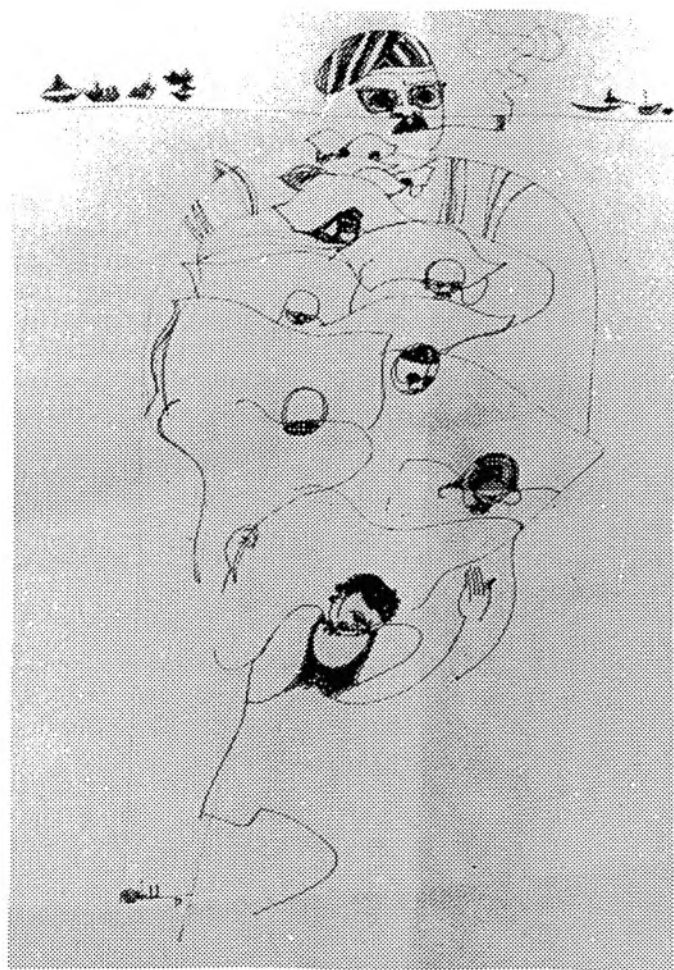
Ikoyi hieß das ehemalige Wohnviertel der britischen Kolonialbeamten. Der neuen herrschenden Elite wirft Fela Unfähigkeit, das Land eigenständig zu entwickeln, Sucht zur persönlichen Bereicherung und Ignoranz gegenüber den sozialen Belangen der Bevölkerung vor.

"V.I.P. Vagabonds in Power
(Vagabunden an der Macht)
... Wenn jemand Macht hat, sagt er Unsinn.
Warum?
Wenn jemand Macht hat, betrügt er
seinen Nachbarn. Warum?
Wenn jemand Macht hat, bereichert er
sich mit Geld. Warum?
Er kennt keine hungrigen Leute.
Er kennt keine arbeitslosen Leute.

Er kennt keine heimatlosen Leute.
Er kennt keine leidenden Leute.
Er stiehlt Geld.
Er betrügt seinen Nachbarn.
Er ißt nur vom Besten.
Er fährt das beste Auto.
Wenn du auf der Straße bist, mußt du
ihm aus dem Weg gehen.
Er ist ein falscher Mann!
Er ist ein Verbündeter der Macht ..."

Yellow Fever (Gelbfieber) ist die Krankheit derjenigen, die den Weltanschauungen der weißen Kolonialherren sowie der kapitalkräftigen ausländischen Investoren anhängen und sich als äußeres Zeichen ihrer Haltung die Haut bleichen. Auf der Tube steht unter "Soyoyo Cream bleicht die Haut" noch "Oyinbo Pepper". Oyinbo ist das Yoruba-Wort für den Weißen. – Wenn man hierzulande durch die Plattenläden geht, um sich zum Beispiel Yellow Fever zu besorgen und auch Wert auf das Lemmi-Cover legt, wird man allerdings zumeist enttäuscht und etwas völlig vom Inhalt gereinigtes in den Händen halten. Konkret: die Abbildung eines Saxophonisten vor schwarzbraunem Hintergrund.

Hinweise zu den Platten: **IKOYI BLINDNESS**, African Music International, AMI LP 001, 1976 / **YELLOW FEVER**, Decca Afrodisia Dwaps 2004, 1976. Beide von Fela Anikulapo Kuti & the Africa 70.



Die hier abgebildete Tuschezeichnung von **Obioara Udechukwu** ist seinem Zyklus "Lagos" entnommen (1978/79). Ihr Titel lautet: "Tycoon and Longshoremen" (Industriemagnat und Hafenarbeiter).

Obioara Udechukwu ist einer der wichtigsten Künstler, die sich den Auffassungen der "Zaria-Renaissance" verpflichtet fühlen. Darunter ist die Auflehnung einer Gruppe nigerianischer Künstler gegen die nach europäischen Normen und Wertvorstellungen 1953 in Zaria gegründete Kunstschule gemeint, dessen damaliger englischer Leiter erklärte: "Afrikanische Kunst ist für meine Zwecke unwichtig." Im Artikel "Wesen und Klarheit" erläutert Udechukwu die theoretischen Grundlagen seiner ästhetischen Praxis: "Die Igbo sagen 'O buro igidigi aju bu ukoa' (wörtlich: ein überdimensionales Tragpolster ist noch kein Korb). In diesem Sprichwort wird erkannt, daß es nützlich ist, die wichtigen Elemente zu isolieren und zu betonen, während es unnütz ist, das Nebensächliche zu übertreiben. Uche Okeke hat gesagt, die Wahrheit ist einfach und entwaffnend schlicht."

"Probleme wie Perspektive, 'natürliche' Proportionen und all die anderen Tricks, die Wahrscheinlichkeiten erzeugen sollen, das ganze Repertoire der nachahmenden Kunst, sind für mich ästhetisch unwichtig. Für mich besteht ein grundlegender Zwiespalt zwischen Formen der Natur und Formen der Kunst. Daß ein Eimer kleiner ist als ein Mensch, ist für meine Praxis unwichtig. Wenn ein Bild mit einem Eimer, der größer wäre als ein Mensch, wirksamer wäre, dann würde ich es genauso machen. Schließlich sind Gegenstände Themen für Bilder, Ausgangspunkte oder Koordinationspunkte."

Quellenhinweis: Neue Kunst in Afrika, Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1980 / Tendenzen Nr. 132, Damnitz Verlag München – (noh)

Bericht Europa-Parlament

Faschismus und Rassismus EG "per se antifaschistisch"

Auf Initiative der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament (EP) wurde im Herbst 1984 ein Untersuchungsausschuß "zum Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus in Europa" eingesetzt, das Ersuchen war von 113 Mitgliedern des Parlaments unterzeichnet. Ein Motiv war offenbar der Wahlerfolg insbesondere der rechtsextremistischen französischen "National Front" (NF) unter Le Pen bei den letzten EP-Wahlen, aber auch faschistischer Organisationen wie der NPD, die den Einzug in das Europaparlament nicht schaffte, sich aber über die Wahlkampfkosten-erstattung finanziell sanieren konnte. Erstmals konnten die faschistischen Kräfte im EP eine eigene Fraktion mit 16 Mitgliedern bilden (zehn NF, fünf von der italienischen MSI, ein Vertreter der griechischen Nationalpolitischen Union). Der Ausschuß wurde mit 15 Mitgliedern aus verschiedenen Fraktionen und Mitgliedsländer besetzt, u.a. gehörten ihm auch ein Mitglied der "Europäischen Rechten" und z.B. der Vorsitzende der Pan Europa Union, Otto v. Habsburg (CSU), an. Die "Europäische Rechte" versuchte, eine Auflösung des Ausschusses zu erreichen und boykottierte schließlich die Mitarbeit.

Seit November liegt der Untersuchungsbericht vor, das EP befaßte sich im Dezember und nochmals im Januar damit. Die entscheidende Auswirkung des 140 Seiten starken Dokuments dürfte vor allem in der ideologischen Bindung fortschrittlicher und demokratischer Kräfte an die imperialistischen Ziele der Europäischen Gemeinschaft bestehen. So äußert der Berichterstatter Evrigenis eingangs: "Es ist bedeutsam, daß Europa jetzt seine Zukunft auf der Annäherung und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen aufbauen will. Die gemeinschaftliche Perspektive stellt per definitionem die Negation der nationalen Rivalitäten dar. Umso mehr dient sie dazu, rassistische Tendenzen im europäischen Kontext abzuwehren."

Zu dieser Wirkung dürfte beitragen, daß die Arbeitsweise des Ausschusses nahelegt, der Bericht beruhe auf einer objektiven Prüfung, auf deren Ergebnisse die politischen Kräfte aller Richtungen einwirken konnten. Tatsächlich haben Organisationen wie die IGM (Bericht über die Grauen Wölfe) oder das Institut of Jewish Affairs in London und andere jüdische Institutionen sowie Organisationen der Verfolgten des Nazi-Regimes Berichte eingereicht, zahlreiche Gutachten und Zuschriften wurden verarbeitet, der Eindruck "redlich bemüht" drängt sich auf, dem Vorwurf von Einseitigkeit für Kapitalinteressen versucht sich der Bericht zu entziehen.

Auf diese Weise kann nicht verheimlicht werden, daß die Zahl der faschistischen Organisationen, ihre Publizistik und ihr Erfolg in der Sammlung einer reaktionären Anhänger-schaft zunehmen. Erwähnt wird, daß die Ungleichbehandlung von Ausländern in der Gesetzgebung eine Ursache des Erstarkens von Rassismus ist. Ein für die Arbeit antifaschistischer Organisationen wichtiger Hinweis ist, daß die Juden am stärksten Zielscheibe rassistischer Propaganda und Überfälle – oft gepaart mit Antizionismus – sind und danach die Mitglieder nichtchristlichen Glaubens wie die Türken oder andere Anhänger des Islams.

Diese Tatsachen im Bericht an das EP werden darüber wertlos, daß die historischen Tatsachen auf den Kopf gestellt werden. So wenn behauptet wird, Ursache für zunehmenden Rassismus in Großbritannien sei die Einwanderung von Bewohnern der Kolonien. Daß der Rassismus Bedin-

gung für die Kolonialpolitik war und jetzt nur seitens der imperialistischen Staaten gegen die Einwanderer fortgesetzt wird, ist nicht mal erwähnt.

Obwohl über die BRD festgestellt wird, daß die NPD die Tradition der Deutschen Reichspartei fortsetzt und sich "durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis heute" eine "rechtsextremistische Strömung" zieht, erschwert der Bericht die Arbeit der antifaschistischen Organisationen. Das Instrument Art. 21 GG (Bekämpfung der Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung) wird ebenso gelobt wie die ganze Antiterrorismusgesetzgebung der BRD und der EG. Die antifaschistischen Bestimmungen der Kontrollratsgesetze sind nicht erwähnt. Die Zusammenarbeit von Regierung, bürgerlichen Parteien, Kapitalisten und Faschisten kommt nicht vor.

Quellenhinweis: EP, Dokument A2-160/85, PE 97.547 endg. – (düb)

"Geringfügige Beschäftigung"

SPD für Erleichterung – "Individualisierung" nach Glotz?

Mit den Forderungen der Kapitalistenverbände nach Differenzierung, Regionalisierung, betrieblicher Öffnung usw. der Lohn- und Gehaltstarife wächst die Bedeutung der Diskussion von Formen und Forderungen sozialer Mindestsicherung. Aus der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wurde Anfang Januar eine Initiative zur "sozialen Sicherung" sog. geringfügiger Beschäftigung (1) angekündigt. Eine Kommission der SPD ist mit der Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programms beschäftigt, das in diesem Jahr vom Bundesparteitag verabschiedet werden soll. Auch Vertreter des DGB-Vorstandes sind mit einem Beitrag zu "Ansatzpunkten einer solidarischen Sicherung" (2) in die Diskussion um eine strategische Orientierung in der Auseinandersetzung um Lohn und Sozialversicherung eingetreten. Die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag hat bereits ihre Vorstellungen über ein per Wertschöpfungssteuer finanziertes "garantiertes Mindesteinkommen für alle" als sozial alternative Grundsicherung gegenüber der bisherigen lohnbezogenen Sozialversicherung entwickelt (3). Somit ist zu erwarten, daß die unterschiedlichen Vorstellungen unter den gegenwärtigen Kräften der politischen Opposition auch zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu den Bundestagswahlen 1987 werden.

SPD-Forderung zur Aufhebung der Geringfügigkeitsgrenze

"Geringfügige Beschäftigung" ist von der Sozialversicherungspflicht ausgenommen. Wesentliche Bestimmung der Geringfügigkeit: regelmäßig niedrigere wöchentliche Arbeitszeit als 15 Stunden und ein Entgelt, das im Monat 410 DM (1986) nicht übersteigt. Da das Einkommensteuergesetz den einzelnen Lohnempfänger von der Steuerschuld befreit, sofern der Arbeitgeber nach § 40a EStG pauschalierte Lohn- und Einkommensteuer für Teilzeitarbeitskräfte übernimmt, hat sich folgendes "Grundmodell" sog. geringfügiger Beschäftigung entwickelt: Die Vereinbarung erfolgt auf der Basis brutto gleich netto, d.h. in der Regel 10 DM pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden in der Woche, z.B. an fünf Tagen je zwei Stunden. Es ist auch leicht verständlich, daß für dies "Modell" sog. geringfügiger Beschäftigung der Gesetzgeber auf unbürokratische Handhabung sehr bedacht war. Eine weitere Regelung läßt den Arbeitgeber um die offizielle Wahrung der

Verdienstgrenze sehr besorgt sein: übersteigt das monatliche Entgelt 410 DM, so muß der Arbeitgeber bis zu einer Grenze von 560 DM den vollen Beitrag zur Sozialversicherung allein tragen.

Was bloß von ganz weit und sehr oberflächlich als ein wenig günstigerer (Netto-)Stundenverdienst gegenüber den niedrigen Tariflohngruppen erscheinen mag, ist in der Wirklichkeit eine der brutalsten Formen der Ausbeutung und Schinderei, basierend auf der Ausnutzung von Not und Armut. Z.B. vergeben Reinigungsfirmen Aufträge zum Leistungslohn an "geringfügig Beschäftigte", deren Erledigung in den veranschlagten zwei Stunden olympiareife Turnleistungen voraussetzt. Sog. caritative Träger organisieren soziale Betreuung als geringfügige Beschäftigung, bei der Pflegeleistungen für zwei oder drei Personen einschließlich Wegezeit und "kleiner Nebenerledigungen" leicht zu einer guten Halbtagsbeschäftigung für ebenfalls 20 DM geraten usw.

Es überrascht bereits, daß der SPD-Vorschlag zur Aufhebung der Befreiung dieser Beschäftigten von der Sozialversicherungspflicht ausgerechnet als gemeinsamer Vorschlag mit einem Vertreter der Gebäudereiniger-Innung vorgelegt wurde. Die beabsichtigte Neuregelung soll nun einen Arbeitgeber-Beitrag zur Sozialversicherung "von der ersten Mark" an vorsehen. Dies sei, so der Innungsmeister des Gebäudereiniger-Handwerks, für die Arbeitgeber kostenneutral, da damit die volle alleinige Beitragspflicht für Entgelte zwischen 410 und 560 DM monatlich entfalle.

Was folgt nun für die so Beschäftigten? Anke Fuchs, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, deutet eine Versicherungspflicht in der Krankenversicherung an, "wenn ein bestimmter Mindestbeitrag erreicht wird". Geht man von gegenwärtiger Tarifgestaltung aus, so ist dieser Mindestbeitrag bei günstigen Kassen für gegenwärtig gut 50 DM im Monat zu haben. Da sich kaum z.B. die Techniker Krankenkasse um diese Versicherungsfälle bemühen wird, sollte man von örtlich unterschiedlichen AOK-Tarifen ausgehen, wo der Mindestbeitrag ca. 60 bis 70 DM bei einem Beitragssatz um 12,5% beträgt. Es erscheint also denkbar, daß ohne weitere Regelungen nach diesem Vorschlag die Versicherungspflichtgrenze für die Krankenversicherung im Ergebnis angehoben wird. Bloß nebenbei: Nach § 169 AFG folgt aus dieser Befreiung von der Krankenversicherungspflicht auch die Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

In der Rentenversicherung soll nun den so Beschäftigten "freigestellt" werden, ob sie auf Entgelte bis 560 DM Beiträge zahlen wollen oder nicht. D.h. also ganz eindeutig, die Versicherungspflicht wird eingeschränkt. Denn zahlt der Beschäftigte seinen Beitragsteil nicht, so be-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1984

Wirtschaftszweig	Beschäftigte in	
	Vollzeit	Teilzeit
Landw., Forstw., Fischerei	222 805	7 533
Energie, Bergbau	452 991	21 660
Verarbeitendes Gewerbe	7425 590	297 125
Baugewerbe	1 520 978	27 486
Handel	2 336 636	426 155
Verkehr, Nachrichtenübermittl.	859 125	102 996
Kreditinstitute, Versicherungen	714 709	80 696
sonst. Dienstleistungen	3 190 838	577 871
Org. o. Erwerbscharakter, priv. HH.	313 802	89 050
Gebietskörperschaften, Soz.vers.	1 164 851	203 973
Zusammen	18 205 636	1 834 702

Quelle: SV-Beschäftigte am 30.06.84 – BA

gründet dies auch keine Rentenansprüche. Der allein gezahlte Arbeitgeberanteil würde in diesem Falle, aber offenbar entsprechend auch in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, keine Versicherungsmitgliedschaft und damit Leistungsansprüche des Beschäftigten begründen.

Kampf gegen Niedrigstlöhne von wachsender Bedeutung!

Aus der Tendenz der angekündigten Gesetzesinitiative folgt erstens eine Lockerung der Versicherungspflicht und damit natürlich auch eine Einschränkung des Versicherungsschutzes im Bereich niedrigster Verdienste. Zweitens und wahrscheinlich von noch größerer Bedeutung ist die gesellschaftliche Billigung von auf Nötigung beruhenden Ausbeutungspraktiken: Ihre Attraktivität beruht einzig und allein auf den Vorteilen des rechtlosen Tagelöhner-Daseins gegenüber auf eine Vollzeit-Beschäftigung bezogenen Arbeits- und Tarifverträgen.

Nun haben die Beschäftigungsverhältnisse mit Verdiensten unter oder um die Versicherungspflichtgrenze längst den Anschein früherer Zeiten als "Zubrot" verloren. Es steht niemand ohne Not mitten in der Nacht bei den Zeitvermittlungsstellen der Arbeitsämter an, um dann zwischen vier und sechs Uhr in der Frühe irgendeinem Bauherrn, Großhändler, Supermarkt oder sonstwem zugeteilt zu werden. Auch ist bemerkenswert, daß inzwischen der überwiegende Teil der Vermittlungen durch das Arbeitsamt in kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse erfolgt, d.h. in Beschäftigungen bis zu fünf Arbeitstagen. Daraus ergibt sich als Folgerung: dieses Art Beschäftigung nimmt in ihrer Bedeutung zu und führt deshalb im Ergebnis zur Aushöhlung und zum Unterlaufen der gewerkschaftlichen Tarif- und Arbeitsschutz-Politik, dabei einmal von den besonderen Vorteilen der beteiligten Kapitalisten ganz abgesehen.

In den angesprochenen gewerkschaftlichen Diskussionsbeiträgen werden gerade diese Zusammenhänge in ihren Auswirkungen auf den Lohnstandard und den Sozialversicherungsschutz behandelt. W. Adamy und A. Schmidt nehmen zu "Ansatzpunkten einer solidarischen Sicherung" z.B. wie folgt Stellung:

"Die Gründe für die unzureichende Absicherung liegen vorwiegend in der Arbeitslosigkeit und den zu niedrigen Erwerbseinkommen." Als "gewerkschaftliche Alternativen" fordern die Autoren u.a. eine "Tarifpolitik gegen Neue Armut": "Wesentlicher Ansatzpunkt zur ursachenorientierten Bekämpfung der Armut ist eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, die zu einer Änderung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse führt. Vorrangig ist die Tarifpolitik gefordert, wenn die Realeinkommen gesichert und die unteren Lohngruppen besser vor Armut geschützt werden sollen. Überdurchschnittliche Verbesserungen bei den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen können verhindern, daß eine steigende Zahl von Arbeitnehmern auf ein Arbeitseinkommen verwiesen wird, das selbst kaum die Armutsgrenze übersteigt. Bisher ist eine Änderung des Einkommensgefüges allerdings am entschiedenen Widerstand der Arbeitgeber gescheitert." (4)

Damit ist immerhin klar gestellt, daß gegen die soziale Verelendung, die verbreitet auch als "Neue Armut" bezeichnet wird, der Kampf für die Hebung der niedrigsten tariflichen Einkommen von wesentlicher Bedeutung ist. Die angekündigte SPD-Gesetzesinitiative fördert offenkundig die entgegengesetzten auf weitere Ausdehnung von Niedrigstlohn-Beschäftigung gerichteten Bestrebungen und damit den Angriff der Kapitalisten auf den Wirkungsgrad der Lohn- und Gehaltstarife.

Dies mag ein Grund dafür sein, daß Blüms Leute prompt reagierten: Es müsse u.a. verhindert werden, daß für "Mi-



Die SPD-Gesetzesinitiative wurde als "Kompromiß" zusammen mit der Gebäudereiniger-Innung vorgestellt – Beispiel für Raus "Versöhnen statt Spalten"?

nbeiträge voller Versicherungsschutz" erworben würde. Und außerdem stehe im Widerspruch zu Urteilen des Verfassungsgerichts, daß Arbeitgeberbeiträge zu entrichten seien, denen keine Leistungen gegenüber stünden. Na also: Damit scheinen die Aussichten für die Kapitalisten nicht schlecht, eine Erweiterung der sog. geringfügigen Beschäftigungsmöglichkeiten mit einer Kostenentlastung zu verbinden. Die Einführung einer Meldepflicht für solche geglückte Ausbeutungssteigerung würde deren gesellschaftliche Anerkennung besiegeln.

Ein SPD-Ausrutscher? Wohl kaum: Glottz für Individualisierung

Im Gegensatz zu den geäußerten SPD-Vorstellungen wäre zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik gerade von Bedeutung, diese Niedrigstlohnverhältnisse zu erschweren, die betreffenden Kapitalisten gegenüber anderen ausdrücklich zu benachteiligen: Dies wäre z.B. möglich, wenn verlangt wird, daß für alle diese Lohnverhältnisse ein Sozialversicherungsbeitrag bezogen auf den niedrigsten Tariflohn von Vollzeitbeschäftigten gezahlt werden muß, und zwar allein von den Arbeitgebern. Da könnte man dann auch wirklich von einem "sozialen Fortschritt" zugunsten der Lohnabhängigen sprechen, die diesen Ausbeutungsbedingungen noch unterworfen würden: Sie hätten wenigstens einen minimalen Versicherungsschutz.

Die SPD hingegen scheint eine andere Strategie einzuschlagen. Dafür zumindest plädiert Peter Glottz in einem für diesen Zusammenhang wichtigen Beitrag zu "Arbeit und Technik":

"(Die dritte industrielle Revolution) erzwingt, das ist meine These, eine veränderte Arbeits- und Lebenswelt, deren Signatur Individualisierung ist ... Und ich bin gegen den Versuch, die Individualisierungstendenz um jeden Preis durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen aufhalten zu wollen ... Die Lage-Unterschiede in der Arbeiterschaft werden schon heute täglich größer, und ich halte es nicht für erfolgversprechend, die in der Vergangenheit relativ einheitlichen Arbeitsbedingungen der klassischen Arbeitnehmerschaft – oder besser ihres Facharbeiterkerns – um jeden Preis aufrecht zu erhalten, denn diese Arbeitnehmerschaft und ihr Kern nehmen ab." (5) Wem so Erfolg versprochen wird, dürfte klar sein.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt v. 9. u. 10.1.86; (2) z.B. W. Adamy und A. Schmidt, DGB gegen Aushöhlung des Sozialstaates, Soziale Sicherheit 10/85; (3) Pol.Ber. 7 u. 8/85, Beilage 4/85; (4) W. Adamy, A. Schmidt a.a.O. S. 294 ff.; (5) P. Glottz, Arbeit und Technik, Die Neue Gesellschaft 5/85 S. 435 – (haj)

Lohnbewegung

Die Löhne könnten steigen, aber nicht ohne Kampf gegen die Kapitalisten!

Die bürgerliche Propaganda wittert Chancen: Die Lohnsumme steigt mit anziehender Konjunktur, läßt sich da nicht mit Fug und Recht behaupten, gerade die Eindämmung gewerkschaftlicher Ansprüche und der Anspruchsmentalität der Arbeiter habe endlich die deutsche Wirtschaft wieder gestärkt, was sich letztlich für alle auszahlen würde? Tatsächlich existiert aber eine solche Interessenübereinstimmung von Kapital und Arbeit hinsichtlich "Konjunktur" nicht. Die Lohnsumme ist gestiegen, weil die von jedem Arbeiter erbrachte Arbeitszeit gestiegen ist,

sie steigt, weil mehr Überstunden anfallen, sie steigt wegen Zuschlägen auf Schichtarbeit – aber vermehrte Schinderei erhöht keineswegs die Kaufkraft, sondern zunächst bloß den Reproduktionsaufwand. Eine solche Erhöhung der Lohnsumme, die sich tatsächlich als mehr Lebensmittel in den Arbeiterhaushalten niederschlägt (ganz zu schweigen von einem Ausgleich für die Reallohnverluste der vergangenen vier, fünf Jahre), erfordert den Lohnkampf. Unserer Meinung nach bestehen Aussichten, daß die Arbeiterbewegung diesen Kampf mit Erfolg führen kann. – (alk, frr, rok)

Erste Lohnforderung für Metall beschlossen: 150 DM, mindestens 7%

Die IG Metall hat, nach längerem Hin und Her, die Erhöhung der Löhne und Gehälter als Schwerpunkt der Tarifbewegung 1986 festgelegt. Einen Beschluß über Höhe und Struktur der Forderung hatte bei Redaktionsschluß nur die Große Tarifkommission für die drei Tarifgebiete in Baden-Württemberg gefaßt. Sie verlangt 150 DM mehr für jeden, mindestens 7%, und 65 DM mehr für jeden Auszubildenden. Bis zur Lohngruppe 8 liegen die 150 DM höher als 7%, in der untersten Lohngruppe 2 sind es ca. 9,5%. Das Gesamtvolumen der Forderung wird mit 7,5% beziffert.

In den anderen Tarifbezirken soll im Lauf des Februar beschlossen werden. Verschiedene Empfehlungen von Tarifkommissionen deuten aber darauf hin, daß im Volumen auch unter 7,5% und in der Struktur weniger entschieden für einen Festbetrag gefordert werden soll.

Eine Lohnbewegung für eine spürbare Verbesserung der Tarife ist heute möglich. Die Konjunktur ist in der Mehrzahl der Branchen der Investitionsgüterindustrie stark. Die Kapitalisten weiten die Produktion aus und stellen neu ein. Ihre Nachfrage nach Arbeitskräften zieht an. Sie mußten schon in den letzten Monaten Lohnerhöhungen zahlen. Sie zahlen aber nicht auf breiter Front, sondern gezielt, für Teile der Belegschaften und unterschiedlich in den Branchen und Regionen. Sie trachten danach, unumgängliche Lohnerhöhungen außerhalb von tariflichen Regelungen zu halten und so allgemeine Ansprüche zu verhindern und für zukünftige Kürzungen freie Hand zu haben.

Die Lohnbewegung muß im Gegensatz dazu ein möglichst großes Volumen tariflich durchsetzen. Die Gewerkschaftsbewegung muß die gegenwärtige konjunkturelle Situation ausnutzen. Sie wird in den nächsten Jahren absehbar keine günstigeren Bedin-

gungen vorfinden. Werden die möglichen Lohnerhöhungen heute nicht durchgesetzt, würden Lohnsenkungen im Zug des nächsten Konjunkturabschwungs von einem schon deutlich gemindertem Reallohnniveau ausgehen.

Die Große Tarifkommission in Baden-Württemberg stellt die Forderung nach 150 DM in den Vordergrund. Das ist berechtigt. In den Lohnzonen, die

sind unumgänglich, wenn weitere Flexibilisierungen der Arbeitszeit verhindert werden sollen.

Schließlich unterstützt die Forderung nach 150 DM die Bestrebungen im öffentlichen Dienst für eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen.

Gegen die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen werden die Kapitalisten mit allen Mitteln mauern. Sie wollen den Stachel für Mehrarbeit und Bereitschaft zu Flexi-Arbeitszeiten spitz halten. Außerdem wäre die reaktionäre Leistungsideologie praktisch erschüttert. Leistung und Lohn



Die Bundestagsfraktionen der Union und der FDP haben die Terminplanung für die Änderung des § 116 AFG forciert. Bis Ende März, rechtzeitig zum Auslaufen der Lohnverträge, soll die Änderung Gesetz sein. Die Unionsfraktion ist sich offenkundig ihrer Sozialausschußleute sicher. Diese erklären bei jeder Gelegenheit, daß sie den Regierungsentwurf nicht verhindern werden. Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller unionsregierten Länder zugestimmt. (Bild: Demonstration bei Voith in Heidenheim)

von dieser Forderung begünstigt werden, ist die Leistungsabforderung hoch und im Steigen begriffen. Häufig haben die betroffenen Beschäftigten von Arbeitszeitverkürzung nichts gesehen, weil sie zu regelmäßiger Mehrarbeit in Form von Überstunden oder Samstagsarbeit gezwungen sind. Hier wird auch deutlich: Lohnerhöhungen

müssen im Lot bleiben, verlangt Gesamtmetall in der Anzeigenserie "Lohnvernunft 86" im Januar und meint damit: Die Arbeit im unteren Lohnbereich, häufig in Akkord und Schicht, hat als minder und schlecht bezahlt zu gelten.

Festgeld- und Mindestforderungen sind in der Industrie in den vergange-

nen Jahren nie in der geforderten Form durchgesetzt worden. Insofern ist der Beschluß der Großen Tarifkommission in Baden-Württemberg durchaus kühn. Ganz aussichtslos ist er aber nicht. Die Kapitalisten haben auch bei den Maschinenarbeitern einen gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften. Gesamtmetall spricht von einer "Trendumkehr" in den letzten 18 Monaten. Bei den "Ungelernten" sei eine Zunahme von rund 42000 zu verzeichnen. (Handelsblatt, 20.1.1986) Das macht die Bedingungen für die Forderung etwas besser. Ohne ernsthafte Vorbereitung von Urabstimmung und Streik ist eine Durchsetzung aber kaum vorstellbar.

Nicht übersehen werden sollte auch, daß eine Forderung nach 150 DM ein großes Problem nicht löst: Die unteren Lohngruppen bei Vollzeitarbeit sind heute nicht mehr die schlechtesten Lebensumstände bei den in Arbeit stehenden Lohnabhängigen. Die Beschäftigten in Flexi-Arbeitsverhältnissen wie Teilzeit liegen im Monatseinkommen erheblich darunter. Ein Festbetrag löst ihr Problem eines völlig unzureichenden Einkommens nicht. Die gewerkschaftliche Diskussion, wie mit Lohnstarifen gegenüber Flexi-Arbeitsverhältnissen vorgegangen werden kann, um Mindesteinkommen durchzusetzen, steckt noch in den ersten Ansätzen. Eine Erörterung und Beschlußfassung auf dem IGM-Gewerkschaftstag im Oktober ist dringend geboten.

Eine Lohnforderung, wie in Baden-Württemberg aufgestellt, richtet sich gegen materielle und ideologische Ziele der Kapitalisten. Die Kapitalisten, sekundiert von der Bundesregierung, dem Sachverständigenrat usw. erklärt jede "kräftige" Lohnerhöhung zu einem Verbrechen gegen die Konjunktur, das schlußendlich auch den Arbeitern schade. Dazu Esser im Verbandsorgan "Der Arbeitgeber" 1/86:

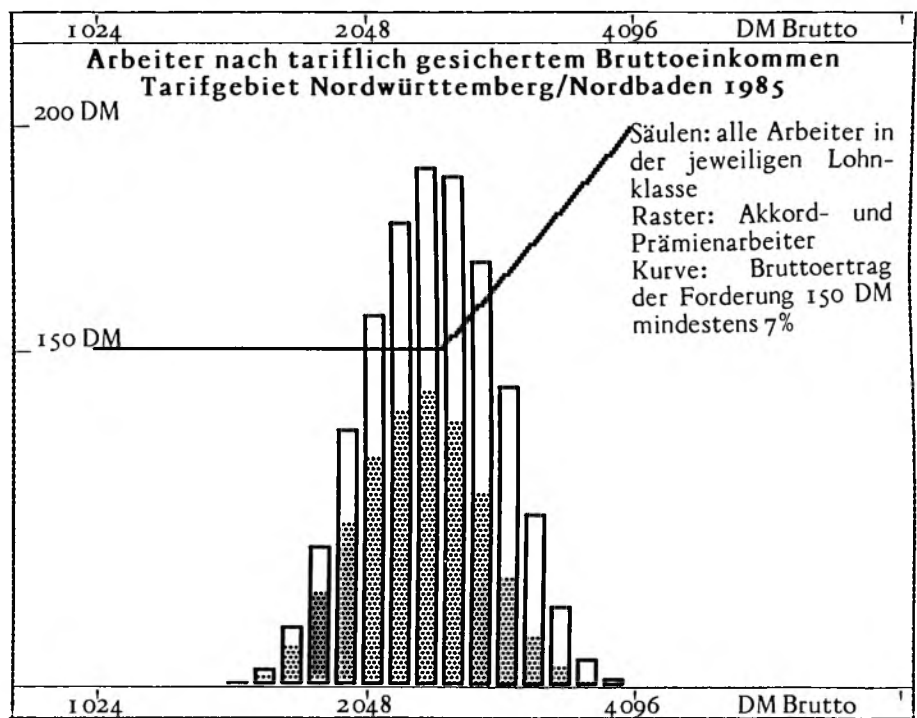
"Wer die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs und die weitere Verbesserung am Arbeitsmarkt will, der muß für eine maßvolle Lohn- und Tarifpolitik 1986 und in den kommenden Jahren eintreten ... Die Tarifpolitik muß den Anschluß an die Vereinbarungen des zu Ende gehenden Jahres 1985 halten. Nichts wäre verhängnisvoller für den Gesundungsprozeß von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, als wenn jetzt unter der vorgeschobenen Behauptung eines Nachholbedarfs für die zurückliegenden Jahre von gewerkschaftlicher Seite eine neue Umverteilungsoffensive in der Lohnpolitik eingeleitet würde ... Und Bangermann hat bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung die in den letzten Monaten oft erhobene Forderung bekräftigt, die Tarife müßten verstärkt nach Regionen, Sektoren und Qualifikationen differenziert werden.

Eine Reihe von Überlegungen hinsichtlich Lohnflexibilisierung sind im bürgerlichen Lager in der Diskussion: Einstiegslohngruppen, erfolgsabhängige Löhne, stärkere Vermögensbildung, betriebliche Öffnungen. Was davon im einzelnen kommen wird, ist schwer zu sagen. Fest steht aber: Die Kapitalisten streben eine stärkere Differenzierung der Tarife an mit deutlichen Abschlüssen für "Problembranchen" und "Krisenregionen". Die unterschiedliche Konjunktur soll in tarifliche Bandbreite umgemünzt werden.

Die Empfehlung des IGM-Vorstands für Lohnforderungen in einer Bandbreite von 6 bis 7,5% läßt vermuten, daß er sich differenzierten Abschlüssen nicht energisch widersetzen will. Kommt es aber zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den Tarif-

gebieten, dann ist wichtig, daß in einzelnen Tarifen möglichst hoch abgeschlossen wird. Der höhere Tariflohn in dem einen Tarifgebiet würde nämlich den Anspruch der Gewerkschaftsbewegung markieren, im anderen möglichst schnell einen Ausgleich zu erreichen. Was in dem einen Tarifgebiet tariflich mehr gezahlt wird, ist im anderen nicht weniger nötig. Es wäre also durchaus nötig, daß in Tarifgebieten mit günstigeren Bedingungen möglichst hoch abgeschlossen wird.

Was auf jeden Fall verhindert werden muß, sind unterschiedliche Tariflaufzeiten, wie sie die Vorstandsempfehlung möglich macht. Sie wären eine Sorte Differenzierung, die einheitliche Lohnbewegung in den kommenden Jahren schwer behindern würde. Man erinnere sich an den "Bayernmonat".



Dem Schaubild liegen zugrunde Angaben des Kapitalistenverbandes über die Anzahl der Arbeiter in den jeweiligen Lohngruppen. Aus den Tarifstundenlöhnen plus durchschnittlich garantierter Leistungszulage ist das tariflich gesicherte Einkommen ermittelt.

Steuerreformkonzept der SPD "sozial gerecht"?

Die jetzt zur Wirkung kommende Steuerreform scheint den Regierungskurs zu bestätigen: Einschneidende Maßnahmen gegen die Ansprüche der Lohnabhängigen seien nötig gewesen, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren, jetzt komme der Segen allen zugute – entsprechend dem jeweiligen "Leistungswillen", versteht sich. Der Geldsegen, den die Regierung so scheinbar großzügig aus den in der Vergangenheit und auch künftig durch das Zusammenspiel von Inflation und Progressionstarif stets anschwellenden Lohnsteuereinnahmen abzwiegt, wird berechnend verteilt: Im Hinblick

auf das Lohneinkommen scheint es – durch vorübergehende Lockerung der Steuerprogression bei den Facharbeiterlöhnen – lohnend, sich im Akkord, in Überstunden und Schicht zu schinden. Die stärker werdende Differenzierung bei den Nettoeinkommen – vom ledigen Arbeiter mit 2500 Brutto, der 12 Mark weniger Steuern im Monat zahlt, bis hin zum verheirateten und mit Kindern bedachten Angestellten mit 3500 DM mit 100 und mehr Mark Entlastung – wirkt unvermeidlich auf die Lohnbewegung.

Bewegt nun diese für das Regierungslager im Hinblick auf die Wahlen

Dokumentiert: SPD-Konzept zur Steuer

Als erste, kurzfristig zu realisierende Maßnahme werden wir eine grundlegende Änderung der 1988 wirksam werdenden zweiten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 vornehmen. Im Rahmen des hierfür vorgesehenen Finanzvolumens sehen wir die folgenden Strukturverbesserungen vor ...:

- Erhöhung des Grundfreibetrags auf 5022/10044 DM (bisher laut Steuersenkungsgesetz: 4536/9072);
- Ausdehnung der unteren Proportionalzone von bisher 18000/36000 DM auf 21600/43200 DM (bisher laut Steuersenkungsgesetz keine Anhebung);
- stärkere Abflachung des unteren und mittleren Progressionsbe-

reichs bis etwa 41000/82000 DM bei Verzicht auf die Tarifentlastung im Bereich der oberen Progressionszone ...

Zugunsten eines erhöhten, für alle gleichen Kindergeldes ist das vielgliedrige System von steuerlichen Kinderfreibeträgen, ungekürztem Kindergeld, einkommensabhängig gekürztem Kindergeld und Kindergeldzuschlag abzuschaffen. Das macht sofort eine Erhöhung des Kindergeldes um DM 45,- monatlich möglich ... Um den Forderungen nach Berücksichtigung von Kindern bei der Steuerfestsetzung zu entsprechen, muß das Kindergeld als Abzug von der Steuerschuld auf die Finanzämter übertragen werden ...

Existenzminimum

Nach den Vorstellungen der SPD würde 1988 für eine Arbeitnehmerfa-

milie mit zwei Kindern im Ergebnis ein Brutto-Jahresarbeitslohn von 30425 DM nicht zur Zahlung einer Steuer führen:

Berechnung:	DM
Arbeitslohn (brutto)	30425
- Weihnachtsfreibetrag	600
- Arbeitnehmer-Freibetrag	480
- Werbungskosten-Pauschbetrag	564
verbleibt:	28781
- Sonderausgaben-Pauschale	540
- Vorsorge-Pauschale	5022
zu verst. Einkommen	23219
Steuer bei Grundfreibetrag von 10044 DM (abgerundet)	2874
- Kindergeld für zwei Kinder $240 \times 12 =$	2880
"Steuerschuld"	-6

(Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben beim Parteivorstand der SPD, Büro Apel, 7.1.1986)

günstige Lage endlich auch die SPD zur Kritik an der reaktionären Steuerpolitik?

Man hat zunächst diesen Eindruck. Der SPD-Vorstand hatte lange Zeit Steuersenkungen mit der Begründung abgelehnt, daß staatliche Programme zur Organisierung des Geschäfts mit Arbeit und Umwelt nötig seien, und war damit gegenüber der Demagogie von Unionsparteien und FDP hoffnungslos unterlegen. Jetzt kann man auf einmal Erstaunliches hören und lesen. So von Johannes Rau:

"Eine Regierung unter meiner Führung wird alles tun, um zu erreichen, daß die ganz kleinen Verdienner mit dem Finanzamt überhaupt nichts mehr zu tun haben müssen. Wir wollen, daß das Existenzminimum steuerfrei gestellt wird." (Rede in Ahlen, 16.12.85)

Im Januar legte dann Apel, einst Finanzminister, für den Parteivorstand genauere Vorschläge vor, was denn als "Existenzminimum" steuerfrei bleiben soll. Aus der Presse konnte der verwunderte Leser entnehmen, daß eine "Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern und einem Bruttojahreslohn von 30425 DM" (d.h. rd. 2500 DM monatlich) nach SPD-Vorstellung unbesteuert bleiben soll.

Ein genauerer Blick auf den Vorschlag (siehe obige Dokumentation) enthüllt allerdings einen billigen Trickbetrug. Der als Beispiel gewählte Arbeiter (StKl. III, 2 Kinder) zahlt sehr wohl weiterhin Lohnsteuer, nämlich 2874 DM oder ca. 240 DM monatlich. Dies ist mehr als nach dem in Kraft getretenen Steuerreformgesetz der Regierung, wonach die Steuer 176,10 DM im Monat beträgt. Dies rührt daher, daß der Kinderfreibetrag, der jetzt bei den niedrigen Einkommen die Steuerlast um 45 DM/Kind verringert, wegfallen bzw. als entsprechend erhöhtes Kindergeld ge-

zahlt werden soll.

Durch ein Verrechnungskunststück könnte dieser Arbeiter jedoch, falls er die SPD an die Regierung bringt, als vom Finanzamt beschenkt dastehen: Das Kindergeld, das bisher vom Arbeitsamt ausbezahlt wird, würde künftig mit der Steuerschuld verrechnet werden (im Beispiel ergäbe sich eine "negative" Steuerschuld von 6 DM jährlich, die ihm das Finanzamt auszuzahlen hätte).

Der Grundfreibetrag allerdings, der tatsächlich entscheidend dafür ist, was als Existenzminimum unabhängig vom Familienstand steuerfrei bleibt, ist bei dem SPD-Vorschlag immer noch so niedrig, daß Ledige in Steuerklasse I bereits Hungerlöhne ab etwa 700 DM versteuern müßten.

Abgesehen von dem Rechenrick: Der SPD-Vorstand gibt in seinem Steuerreformkonzept für 1988 keine Anhaltspunkte zur Kritik und Bekämpfung der reaktionären Steuerpolitik der Regierung:

- Der imperialistische Staatsapparat und die Bezuschussung der Kapitalen durch den Staat sollen weiterhin aus-

Abzügen von Lohneinkommen finanziert werden. Eine stärkere Besteuerung ausschließlich der Vermögen und Kapitaleinkünfte ist nicht vorgesehen, der SPD-Vorschlag enthält vielmehr die von uns bereits früher berichteten Vorschläge zur Abschaffung zahlreicher Steuern auf Unternehmen.

- Die Anbindung des Steuertarifs an die Inflation unterbleibt, so ist zum einen die erneute Erhöhung der Steuerlast auf die Lohnabhängigen sicher und künftigen Regierungen Spielraum für wahlwirksamen Steuerbetrug geschaffen.

Schließlich: In der Konkurrenz mit Stoltenberg, wer nun der sozialere Spendionkel sei, tritt der SPD-Vorstand polemisch gegen die Sozialversicherungen auf, deren ständig steigenden Ausgaben den Nettolohn zusätzlich schmälerten. Den Schaden hätten hierbei gerade diejenigen Lohnabhängigen, die durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft sich nicht einmal das Existenzminimum sichern können und daher auf Versicherungszahlungen angewiesen sind.

Noch eine 35-Stunden-Kampagne ohne Flexi-Kritik?

Ohne großen Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bringen die Konservativen und Liberalen im Bundestag das neue Arbeitszeitgesetz unter Dach und Fach. FDP-Bangemann hat angekündigt, daß über die schon vorgesehene Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots hinaus der Sonntag ein Regelarbeitstag werden soll. Er sieht schon vier, fünf Millionen Leute sonntags arbeiten. Die CDU-Fraktion hat bei der ersten Lesung des Gesetzes im letzten Jahr ähnliche Überlegungen angestellt.

Gleichzeitig bereiten sie den Ein-

bruch beim Ladenschluß vor. Bis in die Nacht sollen Läden an Verkehrsknotenpunkten geöffnet sein, und keiner macht ein Hehl daraus, daß das nur der Anfang wäre. Die Freigabe des Ladenschlusses ist die Kehrseite der Flexi-Arbeitszeiten, der Nacharbeit, der Sonntagsarbeit. Die industriellen Kapitalisten wollen bei ihren Arbeitszeiten nicht mehr auf normale Ladenöffnungszeiten Rücksicht nehmen müssen.

Die Metallkapitalisten selber legen schon die nächsten Etappenziele für flexible Arbeitszeitregelungen fest.

Die Jahresarbeitszeit soll flexibel werden, Überzeit in der Saison, Abfeiern bei minderm Lohn in der Flaute. Was bisher schon unter Bruch des Manteltarifs in manchen Betrieben gemacht wurde, soll Eingang in den Tarif finden: die Ersetzung des Zwei-Monats-Ausgleichszeitraums für die 38,5 Wochenstunden durch ein halbes oder ganzes Jahr.

Es sind die großen Konzerne, die die Initiative für weitere Arbeitszeitflexibilisierung ergreifen. Die Daimler-Benz-Werksleitung Untertürkheim hat ein Konzept "Flexibilisierung II" vorgelegt, mit dem neun- und zehnstündige Arbeitstage (ausgeglichen durch vorgegebene freie Tage), Ausdehnung der Nachtarbeit und der Samstagarbeit Einzug halten sollen. Der

Samstag ist bisher in Baden-Württemberg tariflich kein Arbeitstag. Offensichtlich kalkuliert Daimler-Benz, daß sich das ändert.

Gewerkschaftliche Kritik an diesen Plänen ist Mangelware. Nicht gespart wird dagegen mit Ankündigungen für eine neuerliche 35-Stunden-Kampagne. So z.B. Hans Janßen in METALL 2/86: "Gleichzeitig hat der Vorstand der IG Metall mit allem Nachdruck den Willen der IG Metall bekräftigt, an der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als vorrangigem Ziel qualitativer Tarifpolitik festzuhalten ... Die IG Metall ist entschlossen, auch in der Zukunft durch weitere Wochenarbeitszeitverkürzung ihren tarifpolitischen Beitrag zur baldigen Überwindung der Beschäftigungskrise

zu leisten." Eine Kritik an den Vorhaben zur gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Flexibilisierung der Arbeitszeit sucht man vergeblich.

Die Tarifstrategen von Gesamtmetall werden sich ausrechnen: Im Zug der letzten Kampagne haben sie differenzierte Arbeitszeiten, Zweimonatsspanne und Garantien für die Maschinenlaufzeit durchgesetzt. Mit der nächsten Kampagne wäre die flexible Jahresarbeitszeit, der Samstag als Regelarbeitstag und der Einstieg in den Sonntag dran.

Was die gewerkschaftliche Diskussion betrifft: Die Erfahrungen mit Flexi-Arbeitszeiten sind doch schon leidig genug, um eine Erörterung und Beschlußfassung einzuleiten, wie dagegen angegangen werden soll.

Lohnkämpfe seit 1950: Auch im Aufschwung geben die Kapitalisten nichts freiwillig!

Nachfolgende Darstellung soll Aufschluß geben über den Zusammenhang zwischen Konjunktur, Lohnentwicklung und Arbeitskampf. Offenkundig ist, in Zeiten des Aufschwungs bzw. kurz danach sind die Abschlüsse und Effektivlohnsteigerungen hoch und umgekehrt. Diese Entwicklung geht nicht im Selbstlauf vonstatten. "Wenn er (der Arbeiter) nicht bereits während der Prosperitätsphase, solange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohnsteigerung kämpft, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem Durchschnittslohn oder dem Wert seiner Arbeit." (Marx) Andersherum wird aber auch der Lohnabbau in Phasen der Stagnation bestärkt durch eine Tarifpolitik der "stabilitätsorientierten" Lohnzurückhaltung zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals.

1953 resümierte der IGM-Vorstand in seinem Geschäftsbericht: "Die hinter uns liegenden Jahre haben die Herrschaft der Unternehmer in einem Maße gefestigt, wie es selbst die optimistischsten unter ihnen nicht erwartet haben." Er beklagte, daß es das sogenannte "Wunder des deutschen Aufstiegs" bezüglich der Produktionssteigerungen im internationalen Vergleich nicht gäbe und forderte planmäßige Lenkung der Investitionen, um den Produktionsapparat zu "Höchstleistungen" zu befähigen, Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. "Unser Ringen um die Wiederherstellung einer befriedigenden Kaufkraft des Lohnes kann in den Jahren von 1948 bis Ende 1952 als erfolgreich bezeichnet werden. Seitdem geht der Kampf darum, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklung heranzubringen." Dieser Verteilungskampf war zugleich als Produktivitäts- und Wachstumsstimulierungsinstrument gedacht. Der durchschnittliche tarifliche Ecklohn lag in der BRD 1948 bei 1,05 DM/Std., 1949: 1,08 DM, 1950: 1,22 DM, 1951: 1,40 DM, 1952: 1,46 DM, 1953: 1,48 DM. Um das amtliche Existenzminimum zu erreichen, hätte ein Arbeiter brutto 90 DM/Woche verdienen müssen. Tatsächlich lag das durchschnittliche Einkommen aller männlichen Arbeiter bei 69,90 DM. 2,6 Mio. Familien waren ohne Wohnung. 700000 lebten in Ba-

racken. Gleichzeitig führte die Regierung eine "Große Steuerreform" nach seitdem sattem bekanntem Muster durch.

1951 streikten 80000 Metaller in Hessen 4 Wochen und setzten Lohnerhöhungen im Volumen von 14,8% durch.

Bis 1952 war eine zweimalige Tarifkündigung und Abschluß pro Jahr nicht selten. 1952 gingen die Abschlüsse jedoch gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50% zurück.

1953 durchbrachen die Bremer Werftarbeiter in einem 6 1/2-wöchigen Streik die Lohnstopp-Absichten der Kapitalisten. Die Löhne wurden um 5 Pfg./Stunde erhöht. In einem 6-Wochen-Streik erkämpften die bayerischen Heizungsmonteur eine Lohnerhöhung von 7 Pfg./Stunde.

1954: "Die Lohnbewegungen 1954 und 1955 können nach Form, Umfang und Erfolg als die bedeutendsten der Nachkriegszeit angesehen werden." (IGM-Vorstand). Die IGM-Bayern forderte im April eine Eckloohnerhöhung um 12 Pfg./Stunde, 12% mehr Gehalt, 15% Zulage für Zeitlöhner, alle Erhöhungen effektiv. Nach mehreren gescheiterten Schlichtungsverhandlungen erstreikten 100000 Metaller in einem vierwöchigen Kampf mit Polizeieinsatz und Entlassungen 10 Pfennig mehr auf den Ecklohn und 8 Pfennig für Akkordarbeiter. Entscheidend war, daß die Kapitalisten einen höhe-



IG Metall-Plakat in den 50er Jahren

ren Prozentabschlag für Hilfsarbeiter und Angelernte verlangten. 52,8% stimmten daher in der Urabstimmung gegen ein solches Ergebnis. 75% wären für eine Streikfortsetzung nötig gewesen. Resultat dieser Niederlage war der "Bayern-Monat" (seither liefern die bayerischen Tarifverträge einen Monat später aus) ab 1956 und eine empfindliche Schwächung der IGM in Bayern.

1955 konnten Lohnerhöhungen von ca. 8,4% (= Erhöhung des Ecklohns um ca. 13 Pfennig) bei Forderungen von 12% durchgesetzt werden.

1956: Vorrangige Bedeutung bekam die Forderung nach stufenweiser Einführung der 40-Stunden-Woche. Darüberhinaus sollten die Ecklöhne um 10% angehoben werden. Das "Bremer Abkommen" beinhaltete eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden und die Erhöhung des Ecklohns um 8%, davon 6,5% für den Lohnausgleich. Eine hart umstrittene "Gleitklausel", die erneute Verhandlungen vorsah bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 3,5 Punkte, führte zur Intervention des CDU-Wirtschaftsmini-

sters Erhard und wurde niedergeschmettert.

Im selben Jahr streikte die IGM in Schleswig-Holstein 16 Wochen erfolgreich für die Beseitigung der Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der Abschluß sah dann noch zwei Karenztage vor. Er wurde später zur Grundlage gesetzlicher Regelungen.

Von 1949 - 57 haben sich die Effektivverdienste der Facharbeiter in der metallverarbeitenden Industrie um 78%, in der Stahlindustrie um 100% erhöht. Im selben Zeitraum stiegen die Tariflöhne um 65%, der Reallohn nur um 43%.

1958: Eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 6% wurde erhandelt. Ab Ende 1958 bis Anfang 1959 wurde die Tarifpolitik weitgehend bestimmt von den "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" in der Metallindustrie. "Wir hielten es in Anbetracht dieser Situation nicht für zweckmäßig, Lohnerhöhungen zu fordern, sondern beschränkten uns auf die Verbesserung der Lohnbestimmungen", u.a. der besonderen Frauenentlohnung, so der Vorstand.

1959 gab es demgemäß nur 4,6% mehr Lohn, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 44 Stunden mit einem Lohnausgleich von 2,3%.

1960: Nach dem Homburger Arbeitszeit- und Lohnabkommen sollten die Tariflöhne ab 1.7.1960 um 8,5% und ab 1.7.1961 um weitere 5% steigen. Das hätte einen Anstieg um insgesamt 13,9% bewirken müssen. In einigen Gebieten wird dieser Satz unter- oder überschritten.

Die DGB-Gewerkschaften übten sich in lohn- und tarifpolitischer Zurückhaltung, "um dadurch einer ausgeglichener Wirtschafts- und Sozialentwicklung Rechnung zu tragen".

(DGB-Geschäftsbericht 1962/64). Die Laufzeiten der Tarifverträge wurden länger. Tariflose Perioden von "be-trächtlicher Dauer" wurden hingenommen.

Eine Ausnahme stellt der Kampf **1963** in Nordwürttemberg-Nordbaden dar, der bis dahin größte Streik der Nachkriegszeit nach einer Streikpause von sechs Jahren. Die IGM forderte 8%, die Kapitalisten eine Lohnpause. Einen Tag nach Beginn des Schwerpunkstreiks antworteten die Kapitalisten mit der Totalaussperrung in allen Betrieben mit über 100 Beschäftigten. Nach 8 Tagen kam es unter Vermittlung des Bundeskanzlers zu folgendem Ergebnis: 5% mehr Lohn ab 1.4.63, 2% ab 1.4.64. Die Inflationsrate lag bei 2,6%. Das Streikergebnis blieb erheblich hinter den Ausgangsforderungen zurück. Zudem hatten die Kapitalisten eine zentrale staatliche Schlichtung und eine Laufzeit von 18 Monaten erreicht. "Ohne diesen Arbeitskampf, so erklärte der Stuttgarter Bezirksleiter, wäre das Erbacher Abkommen 1964 nicht möglich geworden." Mit ihm gelang es, ab 1965 ein zusätzliches Urlaubsgeld von 30% durchzusetzen. Dafür mußte die IGM eine Verschiebung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden um ein Jahr zugestehen (auf 1967).

Von 1965 bis 1968 kam es zu keinem großen Arbeitskampf, allerdings zu einer beachtlichen Zahl von spontanen Abwehrstreiks gegen die Kürzung betrieblicher Sozialleistungen und über-tariflicher Lohnbestandteile.

1967 gab es 1,9% mehr Lohn plus 3,1% Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung.

1968 wurde in einem zentralen Schlichtungsverfahren eine Lohnerhöhung von 4% ab 1.4.68 und um 3% ab 1.1.69 sowie ein Rationalisierungs-

schutzabkommen vereinbart.

1969: Im September kam es zu einer Welle spontaner Streiks mit insgesamt 150000 Beteiligten. Die Gewinne waren enorm, und die Produktionssteigerungen so hoch wie nie zuvor. Durch freiwillige übertarifliche Zulagen wuchsen die Lohnunterschiede zwischen den Betrieben. In fast allen Branchen konnten die Verträge vorzeitig gekündigt bzw. bei laufendem Tarif Erhöhungen durchgesetzt werden; in der Metallindustrie plus 8% und eine Urlaubsverlängerung von 3 bis 4 Tagen durch Fortfall der Samstage bei der Anrechnung.

1970: Die Forderungen der Tarifkommissionen reichten von 12,5% bis 18%. Die hohe Kampfbereitschaft der Metaller führte zu einer durchschnittlichen Lohnerhöhung in den Tarifgebieten von 15,3% und sonstigen Verbesserungen, die teils ein Volumen von insgesamt 24% erreichten. Die Spanne zwischen den Zeit- und Akkordlöhnen, der niedrigsten und höchsten Tarifgruppe verringerte sich.

1971: Im November wurde zur Durchsetzung einer Forderung von 11% in Nord-Württemberg ein Schwerpunkstreik begonnen, nachdem der VMI einen Schlichtungsvorschlag von 7,5% mit einer siebenmonatigen Laufzeit abgelehnt hatte. "Netto wird jedoch ein Arbeiter nur etwa 5 bis 6% mehr in der Lohntüte finden... vorausgesetzt die Lohnforderung von 11% würde voll bewilligt. Das ist angesichts einer Teuerungsrate von 6-7% gewiß kein 'maßloses' Verlangen." (Stgt. Zeitg. 28.11.72).

Am 5. Streiktag waren 360000 ausgesperrt. Erstmals gingen die Kapitalisten in anderen Tarifgebieten unmittelbar nach Streikbeginn zur "kalten Aussperrung" über. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit lehnte die Zahlung von Kurzarbeitergeld per Er-laub ab, der jedoch vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt wieder aufgehoben wurde. Am 20. Streiktag wurde folgendes Ergebnis angenommen: 7,5% mehr Lohn mit einer Laufzeit von 12 Monaten, für Oktober bis Dezember 1971 ein Pauschbetrag von je 180 DM, ein 13. Monatsgehalt in einem Stufenplan ab 1973 von 10 bis 40% je nach Betriebszugehörigkeit.

Von 1965 bis 1972 nahm die Zahl der Nacht- und Schichtarbeiter expansiv auf 3 Mio., d.h. um 26% zu. Ab 1972 begann die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, und bis 1976 stiegen die Nettoeinkommen jährlich nur noch um durchschnittlich 1,84%.

1973 wurden regional unterschiedlich zwischen 11 bis 12% oder 60 Pfennig auf den Ecklohn gefordert, teils der Wegfall von unteren Lohngruppen. Im baden-württembergischen Fahrzeugbau streikte die IGM weitgehend erfolgreich für ein neues Lohnrahmenabkommen mit Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Ar-

Wirtschaftsdaten BRD 1950 bis 1984

Jahr	Erwerbspersonen					Netto- prod. % And z. Vj	Lohn- summe/Kopf i. Preisen '80	Ge- halts- teil- nehmer Tsd.	Investitionsgüterindustrie					
	absol in Tsd	Erw. quote		Ab- hängig Tsd.	Arb.- losen- quote %				abs Tsd	Arb. in %	Netto- prod. % Vj.	Lohn- index '80=100	Streik- teild. Tsd.	
		Män- ner	Frau- en											
1950	21 960	63,8	30,2	13 963	11,0	—	610	948	1 457	81,4	—	28,4	—	
1952	22 685	64,3	31,1	15 055	9,5	+ 7,5	681	1 053	1 776	81,1	+ 12,1	32,0	—	
1954	23 620	65,2	32,0	16 280	7,6	+ 12,0	743	1 176	2 020	80,7	+ 17,2	35,7	—	
1956	24 595	65,8	33,1	17 805	4,4	+ 8,2	818	1 294	2 522	80,7	+ 9,6	38,8	—	
1958	25 213	65,1	33,7	18 519	3,7	+ 3,0	862	1 378	2 722	79,6	+ 6,0	40,4	—	
1960	26 518	64,2	33,4	20 257	1,3	+ 11,8	978	1 530	3 003	78,6	+ 16,3	45,6	—	
1962	26 845	63,3	32,9	21 032	0,7	o.A.	1 120	1 712	3 462	76,8	o.A.	52,7	—	
1964	26 922	62,3	32,2	21 484	0,8	+ 8,9	1 240	1 860	3 508	75,5	+ 8,0	57,0	1,5	
1965	27 034	61,9	31,9	21 758	0,7	+ 5,4	1 313	1 965	3 629	75,1	+ 7,1	61,0	0,9	
1966	26 962	61,4	31,3	21 765	0,7	+ 0,9	1 348	2 040	3 617	74,2	- 0,3	62,5	93,0	
1967	26 409	60,3	30,4	21 054	2,1	- 3,0	1 356	2 084	3 385	72,7	- 6,4	61,1	40,4	
1968	26 291	59,7	30,3	21 183	1,5	+ 9,0	1 450	2 197	3 466	73,0	+ 9,0	65,0	15,8	
1969	o.A.	o.A.	o.A.	21 752	0,9	+ 12,5	1 577	2 338	3 741	73,5	+ 17,6	71,9	29,9	
1970	26 817	59,5	30,3	22 246	0,7	+ 6,4	1 784	2 582	3 857	73,2	+ 9,3	79,4	168,9	
1971	26 910	58,9	30,2	22 414	0,8	+ 2,0	1 864	2 729	3 536	72,1	- 0,4	82,7	463,4	
1972	26 901	58,3	30,2	22 435	1,1	+ 4,2	1 921	2 839	3 762	71,1	+ 2,4	84,0	13,6	
1973	26 985	57,8	30,5	22 564	1,2	+ 5,9	2 023	2 968	3 836	70,9	+ 7,5	87,4	125,8	
1974	26 797	57,0	30,5	22 152	2,6	- 2,4	2 114	3 129	3 762	71,1	- 3,5	87,0	44,4	
1975	26 397	56,2	30,4	21 386	4,7	- 6,1	2 115	3 210	3 543	69,0	- 4,1	85,2	30,1	
1976	26 148	55,9	30,3	21 288	4,6	+ 8,4	2 206	3 334	3 468	69,1	+ 8,8	90,4	45,0	
1977	26 051	55,6	30,5	21 314	4,5	+ 2,0	2 282	3 468	3 44	3 502	69,2	+ 4,6	95,1	24,5
1978	26 223	57,5	31,6	22 264	4,3	+ 2,4	2 325	3 536	3 950	3 732	69,1	+ 1,2	96,6	—
1979	26 915	—	—	22 659	3,8	+ 4,9	2 387	3 634	3 773	3 765	69,0	+ 4,2	98,6	22,9
1980	27 191	58,4	—	22 986	3,8	- 0,2	2 422	3 701	45,1	3 810	68,8	+ 2,7	100,0	13,8
1981	27 373	58,7	33,3	22 846	5,5	- 2,1	2 386	3 693	253,3	3 752	67,9	- 0,1	97,4	246,0
1982	28 335	59,1	33,9	22 395	7,5	- 3,0	2 347	3 678	40,0	3 655	67,4	- 1,3	96,0	28,0
1983	28 542	59,4	34,6	22 003	9,1	+ 0,4	2 351	3 709	94,1	3 511	66,8	- 0,4	95,4	78,0
1984	28 815	60,0	35,5	21 944	9,1	+ 3,2	2 373	3 767	537,3	3 488	66,8	+ 3,4	96,5	415,9

* Änderung bei erfaßten Betrieben - Erw. quote: Erwerbspersonen in % der Wohnbevölkerung - Arb.-losenquote: Arbeitslose in % der abhängig Beschäftigten - Lohnindex: errechnet aus effektiven Bruttowochenlöhnen, preisbereinigt - Quellen: Stat. Bundesamt, Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung, Stat. Jahrbücher

beiter. Die Tariflöhne wurden durchschnittlich um 8,5% erhöht, ein stabilitätsbewußter und regierungsfreundlicher Abschluß, der binnen weniger Wochen von der Preisentwicklung überrollt war, stellte die Stuttgarter Zeitung später (24.10.73) fest.

Nach DGB-Berichten gab es in allen Branchen viele spontane Streiks von 1/2 Stunde bis zu 8 Tagen wegen der hohen Preissteigerungsrate.

Höhepunkt der Tariffbewegung 1973/74 war der 3-wöchige Streik im Unterwesergebiet. Die IGM trat in Bremen und Hamburg an mit einer Forderung von 18%, in Stuttgart mit 15%, mind. 150 DM. Ergebnis: Für die Monate Januar bis März 1974 eine Lohnerhöhung um 11%, für April bis Juni 12% und für Juli bis Dezember 13% mehr, dazu 2 Tage mehr Urlaub, 2,6% mehr Urlaubsgeld, Verdienstsicherung für Arbeiter ab 55 Jahre.

1975: "Nach sorgfältiger Analyse unter Einbeziehung der in- und ausländischen Auftragsgestaltung im Rahmen der weltwirtschaftlichen Baisse-Situation stellten die Tarifkommissionen Forderungen ... zwischen 10,5 und 12 vH auf". (Stuttgart 7% und 60 DM). Steinkühler überraschte die Metallkapitalisten mit dem Vorschlag eines Abschlusses von "unterschiedlichen Tarifverträgen, je nach Ertragslage der Unternehmen." (Stgt.Zeitg. 8.1.1975). Nach Verhandlungen wurden die Löhne um 6,8% erhöht.

1976: Die Tarifkommissionen forderten zwischen 7,5 und 8,5% und 1 bis 5 Tage mehr Urlaub je nach Alter. Nach der 4. Verhandlung wurde in Baden-Württemberg eine Erhöhung um 5,4% erzielt sowie für Januar bis März 1976 je eine Pauschale von 110 DM und 1 Urlaubstag mehr.

1977/78: Die meisten Forderungen bewegten sich um 9,5%, teils mit einem Mindestbetrag. Stuttgart verlangte 7% und 50 DM Sockelbetrag und die Anhebung der Lohngruppen 1 und 2 auf LG 3, darüberhinaus einen Vertrag zur Garantie der persönlichen Eingruppierung und Erhalt des betrieblichen Eingruppierungsniveaus (kollektive Sicherung). Gesamtmetall lehnte ab. Am 15. März begann der Schwerpunktstreik in Nordwürttemberg-Nordbaden mit 80000 Metallern. Die Kapitalisten sperrten kurz darauf 146000 aus. Am 3. April wurde folgendes Ergebnis erzielt: 5% mehr Lohn, Laufzeit von 12 Monaten, Pauschalzahlung von je 137 DM für 3 Monate, Anhebung von LG 1 auf LG 2 und ein individueller Abgruppierungsschutz (kein Arbeiter darf mehr als 2, kein Angestellter mehr als eine Gehaltsgruppe abgruppiert werden) und eine Verdienstsicherung für 18 Monate bei Abgruppierung. Der IGM ist es jedoch nicht gelungen, die kollektive Sicherung durchzusetzen und das regionale Ergebnis auf den gesamten Organisationsbereich zu übertragen. "In der Tariffbewegung 1977/78 sind gleich-



Lohnkampf 1981 im Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg

wohl die Grenzen des traditionellen gewerkschaftspolitischen Vorgehens in der Auseinandersetzung um qualitative Forderungen spürbar geworden." (IGM-Vorstand). "5% mehr Lohn sind nicht gerade ein üppiger Zuwachs", urteilte die Presse (Stgt. Zeitg. 4.4.78).

1979: Im Dezember setzte der Vorstand erstmals ein Forderungsobergrenze von 10,5%. Am 5. Verhandlungstag, 14 Tage vor Ende der Friedenspflicht, wurde in NRW ein Ergebnis erzielt, das auf alle anderen Gebiete übertragen wurde: Erhöhung der Löhne/Gehälter um 6,8% für 12 Monate und eine einmalige Sonderzahlung für die unterhalb der Facharbeiter Eingruppierten zwischen 30 DM und 165 DM. Die IGM wertete dies als Erfolg, da "die von den Metallindustriellen willkürlich gesetzte Schallmauer von 7 vH durch das Gesamtvolumen des Verhandlungsergebnisses erreicht und überschritten" wurde, und gegen harten Widerstand die unteren Lohngruppen besonders angehoben werden konnten.

1980: Gesamtmetall begann früh mit der Propaganda für eine "produktivitätsorientierte Lohnpolitik". Die IGM sah darin das langfristige strategische Ziel einer grundsätzlichen Schwächung der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht. Sie betonte jedoch schon im Vorfeld der Auseinandersetzungen ihre Bereitschaft zum Kompromiß und einer Lösung am Verhandlungstisch. Nach Beendigung der Friedenspflicht rief sie in allen Tarifgebieten zu "Aktionen der neuen Beweglichkeit" auf. Abgeschlossen wurden dann 4,9%, für 2 Monate eine Pauschale von je 160 DM. Für Bayern wurde der Wegfall des "Bayern-Monats" vereinbart.

1981/82 mußten erstmals seit 1945 2 Jahre hintereinander Reallohnkürzungen hingenommen werden. 1982 lag der Reallohn auf dem Niveau von

1979. Die Lage war geprägt u.a. von der "Operation 82". Der Vorstand empfahl eine Obergrenze von 7,5%, begründet mit dem Preissteigerungsausgleich und Produktivitätszuwachs. Von Umverteilung war keine Rede mehr. Viele Tarifgebiete wollten eine besondere Berücksichtigung der unteren Lohngruppen. Wieder ging die IGM "kompromißbereit" und defensiv in die Auseinandersetzung. Mit der "neuen Beweglichkeit" kam sie auf 4,2% und 120 DM für Februar. "In der Wirtschaft- und Beschäftigungskrise sind die Grenzen der Tarifpolitik deutlicher geworden als je zuvor." (IGM-Vorstand).

1983: Mit der Forderung von 6,5% mindestens 114 DM wurde keine Korrektur der Reallohnneinbußen formuliert. Das erste Angebot der Kapitalisten lag bei 2% und wurde mit der "neuen Beweglichkeit" beantwortet. "Kräftesammeln" für die Jahrhundertauseinandersetzung, nämlich den Kampf um die 35-Stunden-Woche, war die Devise. Mit dem Abschluß von 3,2% konnte der Reallohn nicht gesichert werden. Die Kämpfe und Ergebnisse von 1984/85 sollen an dieser Stelle nicht mehr ausgeführt werden. Dazu nur folgendes Zitat der Stuttgarter Nachrichten: "Die Arbeitgeber wollen heraus aus dem Korsett des strengen Arbeitszeitreglements. Die hiesige IG Metall sagte auch in diesem Fall nicht strikt nein. Vielmehr schlägt sie vor, daß über die Verteilung der Arbeitszeit Betriebsvereinbarungen geschlossen werden können."

Quellenhinweis: Geschäftsberichte des IGM-Vorstands von 1952 bis 1982; Geschäftsberichte des DGB; M.Kittner: Gewerkschaftsjahrbuch 1984, Ffm 1984; Deppe: Autonomie und Integration, Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979; Deppe u.a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1978.



Jahreswirtschaftsbericht

Die Bundesregierung hat den Jahreswirtschaftsbericht verabschiedet. Sie rechnet damit, daß den Kapitalisten eine noch schnellere Ausweitung ihrer Geschäfte als im Vorjahr gelingt, daß die Zahl der Neueinstellungen steigt, wenn auch bei weitem nicht im gleichen Maße wie der Produktausstoß, zu dem die Kapitalisten die beschäf-

tigten Lohnabhängigen antreiben. Durch den Angriff auf das Streikrecht soll der Geschäftserfolg der Kapitalisten ausgeweitet werden. Weitere Gesetzesvorhaben sind verabschiedungsreif: Das Ladenschlußgesetz soll gelockert werden, die Anreize für Lohnabhängige, mittels "Vermögensbildung" sich enger an den Geschäftserfolg der Kapitalisten zu binden, vergrößert werden.

Challenger-Katastrophe: Folgen für US-Ideologie und -Rüstung

US-Präsident Reagan bezeichnete die verunglückten US-Astronauten als Helden und erklärte die Challenger-Katastrophe als zwangsläufigen, bitteren Rückschlag beim Streben der Menschheit und insbesondere des Volkes der USA nach Fortschritt. Die Katastrophe als Anlaß, die Bevölkerung für die Welt-raumabenteuer der US-Bourgeoisie zu gewinnen. Dabei ist das Unglück offensichtlich durch Konstruktions- und/oder Wartungsmängel verursacht, die aufgrund des Termindrucks beim US-Weltraumprogramm nicht identifiziert wurden, sondern einkalkuliert waren. Vorerst sind jetzt alle bemannten Raumflüge gestoppt, Verzögerungen beim SDI-Programm sind möglich.



Ausländerpolitik kommunal

Die Zwangszuweisung von Asylsuchenden durch die Landesregierung Baden-Württemberg an einzelne Gemeinden, bringt auf kommunaler Ebene zum Teil nicht unerhebliche Probleme. Die Zahl von arbeitslosen Ausländern nimmt teilweise stark zu. Z.B. in Waldkirch (Krs. Emmendingen) lag 1983 die Arbeitslosigkeit bei

16,4 % gegenüber 6,8 % bei den deutschen Kollegen. Beide Faktoren begünstigen u.a. zunehmende Ausländerfeindlichkeit und verschärfen soziale Widersprüche innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung. In Waldkirch stellen seit ca. 25 Jahren Ausländer einen nennenswerten Anteil der Industriebeschäftigten. – Oppositionelle Bemühungen gegen reaktionäre Ausländerpolitik entwickeln sich.

Supermacht EG

Auf dem X. Parteitag der KP Chinas 1973 hatte Tschou En-lai als "unwiderstehliche Strömung der Geschichte" bezeichnet: "Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution". Die Aussage "Staaten wollen die Unabhängigkeit" ist durch die Geschichte widerlegt. Die westeuropäischen Monopole haben das Interesse, die Souveränität der westeuropäischen Nationalstaaten zu schwächen – zugunsten der Stärkung der EG, die sich zu einer Supermacht entwickelte. Können die Revolutionäre gegen diese Entwicklung für staatliche Unabhängigkeit eintreten? Oder welche anderen strategischen Konsequenzen müssen die Revolutionäre in der BRD ziehen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen

Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.